

Abgeordnetenhaus losgelassen, so würden Polen, Tschechen und Slovenen ihm dafür gewiß mit einigen billigen Bravourstücken ihre Erkenntlichkeit beweisen haben, freilich wäre er dabei auch Gefahr gelaufen, daß ihm, da er sich als „Deutscher von Nation“ bekannte, von der linken Seite die Rufe: „Auch Deutscher!“ entgegengeschleudert worden wären. Im Herrenhause hörte man die Expectation des Mitgliedes eines souveränen deutschen Fürstentums, das sich ohne jede äußere Nothigung veranlaßt sah, die Slaven Oesterreichs in ihren Aspirationen förmlich aufzumuntern und aufzusackeln, stumm an. Das hielt aber Sr. Durchlaucht nicht ab, sich auch noch zum Domesch der Besürchtungen zu machen, daß die nichtdeutschen Einjährig-Freiwilligen durch ihre mangelhafte Kenntniß der deutschen Sprache bei den Offiziersprüfungen gegenüber den deutschen Candidaten zu Nachtheil kommen könnten. Wenn so ein deutscher Fürst spricht, darf man sich da wundern, wenn nach ihm der tschechische Hofrath und Universitätsprofessor Randa und der feudale Oberlandmarschall von Böhmen Fürst Lobkowitz in dasselbe Horn fließen und auch ihrerseits in die Abgeordneten drängen, die erwähnten Besürchtungen zu zerstreuen? Auch der Chef des Generalstabes der österreichischen Armee, Freiherr von Beck, griff in die Debatte ein und berührte dabei die Sprachenfrage. Was er darüber vorbrachte, dürfte schwerlich nach dem Geschmacke der um die slavischen Einjährig-Freiwilligen gar so sehr besorgten Herren in beiden Häusern der Parlamente gewesen sein. Freiherr von Beck sagte: Als vor zehn Jahren die Kriegsstärke auf 800 000 Mann festgesetzt wurde, fanden viele dies zu hoch. 1870 hatte das Gegenheil bewiesen. Deutschland konnte den Feldzug nur deshalb siegreich bestehen, weil seine zahlreichen Reserven stets kriegstüchtig erhalten wurden. Heute entscheiden nur Massenheere. Es ist daher eine Verblendung oder eine Selbsttäuschung, wenn sich Stimmen erheben, die von Nationalheeren oder einer Theilung unserer Armee sprechen. Solche Aspirationen müsse man als politischen Selbstmord bezeichnen, jede Nationalität sei der Armee gleich werth, aber eine gemeinsame Commandosprache sei unbedingt erforderlich. Offiziere können nicht mit Dolmetschern verkehren. Ein falsch verstandener Befehl, eine unrichtig aufgesetzte Meldung können im Kriege Tausende braver Soldaten ins Verderben stürzen. Diese logisch unanfechtbaren Bemerkungen fanden namentlich auf den Banken der Verfassungs-partei lebhafteste Zustimmung. Zu beklagen ist nur, daß die Regierung und die Armeeverwaltung nicht auch diesen Ausführungen eines der maßgebendsten Functionäre der Armee entsprechend handelt, sondern, wie wir gleich darauf aus dem Munde des Landesverteidigungsministers hörten, den nationalen „Besürchtungen“ soweit Rechnung trug, daß sie zusagte, dafür sorgen zu wollen, daß die nichtdeutschen Offiziersaspiranten bloß die unumgänglich notwendige Kenntniß des Deutschen werden nachweisen müssen, daß aber gleichzeitig die Prüfungs-Commissionen so zusammengesetzt sein werden, um den Candidaten die Ablegung der Prüfung in den einzelnen Fachgegenständen auch in ihrer Muttersprache zu ermöglichen. Statt daß man also den polnischen, tschechischen und slovenischen Jünglingen sagt: „Wenn ihr Offiziere werden wollt, so lernet deutsch“, kommt man auch in dieser Hinsicht den nationalen Aspirationen in einer Weise entgegen, die geeignet ist, gerade jene Zustände in der Armee herbeizuführen, die der Chef des Generalstabes als eine so große Gefahr im Kriegsfalle bezeichnet hat. Man wende da nicht ein, daß man in dieser Sache Concessionen machen müßte, weil man sie auch den Ungarn gemacht hat. Ich halte eine solche Ansicht für ganz und gar unrichtig. Die Ungarn bilden nun einmal ein selbstständiges Staatswesen, und mit dieser Thatsache muß man rechnen. Weil man sich aber mit einer geringeren Kenntniß der deutschen Sprache bei den ungarischen Reserveoffizieren begnügen muß, denselben Uebelstand in

potencirterem Maße auch in den österreichischen Heeresabtheilungen einzubürgern, dafür fehlt jeder stichhaltige Grund, außer jenem, daß man eben zu schwach ist, die slavischen Aspirationen abzuwehren, selbst dort, wo es sich um Cardinalfragen des Staatsrechts handelt. Wien, 8. April. [Gegen die Antisemitenhetze.] In verschiedenen Kreisen der Residenz ist man ernsthaft geneigt, gegen die antisemitischen Vergehungen entschiedene Stellung zu nehmen. Vor Kurzem hat die israelitische Kultusgemeinde einen officiellen Schritt in dieser Angelegenheit gethan und eine Deputation an den Grafen Taaffe entsendet, welche Maßnahmen gegen die antisemitischen Ausschreitungen verlangte. Ueber die Unterredung zwischen Taaffe und der Deputation wurde Stillschweigen verabredet. Auch unter hervorragenden christlichen Industriellen und Geschäftsleuten der inneren Stadt ist eine Agitation im Zuge, bei der Regierung Vorstellungen zu erheben und zu betonen, daß bei der Fortdauer der antisemitischen Störung zahlreiche Wiener Firmen dem Ruine entgegengehen, weil die angesehensten Familien des Judenthums sich von der Oeffentlichkeit vollständig zurückziehen und ihren Ausgaben-Etat auf das Nothwendigste beschränken.

Frankreich.

s. Paris, 7. April. [Das Boulanger-Bankett.] Das gestern im Arbeiterviertel Belleville im Restaurant zum Lac St. Fargeur stattgehabte Boulangerbankett ist gegen alle Erwartung ruhig und ohne Störung verlaufen. Die Stimmung bei diesem von nur 600 anstatt der erwarteten und angekündigten 3000 Gästen besuchten Mahle war eine etwas gedrückte; die Begeisterung wollte nicht recht in Schwung kommen, obgleich von den Veranstaltern Alles aufgeboten war, um Stimmung zu machen und die Gäste aufzuheitern. Die freigeprochenen Führer der Patriotenliga, die dem Feste präsidirten, wurden allerdings lebhaft beglückwünscht, aber die Boulangerlieder und Hochrufe auf den abwesenden Chef klangen recht matt. Ebenso war die Aufnahme eines dritten Manifestes, das Boulanger für dieses Fest speciell vorbereitet hatte, eine etwas fähle, wenn auch zum Schluß die Bravourse sich verflähten und die markanten Stellen dieses überlangen Schriftstückes, besonders die, welche darauf hindeuten, daß die Parlamentarier durch ihre Versocktheit dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber die Weltausstellung compromittirt hätten, mit lautem Beifall aufgenommen wurden. Da aber auch keine antiboulangerische Strömung in dieser politisch leicht erregbaren Arbeiterbevölkerung sich geltend machte und der corisische Deputirte Lusini, der Boulanger bereits einen Feigling genannt und sich von dem Comité der Nationalpartei hatte ausscheiden lassen, hier demüthig Buße that und sich von der Nothwendigkeit der Flucht des Chefs überzeugt erklärte, ist der Tag und dieses Bankett als nicht gerade unglücklich für die boulangeristische Sache zu bezeichnen. Es spiegelte sich in ihm eben die allgemeine Stimmung wieder, die den Ereignissen der letzten Tage gegenüber noch nicht Stellung genommen hat.

Schweiz.

Bern, 6. April. [Die Commission des Nationalraths.] welcher die die Tessiner Angelegenheit betreffende Vorlage des Bundesraths zur Vorberatung überwiesen wurde, hat mit 5 gegen 2 Stimmen beschloffen, folgenden Antrag im Plenum zu stellen. „Die Bundesversammlung beschließt: 1) Die vom Bundesrath angeordnete Aufstellung eines eidgenössischen Commissariates und die bewaffnete Intervention im Canton Tessin, sowie die Wiederaufhebung dieser Maßnahmen werden genehmigt. 2) Der Bundesrath wird eingeladen, der Bundesversammlung in ihrer nächsten Sitzung über die mit der Intervention zusammenhängenden Fragen der Stimmrechtsrecurse und der präjudicialen Untersuchungen Bericht zu erstatten.“ Die Minorität wird einen Sonderantrag einbringen, worin vorgeschlagen wird, die Genehmigung zu verweigern.

Russland.

[Ueber die Verlegung von Kosaken in die westlichen Grenzbezirke] schreibt man der „Röln. Zig.“ aus Warschau, 5. April: In der ausländischen Presse tauchte kürzlich das Gerücht auf, die russische Militärverwaltung beabsichtige, die asiatischen irregulären Reitermassen zum Heeresdienst heranzuziehen, und zwar derart, daß den regulären Reiterregimentern je eine Schwadron, aus Tartaren, Tschinggen und anderen Völkern gebildet, zugeheilt werden solle. Die Nachricht ist in dieser Form nicht richtig. Der bekannte, inzwischen seit Jahren verabschiedete Panslawistischer General Tschernajew hatte einen derartigen Plan ausgearbeitet; doch wies ihn der Kriegsminister Mijutin wie auch später Bannowski mit Recht zurück, da sie eine Bewaffnung und militärische Ausbildung jener, doch noch bezüglich der Treue recht unzuverlässigen Soldaten nicht für rathsam hielten. Dagegen scheint festzustehen, daß die kaukasischen Kosakenstämme des Kuban und Terek wie auch die des Ural in größerem Maße zum activen Reiterdienst herangezogen werden sollen; in gut unterrichteten Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß in kurzer Zeit die Bildung einer kaukasisch-uralischen Kosaken-Cavallerie-Division bevorstehe, die in das westliche Grenzgebiet verlegt werden soll. Dort ist ja bekanntlich ohnehin der größte Theil der russischen Reiterei vereinigt, so daß im Kriegsfalle Dreiviertel der gesammten regulären Cavallerie-Divisionen in erster Linie stehen und für die rückwärtsgelegenen und die neuzubildenden Truppen nur sehr wenig Cavallerie vorhanden sein würde. Es ist der russischen Militärverwaltung nicht unbekannt geblieben, daß dieses Verhältniß unter Umständen zu großen Ungünstigkeiten führen würde, und man hat diesen seit etwa einem Jahre durch eine Aenderung in den Dienstverhältnissen der Kosaken vorbeugen versucht. Die Kosaken bilden bekanntlich drei Aufgebote, von denen das erste unmittelbar unter der Fahne dient, das zweite zur Ergänzung des ersten im Falle von Verlusten, sowie zur Aufstellung neuer Truppenkörper berufen ist und das dritte nur im äußersten Nothfalle zur Bildung neuer Regimenter und zur Ergänzung der Verluste berufen werden sollte. So war es bisher; im letzten türkischen Kriege gelangte beispielsweise fast nur das erste Aufgebot zur Verwendung. Damals gerade aber zeigte sich der Uebelstand, daß die Kosakenregimenter nicht stark genug waren, um ihrer doppelten Bestimmung, als sechste Truppe sowohl wie als Uebermittler des Ordnungsdienstes innerhalb der Armee und deren unzähligen Behörden, zu genügen. Nach der jetzigen Neuierung wird daher unmittelbar bei Ausbruch eines großen Krieges nachstehendes Verhältniß eintreten: Alle im ersten Aufgebote befindlichen Kosaken dienen in den bereits bestehenden Regimentern oder bilden deren Ersatz. Aus dem zweiten Aufgebote werden sofort neue Cavallerie-Regimenter gebildet, was sehr leicht zu bewerkstelligen ist, da die Pferde bereits in Friedenszeiten vorhanden sind. Sene neuen Cavallerie-Regimenter dienen theils zur Bildung größerer Cavallerie-Corps, theils als Ersatz für die der zweiten Truppenlinie fehlenden Regimenter. Die Kosaken des dritten Aufgebotes bilden gleichfalls sofort neue Regimenter, und diese dienen zum Ordnungsdienst im gesammten Bereich der Armee, wodurch sie die Kosakenregimenter des ersten und zweiten Aufgebotes wesentlich entlasten. Diese Neuierung erleichtert der russischen Cavallerie im Kriegsfalle eine bedeutende Verstärkung und ermöglicht die Verwendung fast der gesammten regulären Cavallerie unmittelbar in der ersten Linie.

Afrika.

[Ueber die Befreiung der katholischen Missionare von Pugu] wird der „Röln. Volkszig.“ aus Zanibar, 11. März geschrieben:

Periodische Litteratur.

März.

Die übergroße Nachfrage nach Erzeugnissen der Unterhaltungslitteratur, welche als eine Folge des erstaunlichen Aufschwungs unseres Journal- und Zeitungswesens im letzten Jahrzehnt eingetreten ist, hat als einen, allerdings wohl unvermeidlichen, Uebelstand die Erscheinung nach sich gezogen, daß sich Dilettantismus und Unfähigkeit mit besonderer Vorliebe dies Gebiet zum Tummelplatz ihres vermeintlichen Talents wählen und auf den Geschmack des Publikums einen recht unheilvollen Einfluß ausüben. Noch bedauerlicher ist es, daß Schriftsteller von anerkanntem Ruf sich nicht scheuen, durch nichtige Schöpfungen ihren guten Ruf in Frage zu stellen. So hätte Hermann Heiberg im eigenen Interesse besser daran gethan, wenn er die in den Februar- und Märzheften der „Befremmten“ Monatshefte“ veröffentlichte Novelle „Margots Träume“ für sich behalten hätte; denn sie hält sich kaum auf dem Niveau novellistischer Durchschnittswaare. Der Held, ein junger Professor, der unerwartet in den Besitz einer reichen Erbschaft gelangt ist, gehört zu jener bekannten Gattung von Romanhelden, an welchen der Verfasser sowohl wie die Personen, mit denen er in Berührung kommt, alle irdischen Vorzüge des Geistes und Herzens preisgibt, ohne daß sie und durch die geringste Bethätigung glaubhaft gemacht werden; er erntet überall Lob und Liebe, während wir uns vergeblich bemühen, herauszufinden, worin eigentlich seine Verdienste bestehen. Auf seiner Freireise begegnet er einem jungen Mädchen, dem in noch erhöhtem Maße die ungewöhnlichsten Eigenschaften nachgerühmt werden; leider stellen sie sich für uns aber wiederum höchstens in ein paar ziemlich abgeschmackten Tiraden dar, auf deren Ungewöhnlichkeit wir gern verzichtet hätten. Allein Luifella Cornelli ist ein unglückliches Geschöpf, über das man sich alles Spottess enthalten sollte; sie hat bereits zweimal je ein Jahr lang an geistiger Unmachtung gelitten, und einen leichten Somnambulismus als Rest der Erkrankung zurückbehalten. Nun setzt sie der stürmischen Liebeswerbung des sieghaftesten Alexander, für den sie natürlich auch erglüht, ein energisches Nein entgegen, aus Furcht, durch eine mögliche Wiederholung ihres Uebels sein Unglück zu verschulden; schließlich jedoch giebt sie dem fortgesetzten Andrängen ihres Anbeters nach, nicht ohne ihm offen und ehrlich das Räthsel ihrer ursprünglichen Weigerung gelöst zu haben, und willigt in eine Vermählung, die binnen kurzem vollzogen werden soll. Doch noch vorher ereignet sich das Entsetzliche: ein Unglücksfall während einer Spazierfahrt bringt bei der Aermsten den Wahnsinn wieder zum Ausbruch und sie stirbt elendiglich. Alexander tröstet sich über den schweren Verlust mit einer reizenden kleinen Cousine. Den Titel führt die Novelle von Alexanders Schwester Margot, welcher die zukünftigen Dinge sich im Traume voraus verständigen, so daß sie den Spiritisten nicht warm genug empfohlen werden kann, die ihr gewiß mit Freuden eine Billeggiatur im Spukhause zu Resau anweisen würden. Auch Luifellas Schwester Mary zeichnet sich durch merkwürdige Anlagen aus: ihr „Auge hatte etwas Forschendes, fast Mißtrauisches und strahlte doch in seltener Güte“; das bringt das Auge eines gewöhnlichen Menschen nicht fertig! — Im Ernst: wir vermiffen in der Charakteristik der auftretenden Gestalten jegliche Vertiefung, und der Zug der Oberflächlichkeit hatet der aanaan Dar-

stellung an. Offenlich treffen wir demnach auf eine rühmlichere Leistung Heibergs. Die Schwierigkeit, bei der unermesslichen Fülle der novellistischen Production neue Probleme zu gewinnen, hat es mit sich gebracht, daß jetzt häufig geistige oder körperliche Anormalitäten zum Gegenstande der dichterischen Behandlung genommen werden. In der soeben besprochenen Novelle wird die Verwickelung durch den chronischen Wahnsinn einer Frau herbeigeführt; und in demselben Hefte, welches den Schluß von Margots Träumen enthält, bietet Rudolf Lindau unter dem Titel „Wahngelübde“ die Aufzeichnungen eines dem Wahnsinn verfallenden Mannes aus der einer willigen Unmachtung unmittelbar vorhergehenden Zeit; und hier haben wir alle Veranlassung, den psychologischen Tiefblick und die kunstvolle Darstellung des Verfassers zu bewundern. Wir hören, wie die unheimliche Krankheit, die sich zuerst in quälender Furcht vor allerhand wesenlosen Gefahren äußert, zu den phantastischsten Hallucinationen anwächst und sich ganz und gar ihres Opfers bemächtigt, aus dem Munde dieses Opfers selbst, das ja seinen Zustand nicht kennt; so merken wir erst allmählig, wie es mit dem Unglücklichen bestellt ist, und verfolgen mit Grausen und Erschütterung das Fortschreiten der Zerrüttung, das auch an der immer unruhiger werdenden Ausdrucksweise zum Vorschein kommt. Ein rührendes Bild eines Schulmeisters entwirft in „Nord und Süd“ Hans Hoffmann, über dessen Leben und Wirken ein Auszug von Paul Lindenberg Auskunft erteilt, in seiner Skizze „Erfüllter Beruf.“ Der alte Gymnasial-Professor Röber ist ein Mann von Herz und Geist, Wig und Gelehrsamkeit, und von unermüdlicher Pflicht-treue; nur eines hat er sein Leben lang nicht verstanden, was doch leider in seinem Beruf gerade das Wichtigste ist, nämlich seine Schüler in Respect und Disciplin zu halten. Er hat vor sich selbst nie ein Hehl aus seinen Mißerfolgen gemacht; er hat jedes Semester eine neue Lehrmethode angewendet, um immer wieder die bittere Erfahrung von der Nutzlosigkeit aller seiner redlichen Bemühungen zu gewinnen: es blieb einmal die alte Geschichte: „die sittenstolze Prima, die Grundlinge der Sexta, die rauhe Tertia, die Maieblüthe aller Regelhaftigkeit, alle spielten ihm mit gleicher Lust und Sicherheit tagtäglich auf der Nase herum. So sieht er die ihn verzehrende Sehnsucht, sich auch einmal einer Frucht seiner Arbeit freuen zu dürfen, ewig unerfüllt; und der Gedanke, dereinst mit dem Bewußtsein verfehlten Berufes, verfehlten Lebens von hinnen zu gehen, bereitet ihm Noth und Qual. Und er schleppt seine Last fort, bis die Macht des Alters über ihn kommt und er nach fünfundvierzig Amtsjahren pensionirt wird. In seiner letzten Schulstunde geizt jedoch etwas Wunderbares; der Director hatte nämlich unter dem Eindruck der schlichten Abschiedsrede des scheidenden Kollegen vor seinem Eintritt der Klasse eine gewaltige Standrede gehalten; als nun Röber erscheint, ist Alles so ruhig und gestillt, daß er, in der Angst vor einem drohenden Hauptschlag, sich nicht anders zu helfen weiß, als daß er selbst das Signal zum Lärm giebt, indem er den Unterricht abbricht und die Schüler eigener beliebiger Beschäftigung überläßt. Er geht aus Land, um dort in Ruhe seine Tage zu beschließen; allein bald beginnt ihn der Gedanke zu peinigen, ob er sich nicht selbst leichtsinnig die Befriedigung seines Ehrgeizes verschert, ob er nicht in jener letzten Unterrichtsstunde die richtige Methode gefunden und dadurch das seltsame Verhalten der Klasse bewirkt habe. Sein einziges Ver-

langen ist es nunmehr, noch einen Versuch zu machen; er bestreundet sich mit dem Dorfschullehrer, wohnt seinem Unterricht bei und übernimmt, als jener erkrankt, seine unentgeltliche Vertretung. Von stolzen Hoffnungen geschwellt, betritt er das Schulzimmer; doch alle Würde, die er sich zu geben bemüht, nutzt nichts — schon am Schluß der ersten Stunde gleicht die Klasse „einem Raubthierhaufe zur Fütterungszeit“. Die Erkenntniß kommt ihm, daß er nie die richtige Methode würde finden können: denn dazu müßte man an seine eigene Höhe und Würde glauben und „dies Eine war ihm in der Welt das Unmöglichste, sich selbst für etwas Sonderliches zu halten“. Müde und schwach, den Tod im Herzen, schöpft er weiter ins Faß der Danaiden. Aber die erträumte Seligkeit soll ihm doch noch zu Theil werden; die wilden Knaben, welche von seinem Entschließen hören, daß der Großpapa sterben müsse und daß sie ihn zu Tode geärgert hätten, werden dadurch gebändigt und verharren in andächtiger und ehrfurchtsvollem Schweigen, während der Sterbende die Klasse betritt und auf dem Katheder Platz nimmt; er kann nicht mehr reden, aber er fühlt, daß er heutzutage die Herrschaft in den Händen halte; nur mit Blicken unterredet er sich mit seinen Schülern, aber er weiß, daß er verstanden wird; und so stirbt er mit dem freudigen Bewußtsein, in der letzten Stunde erhalten zu haben, was er sein ganzes Leben lang erstrebt. — Hoffmann ist selbst einige wenige Jahre Lehrer gewesen und hat dann diesem Beruf Ballet gesagt, um sich ausschließlich seinen litterarischen Neigungen und Arbeiten zu widmen; so liegen seiner Erzählung wohl allereigenste Erfahrungen, wenn auch in ganz anderer Form, zu Grunde. Auf dem weiten Felde der Aesthetik, das die Poesie und die bildenden Künste umfaßt, tobt gegenwärtig ein heißer Kampf zwischen den Verfechtern und Vertretern zweier Kunstprincipien, welche man mit den Namen Idealismus und Realismus zu bezeichnen gewohnt ist. Daß ein Gegensatz zwischen den beiden Principien, in Rücksicht auf den der Kunst gemäßen Zweck und auf die Mittel, durch welche dieser Zweck zu erreichen, in der That vorhanden ist, läßt sich nicht leugnen; aber inwiefern der Streit der Wiberfasser dadurch verwirrt und verschoben wird, daß besonders der Begriff „Realismus“ den verschiedensten Deutungen und Definitionen ausgelegt ist, scheint nicht genügend aufgeklärt zu sein. Wir werden daher mit ganz besonderer Anteilnahme den Auseinandersetzungen eines glänzenden Vertreters des Realismus, eines berühmten Künstlers, über die Wege und Ziele seiner Kunst folgen. In Fleischer's „Deutscher Revue“ verbreitet sich Wassili Berezofagin, der große russische Maler, dessen Werke vor wenigen Jahren durch eine Ausstellung den Breslauer Kunstfreunden bekannt geworden sind, in einer Reihe von kurzen, aphoristischen, aber eine zusammenhängende Entwicklung bietenden Erörterungen über das Thema: „Der Realismus“. Er stellt den Begriff dahin fest, daß Bilder, in welchen Gegenstände oder Handlungen einfach so abgemalt werden, wie die Dinge zufällig in der Natur neben einander vorkommen, ohne von einem einheitlichen, allgemeinen Gedanken zusammengehalten zu werden, d. h. Bilder ohne Idee und ohne typische Auffassung, wohl in realistisch Weise ausgeführt werden können, aber das Malen von solchen Bildern ist nicht Realismus, d. h. Realismus als die künstlerische Richtung, welche sich auf Anschauung und Beobachtung stützt, im Gegensatz zu dem Idealismus als derjenigen Richtung der Kunst, welche auf apriorischer Vorstellung und Ein-

Sobal am 13. Januar die Verführung der Mission von Bugu bekannt war, hat die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft alle möglichen Schritte zur Befreiung der Missionare, aber die aufständischen Araber machten so unüberwindliche Forderungen, daß an eine Einigung nicht zu denken war. Sie begehrten 20 000, nach anderer Angabe sogar 60 000 Rupien, die Deutschen sollten auf der Stelle Bagamoyo und Dar es Salaam verlassen, Kondufchi und die Umgebungen sollten dem Sklavenhandel frei stehen, endlich verlangten sie den Austausch einer gewissen Anzahl gefangener Araber. Admiral Deinhardt antwortete nicht einmal unter solchen Umständen. Von nun an wurde die ganze Sache P. Etienne Baur, dem Obern der Station der Bäter vom h. Geist in Bagamoyo, übertragen. Die Station von Bugu ist nicht durch Buschiri zerstört worden. Buschiri kennt die Missionare und hätte es niemals gethan, aber seit dem Ausstand kommen Araber von Maskat an die Kanjibarüste, und diese Araber haben die Station überfallen. Buschiri ist wohl das Haupt des Aufstandes an der ganzen Küste von Pangani bis nach Kiloa, muß aber bezüglich der Beute und ähnlicher Dinge den Arabern und den Dyumbe mehr oder weniger Freiheit lassen. Er hat sein Hauptquartier in der Nähe von Bagamoyo und hat im Einklang mit den Dyumbe von Bagamoyo bis jetzt die katholische Mission überfallen. Buschiri ist wohl das Haupt des Aufstandes an der ganzen Küste von Pangani bis nach Kiloa, muß aber bezüglich der Beute und ähnlicher Dinge den Arabern und den Dyumbe mehr oder weniger Freiheit lassen. Er hat sein Hauptquartier in der Nähe von Bagamoyo und hat im Einklang mit den Dyumbe von Bagamoyo bis jetzt die katholische Mission überfallen. Buschiri ist wohl das Haupt des Aufstandes an der ganzen Küste von Pangani bis nach Kiloa, muß aber bezüglich der Beute und ähnlicher Dinge den Arabern und den Dyumbe mehr oder weniger Freiheit lassen. Er hat sein Hauptquartier in der Nähe von Bagamoyo und hat im Einklang mit den Dyumbe von Bagamoyo bis jetzt die katholische Mission überfallen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 9. April.

Herr von Gopler hat aus dem Dispositionsfonds seines Ministeriums zu unvorhergesehenen Ausgaben im Jahre 1885 dem Berliner Regattaverband, dem schlesischen Regattaverband und dem

mittelrheinischen Regattaverbande für die in Berlin, Breslau und Koblenz stattgefundenen Ruderregatten Staatspreise von je 100 Mark bewilligt. Diese Ausgaben hat, wie die „Freie Ztg.“ mittheilt, die Oberrechnungskammer beanstandet. Der Minister hält die Veranschlagung deshalb für gerechtfertigt, weil die Unterstützung der Bestrebungen der Rudervereine, in denen die vom Ministerium geförderten Leibesübungen durch Rudern gepflegt würden, im Interesse seines Ressorts liege und durch Prämien der Wettseher in den Leistungen zweckmäßig erhöht würde. Die Oberrechnungskammer erwidert darauf, daß die Unterstützung von Rudervereinen sich nicht unter die staatlichen Aufgaben bringen lasse. Die Rudervereine bezweckten weder die Erziehung oder körperliche Ausbildung der Jugend, weil es Vereinigungen Erwachsener seien, noch sei in ihnen eine gemeinnützige Einrichtung für die Schiffsahrt zu erblicken; die letztere würde aber auch in das Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe gehören, und ihre etwaige Unterstützung würde aus Cap. 69 Tit. 13 zu erfolgen haben. Die Rechnungscommission des Abgeordnetenhauses ist der Oberrechnungskammer nicht beigetreten in der Annahme, daß es sich hierbei auch um die körperliche Ausbildung der Jugend handle, da erfahrungsgemäß zahlreiche Studirende und Schüler höherer Bildungsanstalten an diesen Vereinen Theil nehmen.

Ein Nahrungsmittelverfälschungsproceß von allgemeinem Interesse wurde am Montag vor dem Landgericht I in Berlin in zweiter Instanz verhandelt. Die Kaufleute A. und S. waren wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu Geldstrafen von beziehungsweise 100 und 50 M. verurtheilt worden und hatten hiergegen Berufung eingelegt. Es handelte sich um Santoskaffee, welcher mit dem minderwertigen „Havartekaffee“ derart vermischt war, daß der Gerichtschreiber Dr. Bischoff darin eine Verfälschung erblickte. Dieser Zusatz, der durch See- oder Süßwasser gelitten, habe dadurch so viel von seinem Aroma eingebüßt, daß er den Namen „Kaffee“ nicht mehr verdiene. Das Schöffengericht folgte dem Gutachten des Dr. Bischoff und bezeichnete den Kaffee als „verdorben“ im Sinne des Gesetzes. Zum jetzigen Termine hatte der Verteidiger Dr. Staub eine Anzahl Sachverständiger laden lassen, welche das Gutachten des Dr. Bischoff widerlegen und entkräften sollten. So äußerte der Gerichtschreiber Dr. Bein, er habe in allen Bohnen, selbst in den am schlechtesten aussehenden, den kennzeichnenden Bestandtheil des Kaffees, Caffein, gefunden und deshalb sei die Sorte immer noch als „Kaffee“ zu bezeichnen. Die Verfälschung einzelner Bohnen rühre nicht von Feuchtigkeit, sondern von der Einwirkung der Sonne her. Da etwas Schädliches in dem Kaffee nicht zu entdecken gewesen, so halte er es nicht für gerechtfertigt, dessen Benutzung zu untersagen, zumal derselbe dem ärmeren Publikum seiner Billigkeit wegen gute Dienste leiste. Ähnlich äußerten sich die anderen Sachverständigen. Der Gerichtshof hob das erste Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung. Verdorben sei der zugelegte Kaffee zwar nicht, aber minderwertig und durch dessen Zumischung werde immerhin eine Verfälschung bewirkt. Da aber die Beweiskraft nicht als vorliegend erachtet worden, so müsse dieserhalb ein freisprechendes Urtheil gefällt werden. Wegen Fahrlässigkeit könnten die Angeklagten nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, da die Sache verjährt sei. Der Fall beweist wieder einmal, was Viele nicht gelten lassen wollen, daß gerichtliche Gutachten nicht unfehlbar sind, d. h., daß Gutachten zweiter Instanz von denen erster Instanz leicht abweichen können.

Militärisches. Der mit der Führung des VI. Armeecorps beauftragte Generalleutnant von Lewinski I ist durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 8. April er. zum commandirenden General des VI. Armeecorps ernannt worden.

Vom Stadttheater. Mittwoch, 10. April er., geht zum letzten Male in dieser Saison „Romeo und Julia“ von Shakespeare in Scene. Donnerstag, 11. April er., kommt Goethe's „Faust“ (erster Theil) zur Aufführung. Der Anfang dieser Vorstellung ist, wie früher, auf 6 Uhr festgesetzt. Den Wünschen des Publicums entsprechend, wird zwischen dem ersten und zweiten Theil des „Faust“ eine Pause gemacht, so daß der zweite Theil des „Mysteriums Sonnabend, 13. April er., zur Darstellung gelangt. Freitag, 12. April er., beginnt der Baritonist vom k. k. Wiener Hofoperntheater, Theodor Reichmann, mit „Hans Heiling“ ein kurzes Gastspiel.

Vom Lobe-Theater. Die Vorstellungen schließen am 17. April. Am Sonntag findet die 100. und letzte Vorstellung statt. Morgen, Mittwoch, wird zum letzten Male „Orpheus in der Unterwelt“ in Scene gehen. Am Donnerstag findet zum Benefiz für Herrn Oscar Leuschke die erste Aufführung von Paul Lindau's Lustspiel „Die beiden Teufel“ statt, und am Sonnabend wird zum Benefiz für Herrn Felix Schnell, „Pariser Leben“ gegeben. Montag, 15., Dienstag, 16., und Mittwoch, 17., finden Gastvorstellungen der k. k. Hofchauspielerin Fel. Bariescu und des Herrn Josef Wagner vom k. k. Hofburgtheater in Wien statt.

Von den Bahnhöfen in Breslau. Die „Schles. Ztg.“ schreibt: Die Eisenbahndirection zu Breslau beabsichtigt, Vorarbeiten für die Anlage eines Rangirbahnhofs bei Brodau (Dorf im Südosten von Breslau, in der Gabelung zwischen den Bahnliesen Breslau-Obereschlesien und Breslau-Mittelwalde gelegen) und für eine dadurch nothwendig werdende theilweise Verlegung der Eisenbahn Breslau-Mittelwalde vorzunehmen zu lassen. Die Vorarbeiten werden die Feldmarken Dürrgoy, Brodau, Klein- und Groß-Tschansch und Groß-Oldern berühren. Das Project eines neuen Rangirbahnhofs bei Brodau dürfte in innerem Zusammenhange stehen mit den Projecten zum Umbau des Breslauer Centralbahnhofs und der Breslauer Verbindungsbahn, sowie mit der Frage der Aufhebung des Personenverkehrs auf dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofs in Breslau. Alle diese Projecte und Fragen stehen offenbar in Beziehung zu dem seit Verstaatlichung aller in Breslau mündenden Bahnen auf der Tagesordnung stehenden großen Project einer gründlichen Umgestaltung der Bahnhofsverhältnisse zu Breslau.

Das königl. König Wilhelms-Gymnasium giebt seinen Jahresbericht heraus. Aus demselben heben wir hervor, daß Gymnasial-Director Dr. Hermann Eardt am 10. April 1888 aus seinem früheren Amte am königl. Gymnasium zu Wissa i. P. ausschied, um die neu errichtete Directorstelle am königl. König Wilhelms-Gymnasium in Breslau zu übernehmen. Dr. phil. Hermann Eardt, geboren 1837 zu Breslau, evangelischer Confession, besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt und bezog Michaelis 1857 zuerst die Universität zu Breslau, dann zu Königsberg. Er widmete sich dem Studium der Geschichte und Geographie, sowie der alten Sprachen. Ostern 1861 übernahm er noch als Student an dem königl. Friedrichs-Collegium zu Königsberg in Preußen eine Anzahl Stunden, promovirte darauf am 29. Juli desselben Jahres mit einer Dissertation „de Anecdosis Procopii Caesariensis“ und trat am 1. October in das neu gegründete pädagogische Seminar (evangelische Abtheilung) ein. Von dieser Zeit ab verließ er an jener Anstalt eine Hilfslehrerstelle, absolvirte dann sein Oberlehrer-Examen, wurde vom 1. October 1862 definitiv angestellt und am 15. November 1862 verbeamtet. Am 1. October 1866 wurde er Oberlehrer und hatte die dritte Oberlehrerstelle am Friedrichs-Collegium inne, als er durch Patent vom 5. April 1873 zum Gymnasial-Director ernannt wurde. Sodann ist ihm die Leitung des neu zu gründenden königl. Gymnasiums zu Strassburg in Westpreußen (des ersten Simultan-Gymnasiums der Provinz Preußen) übertragen worden. Die innere Entwicklung dieser jungen Anstalt war so weit gediehen, daß Ostern 1876, nach einem fünfjährigen Bestehen der Prima, ein erstes Abiturienten-Examen abgehalten werden konnte, als der Director zum 1. April 1876 an das königl. Gymnasium zu Wissa in Polen versetzt wurde. In dieser Stellung verlebte er 12 Jahre. — Im Jahre 1888 wurde beim königl. Wilhelms-Gymnasium die Untersecunda errichtet. Außer dem Director unterrichten in der Anstalt 2 Oberlehrer, 5 ordentliche Lehrer, 2 wissenschaftliche Hilfslehrer, 1 Religionslehrer, 1 technischer Lehrer und 3 Vorhülfelehrer. Das Gymnasium wurde am 1. Februar er. von 245 Schülern besucht, von denen 130 evangelisch, 45 katholisch, 70 jüdisch, resp. 220 Einheimische, 23 Auswärtige und 2 Ausländer waren. Die Hochschule wurde von 148 Schülern besucht; von diesen waren 55 evangelisch, 16 katholisch, 77 jüdisch, resp. 147 Einheimische und 1 Auswärtiger. Das neue Schuljahr beginnt Donnerstag, 25. April er., für die Gymnasialklassen um 7 Uhr, für die 1. Klasse der Vorhülfe um 8 Uhr, für die 2. und 3. Vorhülfe um 9 Uhr. — Dem Jahresbericht ist eine wissenschaftliche Beilage beigelegt: „De concertu trium Aristotelis de voluptate“ (Fortsetzung in der Beilage.)

bildung beruht. In diesem Sinne hat er stets seine Aufgabe gefaßt, nach dieser Richtung seine Gemälde geschaffen. Ueberall will er die Dinge zeigen, wie sie in Wahrheit sind, und immer will er in ihnen eine Idee zum Ausdruck bringen. Er sucht auch seine vielberufenen Bilder aus der heiligen Geschichte zu vertheidigen; hier muß ihm jedoch entgegengehalten werden, daß eine Idee, die ihrer Natur nach auf einem bestimmten Ideal beruht, welche im Ueberföhllichen wurzelt, auch nur durch eine idealistische Darstellung rein verfürpert werden kann; er behält auch mit seiner rationalistischen Betrachtungsweise nur Recht, soweit er die Vorgänge als einfach historische ansieht; das kann doch aber z. B. bei der Auferstehung Christi nicht mehr der Fall sein, und so sieht in seinem diesen Gegenstand behandelnden Bilde die Idee mit der Darstellung in unverföhllichem Widerspruch.

Die Ideen aber, welche seine Werke aussprechen, fallen mit der großen Rolle zusammen, die seiner Meinung nach die Kunst im öffentlichen Leben zu spielen berufen ist. Denn mitten in dem gewaltigen Ringen der unsföhrerlichen Elemente mit der bestehenden Weltordnung, welches sich in der Gegenwart vorbereitet, steht die Kunst auf einem vorgeschobenen Posten: sie kann und wird die Gesellschaft beschützen. Deshalb ist es ihre Pflicht, die Gesellschaft aus ihrem apathischen Schlummer zu wecken, ihr die drohenden Gefahren dringend vor Augen zu stellen, daß sie auf Abhilfe der Schäden sinne, ehe es zu spät ist. Und zum Schluß faßt Wereschagin seine Ueberzeugung in ein paar lapidaren Sätzen zusammen, die er durch die Mahnung einleitet: „Gieb es auf, dein Herz an den falschen Bildern des Idealismus zu ergößen, der deine Sinne einschläfert, des Idealismus der vollenden Worte und Phrasen. Blicke um dich mit den Augen eines empfindenden Realisten, und du wirst sehen, wie sehr du dich betrogen hast.“ Freilich scheint Wereschagin bei seiner Würdigung der Aufgaben der Kunst die moralische und socialpolitische Seite mehr zu betonen, als die ästhetische. Immerhin hat er engere Föhlung mit dem Wesen unserer modernen Oesellschaft, wenn er durch seine Kriegsbilder Abscheu vor den Greueln des Krieges erregen will, als jene, welche sich beeifern, sie durch einen Glorianschein zu verherrlichen.

Der Realismus ist gesund und wird voraussichtlich das Feld behaupten. Er darf nicht, wie es wohl oft geschieht, mit dem Pessimismus vermischt werden. Jener ist eine objective Weltanschauung, dieser eine subjective; jener bemüht sich, die Wirklichkeit der Dinge darzustellen, dieser nur das Häßliche und Schlechte, das für ihn allein wirklich ist, da er vor dem Guten und Schönen gewaltsam die Augen verschließt, um nicht mit seiner vorgefaßten Meinung in Conflict zu gerathen. Ein Theil der im Münchener Glaspalast ausgestellten Gemälde veranlaßt A. Hausrath in der „Deutschen Rundschau“ zu maßvolle Bemerkungen über die Frage: „Realismus oder Pessimismus?“ Er weist darauf hin, wie für eine gewisse Richtung modernster Künstler nur dasjenige Kunstwerk Anspruch auf Geltung habe, welches ein Gefühl des Unbehagens, womöglich des Fehls, hinterlasse, und daß damit gegen den Grundsatz verstoßen werde, wonach das Schöne der Gegenstand der Kunst sei. Das ist allerdings aber gerade der freitige Punkt.

Eine nach Inhalt und Form gleich hervorragende Abhandlung

Wilhelm Dilthey's in der „Rundschau“ lenkt die Aufmerksamkeit der interessirten Kreise auf den Plan einer Neuschöpfung von weittragender Bedeutung, auf eine in der Zukunft zu begründende Zeitschrift „Archiv für Litteratur“. Dilthey geht von dem Gesichtspunkt aus, daß auch die ungedruckte Litteratur zum geistigen Besitzthum unseres Volkes gehört, daß erst das Studium des handschriftlichen Materials an Briefen, nachgelassenen Werken und sonstigen Documenten bedeutender Schriftsteller und Gelehrten die Kenntniß ihrer Werke und ihrer Persönlichkeiten so zu vertiefen im Stande ist, wie es wünschenswerth erscheint. Die Eröffnung der Staatsarchive hat eine neue Aera der Geschichtsforschung herbeigeföhrt und sie auf eine früher ungeahnte Höhe gehoben; ebenso läßt es sich noch gar nicht ermessen, was litterarische Archive der litterar-historischen Wissenschaft einmal leisten können. Nun sind aber die festbaren handschriftlichen Schätze, so lange sie sich, über das ganze Reich zerstreut, in den verschiedensten Händen, meistens in Familienarchiven, befinden, abgesehen davon, daß sie theilweise schwer oder gar nicht zugänglich sind, den mannigfachen Gefahren und schließlichem Verderben und Untergang ausgesetzt; wie in der That der handschriftliche Nachlaß früherer Jahrhunderte und auch der von Personen zweiten und dritten Ranges aus neuerer Zeit, welcher oft das wichtigste Briefmaterial bewahrt, zum großen Theil verloren ist. Es handelt sich demnach darum, zunächst sämtliche vorhandene Handschriften zu registriren, sie alsdann an bestimmten Centralstellen, an natürlichen Mittelpunkten zusammenzulegen, wie zum Beispiel die der Aufklärung in Berlin, der Kunst in München, des Humanismus in Heidelberg u. s. w., und sie durch einen Archivar verwalten zu lassen, der als „der verschwiegene Inhaber vieler Familiengeheimnisse“ sich durch Redlichkeit, Tact und Scharfblick seines Vertrauenspostens würdig zeigt; so wären diese Archive „eine andere Bestmünster-Abtei, in welcher wir nicht die sterblichen Körper, sondern den unsterblichen idealen Gehalt unserer großen Schriftsteller versammeln würden“.

Dilthey verheißt sich keineswegs die fast unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des großen Werks entgegenstehen; allein wir wollen hoffen, daß seine Ausfaat auf guten Boden falle und allmählig zu schöner Frucht heranreife. Die Gesellschaft für deutsche Litteratur zu Berlin, deren Zusammenkünfte er mit dem vorliegenden Vortrag eröffnete, hat im unmittelbaren Anschluß daran eine Commission niedergesetzt mit dem Auftrage, die geeigneten Maßregeln zur Verfolgung der gegebenen Anregungen zu ergreifen; wie weit es freilich gelingen wird, an zuständiger Stelle die nöthige Unterstützung zu erwirken, bleibt abzuwarten.

In den „Preussischen Jahrbüchern“ schildert H. Boos den Lebensgang und die litterarische Thätigkeit des sranbriischen Historikers Jean Froissart, von dessen Geschichtswerk eine berühmte prächtige Bilderhandschrift auf der Stadtbibliothek in Breslau aufbewahrt wird. Froissart wurde um 1337 geboren und starb etwa um 1410. Er hat ein abenteuerliches Leben geführt; bald hält er sich an den Höfen der Fürsten und Großen seiner Zeit auf, feiert ihre Feste mit ihnen und begleitet sie auf ihren Kriegszügen; bald schweift er auf vagabundirenden Studienfahrten durch die Länder Europas, um sich von Augenzeugen über die geschichtlichen Ereignisse berichten zu lassen und ihre Schaupläze kennen zu lernen. Sein Werk ist eine Darstellung der europäischn Geschichte von 1325

bis 1378; für die Zeit bis 1356 hat er jedoch die Chronik seines großen Vorgängers Jean le Bel entlehnt. Es ist in verschiedenen Redactionen erhalten, die nicht unbedeutliche Abweichungen, namentlich auch in der politischen Stellungnahme, aufweisen. Im Allgemeinen aber bestrebt sich Froissart objectiv zu berichten und Lob und Tadel nach Gerechtigkeit zu vertheilen. Durchgängig ist er freilich ein überzeugter Parteigänger des Adels; die Nichtadeltigen sind für ihn nur „villains“ und „mechans“. So sagt er bezüglich der Schlacht von Cassel: „Niemand will Gott zugeben, daß der Adel durch diese Mißthaten bestraft würde.“ Seine Erzählungskunst zeichnet sich durch Naivetät, Lebendigkeit und Anschaulichkeit aus und giebt seinem Werk, das eine unerhöpliche Fundgrube für die politische und culturelle Geschichte seiner Zeit ist, einen hohen ästhetischen Werth.

„Unsere Zeit“ bringt unter dem prunkenden Titel „Der Roman der Neuzeit“ einen recht unklaren Aufsatz von Emil Mauerhof, der sich damit begnügt Conrad Ferdinand Meyer's „Nichterin“ als das Muster eines modernen Romans zu erklären, Einwände gegen denselben Dichters „Verchwörung des Pescara“ zu erheben, eine wunderliche Kritik von Kleist's „Rohrhaas“ zu liefern und nebenher verworrene Gedanken über den Unterschied zwischen Roman und Novelle zu äußern.

Aus dem übrigen reichen Inhalt der Zeitschriften sei noch besonders auf einige beachtenswerthe Artikel aufmerksam gemacht. August Scholz giebt in Westermann's Monatsheften einen Ueberblick über die litterarische Wirksamkeit Fedor Dostojewski's, des Verfassers von „Raskolnikow“; in der „Deutschen Revue“ sucht Ludwig Büchner dem Gedanken an die Vernichtung der Individualität durch den Tod seine Schrecken zu benehmen; in „Nord und Süd“ bietet A. Brückner aus den Acten des Worongow'schen Archivs Enthüllungen „zur Charakteristik des Kaisers Paul“, welche uns den furchtbaren Druck, der während jener Zeit der Willkür und Tyrannei auf allen Geistern lastete, in den Neuierungen von Zeitgenossen lebhaft vor Augen führt; in der „Deutschen Rundschau“ zieht Ph. Spitta die aus dem Jahre 1792 stammende älteste Faust-Oper, deren Componist Ignaz Walter ist, und deren Librettist Heinrich Schmieber auf's Angenehmste Goethe's Faustfragment plündert und daneben auch Klingers Faust-Roman und des Malers Müller's Faust-Drama benützt, aus der Vergessenheit hervor und unterwirft Goethe's Stellung zur Musik einer eingehenden Betrachtung; Th. Achelis analysirt in den „Preuss. Jahrbüchern“ Eduard v. Hartmann's Polemik gegen Loge's philosophisches System; und in der „Rundschau“ und „Unsere Zeit“ weihen A. Bettelheim und ein ungenannter Desterreicher dem unglücklichen Kronprinzen Rudolf Gedenkbücher.

Paul Bürger.

Zur Sprachreinigung. In dem Feuilleton „Zur Sprachreinigung“ (Nr. 250 der „Breslauer Zeitung“) ist durch den Wegfall einer Zeile der Sinn entstellt worden. An der Stelle, in welcher der Inhalt der Eingabe des Allg. D. Sprach-Vereins an den Kultusminister angegeben wird, muß es heißen: „... sowie auch besonders die Lehrer anzuregen, die rein lehrmäßige Behandlung der Muttersprache immer mehr durch Bildung und Pflege eines lebendigen Sprachgeföhls in der heranwachsenden Jugend zu ergänzen, damit u.“

Regen-Mäntel

Paletôt-, Dolman-, Kragen-, Bandagen-, Bad-Façons
 von vorzüglichen Stoffen und bestem Sitz nach Berliner Modellen gearbeitet,
 das Stück 4 M., 5 M., 6 M., 8 M., 10 M., 12 M., 15 M. bis 30 M.
 Anerkennungs schreiben über den vorzüglichen Sitz unserer Mäntel gehen fast täglich ein. [4409]
J. Glücksmann & Co.,
 Breslau, Dblauerstraße 71/72.

„Helmbräu“.

Breslauer Actien-Bierbrauerei.

„Helmbräu“.

Nachdem wir in unserem Etablissement zweckentsprechende Neubauten und Vorrichtungen speciell auch für unsere Flaschenbier-Abtheilung errichtet haben, werden unsere Biere stets in unübertroffener, vorzüglichster, abgelagerter Qualität geliefert. Unser

„Helmbräu“

nach **Münchener Art voll und kräftig** eingebrant, ist vermöge seiner **vielseitigen guten Eigenschaften** nicht nur **Gesunden**, sondern wegen seines milden Geschmacks und geringen Alkoholgehaltes auch **Kranken, Schwachen und Reconvalescenten** vor allen anderen sogenannten ächten Bieren gewissenhaft zu empfehlen, und wird dasselbe, wie auch das von uns aus **feinstem Hopfen und Malz** hergestellte

„helle Lagerbier“,

von den Herren Ärzten vielfach als ein die Gesundheit erhaltendes und förderndes Getränk verordnet.
 Der Preis für die Biere ist gleich und kosten

25 Flaschen franco in's Haus 3 Mark.

Pfand auf Flaschen wird nicht verlangt.

Es liegt im Interesse einer Familie, sich durch eine **Probesendung** von der vorzüglichen Güte und Preiswürdigkeit unserer Biere zu überzeugen. [1915]

Breslauer Actien-Bierbrauerei,

Nr. 27, Nicolaistraße Nr. 27,
 Telephon-Anschluß 248.

Füllung ohne Verlust
 an Kohlensäure.

Füllung ohne Verlust
 an Kohlensäure.

Bazar Gebr. Taterka, Breslau,

Ring 47, Naschmarktseite.

Zu Beginn der Frühjahrs-Saison erlauben wir uns ergebenst unsere Firma in empfehlende Erinnerung zu bringen. In unserer

Abtheilung für Anfertigung nach Maas

sind die vorzüglichsten Neuheiten der Saison eingetroffen und leisten wir für geschmackvolle, elegante Ausführung und gut passenden Sitz jede Garantie. — In unserer

Abtheilung für fertige Herren- und Knaben-Garderobe

ist unser Personal angewiesen, nur auf passende Anzüge zu verkaufen und alles Nichtpassende ohne Weiteres umzutauschen. — Das Lager enthält:

Fertige Herren-Anzüge . . .	von 27 Mk. an,
Salon-Anzüge in schwarz . . .	40 . . .
Sommer-Paletots	22 . . .
Winter-Paletots	24 . . .
Schlafröcke	16 . . .
Knaben-Anzüge	6 . . .
Knaben-Paletots	6 . . .

Jagdjacken, Livree-Anzüge, Regenmäntel, Beinkleider, Westen
 in reichhaltigster Auswahl. [034]



Oster-Eier

von Seife!!
 verschiedenste
 Vogelarten,
 vom
Gänse
 bis zur kleinsten
 Form des
Sperlingseies
 farbenprächtig,
 schön und billig!!
 4 Pf. bis 60 Pf.
 pro Stück.
Osterhühner!
Osterhasen!
Osterlämmer!
 in reizendsten Ausstattungen
 von 30 Pf. an bis 8 Mark.
 Aufträge nach Auswärts, auch kleinste, werden mit gewohnter
 Sorgfalt und prompt ausgeführt, geg. Nachn. od. Eins. des Betr.
Wiederverkäufern als höchst lohnender Artikel angelegentlich
 empfohlen. [1669]

R. Hausfelder,
 alt. Breslauer Parf.- und Toiletten-Seifen-Fabrikant,
 28, Schweidn. Str. 28, dem Stadttheater schrägüber.

Herren- und Damen-Pelz-Gegenstände,

wie auch **Wollfächer** (wenn dieselben auch nicht bei mir gekauft sind) werden zum **Aufbewahren** unter **Garantie** gegen **Feuer- und Mottenschaden** gegen geringe Vergütung angenommen. [034]
 Gleichzeitig ersuche ich, des späteren großen Andranges wegen, **Reparaturen und Modernisirungen** aller Pelz-Gegenstände rechtzeitig aufzugeben. Die Conservirungs-Gegenstände werden auf Wunsch durch mein Personal abgeholt.

M. Boden, Kürschnermeister.
 Nur Ring Nr. 38, Nur Ring Nr. 38.

Anton Günther,
 Harburg a. d. Elbe,
 offerirt eigene Magazine am Wasser und Bahngeleise zur Lagerung von Gütern aller Art. (Transit-Läger u. Läger für den freien Verkehr.) Große Lagerplätze für im Freien lagernde Güter außerordentlich billig. Auf directe Be- und Entladung von Dampfern und Seglern, sowie directe Expeditionen aufs Passendste eingerichtet. Telephonverbindung. [1207]



Patent-Kugel-Kaffeebrenner
 für 3 bis 100 Kilogramm Inhalt,
 in mehr als 15000 Stück verbreitet, durch hervorragende Leistung, langjährig erprobte Solidität und denkbar einfachste Construction weithin bekannt. Außerordentlich nützlich für jede Colonialwaaren-Handlung.
Emmericher Maschinenfabrik u. Eisengießerei van Gülpen, Lensing & v. Gimborn, Emmerich.

Auch in Schlesien außerordentlich verbreitet und beliebt. Tausende von Anerkennungsbriefen erfahrener Fachleute. Preisgekrönt auf verschiedenen Weltausstellungen, Fach- und Landesausstellungen, zuletzt: Köln Sept. 1888: Silberne Medaille; München October 1888: Staatspreis! Allgem. Ausstellung für Volksernährung Düsseldorf: Goldene Medaille [028]
 Abschlüsse durch **Gruhl & Bracke, Albrechtsstr. 13, Breslau.**

Den Herren Bauunternehmern empfehlen wir unsere feuerfesten

Stein-Dachpappen,
 sowohl in Tafeln (Watten-Dachpappen), wie in Rollen bester Qualität; ferner unentzündl. enal. Steinkohlentheer, Steinkohlentheer, Asphalt, Holzcement, Klebemasse, Dachpappennägel und fertige Ueberstrichmasse für Pappbedachungen, welche sich nach unsern vielfachen Erfahrungen besonders gut bewährt. Auch übernehmen wir die

Ausführung von Pappbedachungen
 in Accord,
 sowohl mit einfach wie mit doppelt gelegter Pappe (Klebedach) unter mehrjähriger Garantie zu soliden Preisen. Ebenso bringen wir

Holzcementdächer
 zur Ausführung. — Um Irrthümer zu vermeiden, bemerken noch, daß unsere Pappen-Päckete ausnahmslos mit einem Adler und unserer Firma bedruckte Abzeichen haben. [032]
Stalling & Ziem,
 Breslau, Fischergasse 21, u. Barge, Kreis Sagan.

Aufpoliren der Möbel

ist jetzt für jeden Haushalt zu einer leichten und billigen Hausarbeit geworden. Es ist überraschend, mit welcher Leichtigkeit und Schnelligkeit Jeder im Stande ist, mit der neuerfindenen [4077]

Möbel-Politur-Pomade

von **Fritz Schulz jun., Leipzig,**
 einen hochfeinen und andauernden Politur-Glanz zu erzielen. Die Gebrauchsanweisung ist sehr einfach und ein Winklingen vollständig ausgeschlossen. Man achte genau auf Firma. Preis pr. Dose 25 Pf.

- Vorräthig in Breslau bei:
- S. G. Schwarz, Dblauerstraße 4.
 - Herz & Ehrlich, Blücherplatz.
 - Gilcher & Diebler, Bischofstr. 7.
 - E. Krüger, Albrechtsstraße 15.
 - M. Töpfer Nachf. G. Schimmelmann, Hoflieferant.
 - Gustav Biller, Heiligegeiststr. 15 und Messergasse 20.
 - Jul. Specht, Klosterstraße 16.
 - Hob. Neugebauer, Reufschtr. 19.
 - Paul Pache, Scheinigerstr. 22.
 - Serm. Straka, Am Rathhause 10.
 - P. Langosch, Schweidnitzerstr. 45 und Nicolaistraße 48.
 - Osc. Mohr, Kupferfchmiedestr. 25.
 - Otto Kahl, N. Schweidnitzerstr. 2.
 - Serm. Cohn, Gneisenauplatz 3.
 - Eduard Groß, Neumarkt 42.
 - L. Th. Wolff, Rosenthalerstr. 18.
 - Robert Geister, Gartenstraße 5 und Gr. Feldstraße 7.
 - Robert Szialas, Nicolaistr. 63b.
 - Willy Bergmann, Hummerstr. 11.
 - Bruno Diefen, Große Scheinigerstraße 3.
 - Oscar Reymann, Neumarkt 10.
 - D. Feilberg, Mollkestraße 18.
 - Umbach & Kahl, Taschenstr. 21.

Bewährtestes Mittel gegen Kopfschmerzen, Migräne, Neuralgische Schmerzen, Rheumatismen, Keuchhusten u. A.
 Dosis nach ärztlicher Verordnung.
 (Für Erwachsene in der Regel 1—2 Gramm.)

ist **Dr. Knorr's Antipyrin**
 Zu haben in allen Apotheken; man verlange ausdrücklich „Dr. Knorr's Antipyrin.“ Jede Original-Büchse trägt den Namenszug des Erfinders „Dr. Knorr“ in rothem Druck.

Mit drei Beilagen.

(Fortsetzung.)

„Commentationum priorisque Nicomacheorum fide“ (von Dr. Monstereg).

Verein für Geschichte der bildenden Künste. Donnerstag, 11. April, Abends 8 Uhr, wird in der alten Börse Oberlehrer Dr. Pelzer einen Vortrag über Moritz von Schwind halten.

Museum Schlesischer Alterthümer. Die letzte Sitzung des Vereins für das Museum Schlesischer Alterthümer in dieser Saison fand am Montag, 8. d. Mts., statt. Dieselbe eröffnete der Vorsitzende, Geh. Sanitätsrath Dr. Grempler, indem er dem Generalagenten A. Vangenhan das Wort zu einem Vortrage über „Slavische Ornamente auf Eisen“ ertheilte. An der Hand ergiebigen Demonstrationsmaterials in Original-Objecten und Zeichnungen erörterte der Vortragende das bisher hierorts noch wenig berührte, mit Rücksicht auf die herannahende Osterzeit doppelt interessante Thema. Die Sitten, Eier als Frühlingsgabe darzubringen, ist uralte und schon bei den alten Ägyptern und Orientalen nachweisbar. Bei den Slaven erhielt sich diese Sitte auch nach der Einwanderung in unsere Ländergebiete, und selbst bis auf den heutigen Tag, insbesondere aber fand sie bei den südböhmischen Slaven sorgfältige Pflege. Das der Frühlingsgöttin Mjara („Vorsorgerin, Erhalterin“) geweihte Ei bildete ein zugleich als Symbol des ersten Verdens hochgeachtetes Frühlings-, später Osterfest-Gebeide. Die Slaven, insbesondere die Slovaken und Hunkaren, stellten die Ostereier mit gefälligen, mehrfarbig hergestellten Ornamenten aus. Die der ersten weisen meist geometrische, die der letzteren meist einfache Blumenmuster auf. Aufmerksam wurde der Vortragende auf diesen Gegenstand durch die analogen Bestände der slawischen Museen, insbesondere der von Dr. Wankel angelegten und gut gepflegten Museen von Brünn und Olmütz. Die mit Zufuhrnahme in geschmolzenen Wachs getauchter Röhren, zum Theil von zarter Hand, eingezogenen und gemalten Muster sind gefällig und geschmackvoll. Besonders bemerkenswerth ist, daß Redner die Grundmotive dieser Zeichnungen in den Ornamentmotiven der Graberfundperiode von Hallstadt wiederfindet. Im Anschluß hieran giebt derselbe in kurzen Umrissen einen Ueberblick der Resultate seiner vergleichenden Forschung über Thierfiguren auf Gefäßen, Geräten und Schmuckgegenständen der einschlagenden Kulturperioden, mit Eingehen auf die diesbezüglichen Ornamentformen des Bundes von Sacra und erläutert den Vortrag durch viele selbst ausgeführte Zeichnungen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, für den felselnden Vortrag dankend, daß der Gegenstand durch Beibringung von analogen Ergebnissen aus Oberösterreich und Posen in Höhe der hiesigen Museumsverwaltung näheres Eingehen finden werde. Auch erbitet derselbe die Materie des Vortrages zur Veröffentlichung in dem Vereinsorgan, „Schlesiens Vorzeit“. Hieran schließt sich, unter Vorlegung von Originalmünzen, eine Mittheilung des Custos des Museums des Königl. Regierungsbeamten von Gehl über slavische Stickerien und Muster gewebe. Diese Stickerien, Hausarbeiten slawischer und slavonischer Frauen, besonders gefertigt in dem polodischen Orte Klenbowka, bestehen zum Theil aus Bandornamenten, Kanten, in geometrischen Mustern in Gold, Silber, Schwarz und Roth und sind auf einfachen Leinwandgeweben, die ebenfalls im Hause angefertigt wurden, dargestellt. Andere Stickerien und Muster — ein kleinrussisches Musterbuch, in Petersburg polygraphisch hergestellt, wird vorgelegt — erinnern an die Holbeinmanner, zeigen aber lebhaftere Farben als diese. Von Warfchauer und russischen Damen werden neuerdings die Stickerien von Glembowka vielfach als die Toiletten belebende Einfaße getragen. — Dr. Wernicke macht hierauf interessante Mittheilungen, welche die Kunstgeschichte Schlesiens betreffen; so zunächst über den muthmaßlichen Meister einer alten Marienfigur im hiesigen St. Claren, dem späteren Urkünstlerinnen-Kloster, „Das kindlein Christi“, als dessen Erzeuger ein von dem Vortragenden im hiesigen Archiv aufgefundenes Manuscript den Breslauer Maler „Johannes Paul Strauch“ nennt (1469). Dr. Wernicke supponirt, daß hier ein Schrifffehler vorliege und daß, statt Paul Strauch, Kauftrauch zu lesen sei, welcher hier von 1446—1485 gewirkt habe. Ferner hat derselbe Vortragende ermittelt, daß der Erbauer des Thurmes der Christophorkirche hier selbst merkwürdigerweise — Nomen et omen — ein Stellau sei und zwar ein Andreas Stellau, während der Rathsherrn in Breslau von Melchior Stellau auf und der Thurm der Kirche in Schweidnitz von Georg Stellau (1575), jedenfalls den Mitgliedern einer Familie, erbaut worden sei. — Der Vorsitzende schließt mit den besten Wünschen für die nächste Vortragssaison diese letzte Sitzung, indem er den ungerechten Vorwurf zurückweist, als ob man im Museum Schlesischer Alterthümer nur die Prähistorie pflege. Man habe Beweise, daß auch das Mittelalter und selbst die jüngere Zeit gebührend berücksichtigt wurden.

Arbeiter-Transport. Montag Mittag und Abend kamen auf dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofs aus Dels ungefähr zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen in 36 Waggonen hier an. Diefelben fuhrten mittelft Extrazuges Abends nach Halle weiter.

Von der Oder. Das Wasser der Oder wächst in Ratibor nach heute eingetroffenen Nachrichten in Folge des letzten Regenwitters wiederum. Der dortige Pegel ist 4,02 Meter. Weiteres Steigen wird gemeldet, desgleichen wird von Brieg ein Wachen des Wassers angekündigt. — In Breslau war bereits ein Fallen des Wassers eingetreten, seit heute Mittag jedoch ist ein weiteres Fallen nicht mehr bemerkbar.

Glogau, 9. April. [Anlegung einer Fernspreckleitung. — Mauererfriste.] In diesem Jahre wird von Gramsch nach Friederich eine Fernspreckleitung angelegt und in Friederich eine Fernspreckstelle errichtet werden. — Heut früh legten zwei Drittel der bei den Neubauten im neuen Stadttheil beschäftigten Mauererfellern die Arbeit nieder, weil die Mauerermeister wohl den Lohn erhöht hatten, nicht aber auf die zweite Forderung ihrer Gesellen, die tägliche Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabzusetzen, eingegangen sind. Die Polizeimacht war aufgerufen worden, um die Streitenden davon abzuhalten, die bei der Arbeit gelieblichen Mauerer aufzumiegeln.

Görlitz, 8. April. [Prinz Handjery. — Liberaler Wahlverein. — Versteht.] Der Regierungspräsident Prinz Handjery traf gestern, von Biegnitz kommend, hier ein, um mit dem Director der Nothensburger Sterbekasse, Kanzleirath Wille, sowie einigen Mitgliedern des Vorstandes eingehende Beratungen zu pflegen. Da zu der am Sonnabend stattfindenden Generalversammlung der Kasse Prinz Handjery wiederum hier anwesend sein wird, scheint die auf der Tagesordnung stehende Statutenänderung doch eine tiefere Bedeutung zu haben. — In einer öffentlichen Versammlung des liberalen Wahlvereins am Donnerstag folgenden wichtige politische und communale Tagesfragen zur Erörterung, u. A. wird eine Besprechung über das größere Interesse in Anspruch nehmende Markthalenproject stattfinden. Auf der Tagesordnung steht ferner ein Vortrag: „Rückblick auf den Eitenschatz der Nation“. — Der wissenschaftliche Hilfslehrer am hiesigen Gymnasium und Realgymnasium, Dr. Kowalski, folgt zu Ostern einem Rufe an das Königl. Realgymnasium in Reichenbach in Schlesien, woselbst er wiederum die Stelle eines Stillschreibers bekleidet. In die hiesige Anstalt ist Lehrer Pilz aus Sittin berufen.

Sprottau, 7. April. [Gewerbeverein. — Pestalozzi-Zweigverein.] In der letzten diesjährigen Sitzung des Gewerbevereins hielt Stadtbauinspector Henke einen Vortrag „Ueber Maßregeln zur Abwehr von Ueberwörmungsgefahren, unter besonderer Berücksichtigung der schlesischen Gebirgsflüsse“. Auch dieses Jahr werden von dem Gewerbeverein 25 M. als Prämien an tüchtige Schüler der Fortbildungsschule vertheilt werden. — Im (älteren) Pestalozzi-Zweigverein wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus dem Hauptlehrer Zimmer und den Lehrern Kumpelt und Baier, wiedergewählt.

Lauban, 7. April. [Verufung. — Lehrer-Verein. — Vortrag. — Bauhütigkeit.] Lehrer Schwärz in Löbendorf, welcher an eine der städtischen Elementarschulen in Magdeburg berufen worden ist, verläßt am 15. April cr. seinen bisherigen Wirkungskreis. — In der gestrigen Sitzung des hiesigen Lehrervereins hielt Cantor Klüfcher-Mittel-Zhiemendorf einen Vortrag über „Schulstrafen“. — Der Nordpolfahrer Capitän W. Wade wird am Freitag einen Vortrag über den Untergang der „Sanja“ halten. — Mit dem Eintritt der wärmeren Witterung hat sich in unserer Stadt eine recht rührige Bauhütigkeit entfaltet.

Steinan a. O., 7. April. [Gröfnung. — Grethe. — Alte Herren-Niege.] Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Gröfnung der Personen-Haltestelle von Kunzendorf von Seiten der Eisenbahnverwaltung bestimmt für den 1. Juni c. in Aussicht genommen. — Das weit und breit bekannt gewordene Diebaner Reh — Grethe genannt — hat im Laufe der vergangenen Woche seinen Tod gefunden. — Gestern

Abend fand in der hiesigen Seminar-Turnhalle unter Leitung des Seminar-Lehrers Otto Müller von den Mitgliedern der „Alte Herren-Niege“ das sogenannte Schluchturnen statt. Nach dem Turnen fand im kleinen Saale des Gasthofes zum Deutschen Kaiser ein gemeinschaftliches Abendbrot statt.

Zaner, 8. April. [Einführung. — Lehrerstelle.] Gestern fand in Werfchütz die Einführung des neuen Pastors, von Schweinitz, statt. — Seit Anfang dieses Monats ist an der hiesigen Weiberstrafenanstalt eine kath. Lehrer- und Cantorstelle eingerichtet worden.

Reichenbach, 8. April. [Pensionirungen.] Cantor Züttner, der 44 Jahre an der hiesigen evangelischen Stadtschule gegenständig thätig war, hat sein Amt niedergelegt. Bei dieser Gelegenheit wurden ihm vielfach Ehrenbezeugungen dargebracht. Vor einigen Tagen wurde ihm durch den Königl. Kreis Schulinspector im Beisein des Bürgermeisters und des Localschulinspectors der ihm vom Könige verliehene Kronen-Orden vierter Klasse überreicht. Auch der katholische Hauptlehrer Drecher in Olbersdorf, im hiesigen Kreise, trat in den Emeritenstand.

Strehlen, 8. April. [Fund. — Schulangelegenheiten.] Von dem Stellenbesitzer Braulich in Thomastich sind beim Sandauswaschen über 250 alte Silbermünzen in einem zerfallenen Blechgefäße aufgefunden worden. Die Münzen sind gut erhalten und stammen fast alle aus den Jahren 1622—1638; sie zeigen 15 verschiedene Gepräge, u. a. die Bildnisse Leopolds, Sigismunds und Ferdinands. — Die seit 1. October 1887 erlebte 1. katholische Lehrer- und Kirchenbeamten-Stelle ist jetzt von der Königl. Regierung durch den Lehrer Stephan aus Wangschütz besetzt worden. — An die evangelische Schule ist der Lehrer Schneider aus Habendorf berufen worden.

Reiffe, 7. April. [Communales. — Verein für Gesundheitspflege. — Gewitter.] Aus dem Bericht über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der hiesigen seit 1824 bestehenden Sparkasse für das Rechnungsjahr vom 1./1. bis ult. December 1888 entnehmen wir, daß der Reservefonds am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres 578 422,02 M. betrug. Die Zinsüberschüsse des Rechnungsjahres mit Einschluß der Zinsen des Reservefonds sind zu öffentlichen Zwecken verwendet worden. Die Kasse gewährt für Einlagen 3 pCt. Zinsen. Im Laufe des Jahres wurden 2485 Sparbücher ausgegeben. — Die Polizeiverwaltung hat vor einigen Tagen die in der alten Garnisonkirche neben der Hauptwache neuerrichtete Polizeiwachstube in Benutzung genommen. Die Wachstube ist durch eine elektrische Leitung mit dem Polizeiamt verbunden. Durch die Einrichtung dieses Wachzimmers ist einem seit Jahren gefühltem Uebelstande abgeholfen, da das bisherige Wachzimmer sich durchaus nicht zum Aufenthalte für die Beamten eignete. — Der Verein für Gesundheitspflege hielt vorgestern Abend in Viebig's Hotel seine Monatsitzung ab, in welcher Lehrer Hannig einen Vortrag „über den Werth einer nach naturgemäßen hygienischen Principien eingerichteten Lebensweise“ hielt. — Heut Nachmittags gegen 6 Uhr hatten wir hier ein Gewitter.

Neustadt Os., 7. April. [Communales.] Gelegentlich der Staatsberatung in der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, für die städtischen Beamten bis zu Beginn des nächsten Etatsjahres eine Besoldungsscala auszuarbeiten. Bürgermeister Engel verzpricht, diesen Ansuchen nachzukommen. Sodann wurde beschloffen, einen vierden Jahrmarkt einzuführen und mit jedem Jahrmarkt einen Viehmarkt zu verbinden. Der Etat für das Jahr 1889/90 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 286 300 Mark. Im neuen Etatsjahre werden wiederum 250 pCt. der Klassen- und Einkommensteuer als Communalfsteuer erhoben werden. Die Ausschachtungen für die Kaiserne auf dem Schloßplatze haben begonnen. Der Bau selbst soll derartig beschleunigt werden, daß das Gebäude am 1. October d. J. bezogen werden kann. Die Stadt hat sich der Militärbehörde gegenüber bereit erklärt, für die am 1. October hier eintreffende Artillerie-Abtheilung alle gewünschten Garnison-Einrichtungen zu treffen.

Leobschütz, 6. April. [Jubiläum.] Heute feierte Oberlehrer Dr. Lehmann sein 25jähriges Lehr-Jubiläum. Das Lehrer-Collegium des Königl. Gymnasiums hat durch eine Deputation dem Jubilar ein Album, welches die Bilder aller Collegen, mit denen derselbe bis jetzt gewirkt hat, enthält, überreichen lassen. Dasselbe trägt auf der Einbanddecke einen silbernen Kranz, worin in Silberschrift nachstehende Widmung angebracht ist: „Dem Königl. Gymnasial-Oberlehrer Dr. Lehmann zur Erinnerung an 25 Jahre rastloser Thätigkeit im Amte des Lehrer-Collegium Leobschütz, den 6. April 1889.“

Laurahütte, 8. April. [Unfall. — Jnnung.] Eine kleine Locomotive, welche zum Kohlentransport nach der Laurahütte dient, sprang heut früh aus dem Geleise und stürzte um, so daß die Räder nach oben kamen. Zum Glück gelang es sowohl dem Locomotiführer wie dem Heizer, rechtzeitig von der Maschine zu springen und so ohne Schaden davonzukommen. — In der heute Abend von der Handwerker-Innung abgehaltenen Quartals-Versammlung wurde eine Anzahl Bekehringe aufgenommen; sodann erfolgte die Freisprechung einiger älteren Lehrlinge, die Einführung neuer Mitglieder und die Feststellung des Haushaltungsplanes pro 1889. Eine längere Debatte rief die beabsichtigte Umgestaltung der Innung hervor. Hierauf erfolgte die Wahl eines Revidenten und der Prüfungsmeister, worauf, an die Quartalsversammlung sich anschließend, eine Generalversammlung der Handwerker-Krankenkasse stattfand.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Aus der sächsischen Oberlausitz, 6. April. [Kaiser Friedrich-Denkmal auf dem Breitenberg.] In einer in Großschönau abgehaltenen Sitzung des Denkmalsauschusses ist einstimmig beschloffen, unverzüglich mit den Vorarbeiten vorzugehen. Das Denkmal wird in Form eines Obelisken auf dem Gipfel des Breitenberges errichtet, von wo es weithin nach Böhmen und der Lausitz sichtbar sein wird.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 9. April. [Schwurgericht.] Heute fanden gleichzeitig sechs Angeklagte vor den Geschworenen; es waren dies der Arbeiter Verthold Jilmann, die Tischlergesellen Johann Hilgner, Carl Jilmann, Adolf Körber und Wilhelm Mattiello und Tischlergeselle Heinrich Fiolta. Die gegen sie erhobene Anklage lautete auf Landfriedensbruch und vorsätzliche Körperverletzung. Einzelne der Angeklagten sollen den Landfriedensbruch mit den erschwerenden Momenten der Gewaltthätigkeit gegen Personen oder Sachen begangen haben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Proffot, beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme das Schuldig gegen alle Angeklagte im Sinne bezw. im vollen Umfang der Anklage. Seitens der Vertheidiger, Rechtsanwälte Dr. Berkowitz und Dettig, sowie der Referendarien Brodau und Friedrichs, waren an Stelle des Landfriedensbruchs Fragen, auf gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch lautend, beantragt und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auch in die Fragestellung an die Geschworenen aufgenommen worden. In diesem Sinne plaidirten auch die Vertheidiger, indem sie betreffs der Körperverletzung die Annahme mildernder Umstände empfahlen. Die Geschworenen entschieden in den auf Landfriedensbruch lautenden Fragen auf Nichtschuldig, sie bejahten dagegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch und gemeinschaftliche Körperverletzung, nur betreffs des Förber lautete ihr Verdict in allen Fällen auf Nichtschuldig.

Gegen Körber erkannte der Reichshof demgemäß auf Freisprechung, die anderen fünf Angeklagten wurden in Uebereinstimmung mit den Anträgen des Staatsanwalts zu folgenden Strafen verurtheilt: Arbeiter Jilmann 1 Jahr, Hilgner und Mattiello je 6 Monate, Tischlergeselle Jilmann und Tischlergeselle Fiolta je 3 Monate Gefängnis.

Breslau, 9. April. [Landgericht. Strafkammer I. — Wider die Regeln der Baukunst.] Der Thomaaner- und Fensfabrikant Albert Thienel lebte in den Jahren 1887 und 1888 in der kleinen Scheitnigerstraße, sowie in der Umgebung derselben mehrere Neubauten aufzuführen. Eines dieser Häuser wurde auf dem Grundstück Hirschstraße Nr. 55 errichtet. Dieses Haus war im Herbst 1887 im Rohbau vollendet, die Fagade sollte im Frühjahr 1888 fertiggestellt werden. Die Zeichnung für den Bau hatte der Architect Langner geliefert, während die gesammte Ausführung des Baues Thienel dem Bauunternehmer Heinrich Kopale übertragen hatte. Nach Besprechung mit diesen Herren ließ Thienel auch die für die Fagade notwendigen Stuckarbeiten anfertigen, das Ansehen derselben und den ganzen Abzug des Hauses sollte wiederum Kopale besorgen. Thienel war betreffs der Herstellung der Fagade zunächst mit den „Pubern“ Julius Breiler, Wilhelm Leiding und August Artelt in Verbindung getreten; da diese aber „im Accord“ einen zu hohen Preis beanspruchten, sollten sie die Arbeit nur im Wochenlohn anfertigen; das

gesammte notwendige Material wurde durch Kopale für Thienels Rechnung geliefert. Zu diesem Material gehörten auch 10 Zoll lange Anker oder Verbindungsnägel zum Befestigen der Stuckarbeiten am Dachstuhl und über den Fenstern sämtlicher Etagen. Diese Nägel sind angeblich auch in mehr als ausreichender Zahl geliefert worden; gleichwohl brachen gleich nach Beginn der Arbeit mehrere sogenannte Verdachungs-Außlässe, welche über den Fenstern angebracht waren, ab, ohne daß Jemand durch das Herabfallen der schweren Stuckauslässe beschädigt worden wäre. Am Vormittage des 7. März ging die Arbeiterfrau Anna Elsner, geb. Leberke, an dem Neubau vorbei; in diesem Augenblicke brachen über dem dritten Stockwerke zwei Außlässe ab und fielen zur Erde. Einer dieser Außlässe fiel Frau Elsner mit voller Gewalt auf den Kopf; sie stürzte bewußtlos nieder und wurde blutüberströmt in ihre Behausung geschafft. Nach längerem Krankenlager ist sie wieder soweit hergestellt worden, daß sie ihre gewohnte Beschäftigung verrichten kann, doch behauptet sie auch jetzt noch, daß sie zeitweise Schmerzen im Kopfe habe. An dem erwähnten Tage hat Thienel selbst die Feuerwehr rufen lassen, deren Mannschaften eine Anzahl der Stuckauslässe mit Leichtigkeit losnahmen. Nach einmal und zwar im Monat Mai fielen solche Außlässe ab; jetzt ließ der Revier-Polizei-Commissarius Triebsch die Feuerwehr requiriren; es wurden wiederum Stuckarbeiten, welche demnächst abzufallen drohten, entfernt. Aus der Verletzung der Frau Elsner entstand eine amtliche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft; diese stellte eingehende Ermittlungen an, wen das Verbrechen an dem Unglücksfall treffe. Nach mehrfachen Vorverhandlungen und nachdem auch Kopale und Thienel eine Zeit lang als die Schuldigen angesehen worden waren, wurde gegen den Maurerpolier August Hoffmann und die 3 oben bezeichneten Maurergesellen (resp. Fagadenputzer) Anklage erhoben, die auf Verletzung der §§ 330 und 230 des Strafgesetzes (Zwischenhandeln gegen die Regeln der Baukunst und fahrlässige Körperverletzung) lautete. Die Angeklagten standen heute bezw. ihrer Verantwortung vor der I. Strafkammer. Ein Jeder von ihnen wies für seinen Theil die Schuld von sich ab. Die Befestigung der abgefallenen Stücke hat ergeben, daß dieselbe nicht mit Anker, oder wie es in der Handwerksprache heißt, „mit großen Haspern“ befestigt gewesen sind. Dies ist nach dem Gutachten der Sachverständigen „ein Handeln gegen die Regeln der Baukunst“; dadurch allein ist auch das Unglück entstanden. Hoffmann meint, der Fagadenputzer sei ihm gar nicht übertragen worden, Breiler und Genossen hätten diese Arbeit unter eigener Verantwortlichkeit gefertigt. Die drei Fagadenputzer behaupten dagegen, sie hätten nur genau nach den Vorschriften des Hoffmann, welcher sie auch beaufsichtigt habe, gearbeitet und das von diesem gegebene Material verwendet. Welche Verwendung die für Thienels Rechnung beschafften kleinen Anker gefunden haben, konnte in der dreistündigen Verhandlung nicht festgestellt werden. Nach Ansicht des Vertheidigers des Hoffmann, Rechtsanwalts Dr. Kempner, müssen dieselben ohne Wissen seines Clieuten unterschlagen worden sein. Für Hoffmann fiel die Beweisaufnahme im Uebrigen sehr ungünstig aus; besonders befandete Kopale, daß er den Hoffmann ebenso wie für die Leitung des Baues, auch betreffs der Fagadenherstellung als seinen sachverständigen Vertreter erwählt und beauftragt habe. Gerichts-Meffor Dr. Reil ging als Vertreter der Anklage gegen Hoffmann besonders scharf vor; er verlangte, daß der so vielfach beim Bauen auftretende Leichthinn, welcher gegenüber jener Sorte von Bauunternehmern, denen selbst das nötige Verständniß für die Regeln der Baukunst fehlt, lediglich durch das Verhalten der Poliere unterstellt wird, endlich einmal seine exemplarische Bestrafung finden möge, damit ein Schrecken unter jene Leute fahre und die so schwer gefährdete Sicherheit des Publikums wieder in andere Bahnen einlenke. Aus diesen Gründen und wegen der Schwere der Verletzung der Frau Elsner laute sein Antrag für Hoffmann auf 9 Monate Gefängnis und sofortige Haftnahme, für die drei Mitangeklagten bringe er nur je 1 Woche Gefängnis in Antrag; ihnen sollte Mangel bestimmter Feststellung des Schuldigen die Verletzung der Frau nicht zur Last fallen. Das Strafkammer-Collegium verurtheilte die Maurergesellen Breiler, Leiding und Artelt nur „wegen Verletzung der Regeln der Baukunst“ zu je 1 Woche Gefängnis; Hoffmann erhielt für dasselbe Vergehen sowie für die Körperverletzung der Frau Elsner 5 Monate Gefängnis. Namentlich wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er sein Aufsichtrecht bezw. die Pflicht der Ueberwachung der Arbeit in äußerster nachlässiger Weise ausgeübt habe.

Telegraphischer Specialdienst

der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 9. April. Das Interesse der Reichstagsmitglieder an den Verhandlungen über das Alters- und Invalidenversicherungs-gesetz nimmt zusehends ab; das ist ja einermassen begreiflich, wenn man bedenkt, daß heute der zehnte Tag der Verhandlungen ist; aber man hätte doch erwarten sollen, daß die hochbedeutende Frage: ob Reichs-, ob Landesanstalt für die Versicherung, wenigstens vor besetzten Bänken verhandelt worden wäre. Das war aber durchaus nicht der Fall. Aber die Nationalliberalen (Sienen der Frage auch gar keine so hohe Bedeutung beizulegen; erstlich hätten sie wohl einen wirkungsvolleren Redner als Herrn Duvigneau mit der Vertheidigung dieses Antrages betrauen können, und dann schienen sie selbst ihre Sache von vornherein verloren zu geben. Ihr Antrag war der erste, der zur zweiten Berathung vorlag; aber er enthielt nur das Princip, und es haben sich die Antragsteller nicht die Mühe genommen, in Form von Paragrappen darzulegen, wie sie sich nun eigentlich diese Reichsanstalt denken. Herr Duvigneau wiederholte nur oft Gefagtes, verwies auf die Wünsche der im praktischen Leben stehenden Männer, die sich fast sämtlich für eine Reichsanstalt ausgesprochen hätten, und meinte schließlich, eine solche Anstalt würde eine nationale Festigung für das Reich werden. Im schroffsten Gegensatz dazu trat Herr von Friesen vom sächsisch-particularistischen Standpunkte aus gegen die Reichsanstalt ein; er bedauerte, daß der Antrag zum Schaden des guten Erbnehmens unter den Caricelparteien überhaupt eingebracht sei. Der Socialdemokrat Bebel empfahl die Reichsanstalt lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil dabei die lästigen Abrechnungen unter den einzelnen Landesanstalten vermieden werden könnten. Die freisinnigen Redner Schrader und Schmidt-Eberfeld bedauerten, daß die Nationalliberalen nicht angedeutet hätten, wie sie sich die Reichsanstalt denken. Denn wenn schon die Landesanstalten büreaukratisch seien, so würde die Reichsanstalt noch viel büreaukratischer werden, wenn sie nicht untergeordnete, selbstverwaltende Organe hätte. Aber für die Idee der Reichsanstalt würden die Freisinnigen stimmen; die Vorlage müßte dann nochmals an die Commission verwiesen werden. Herr Schrader hatte dabei angedeutet, daß Preußen, dem Drängen der Mittelstaaten nachgebend, im Bundesrath auf die Reichsanstalt verzichtet habe; dem gegenüber stellte Herr v. Bötticher fest, daß Preußen niemals an die Reichsanstalt gedacht habe, sondern die Berufsgenossenschaften für diesen Zweck habe benutzen wollen. Die Reichsanstalt sei nicht aus politischen Gründen, sondern weil sie auf Abneigung in der Bevölkerung gestoßen sei, außer Betracht gelassen worden. Der badische Vertreter von Marschall und Graf Zepelin (Württemberg) unterstützten den Staatssecretär von Bötticher darin, daß es sich hier nur um eine Zweckmäßigkeitsfrage handle. Namentlich Graf Zepelin befrüchtigt, daß zur nationalen Festigung eine solche Reichsanstalt notwendig sei; auf einem so kleinlichen Standpunkte ständen die verbündeten Regierungen nicht. Abg. Windthorst hatte heute einmal die Genugthuung, wieder im Namen des ganzen Centrums zu sprechen, und händelte deshalb mit einem gewissen Behagen die Nationalliberalen und die Reichspartei, die in dieser Frage nicht einig sind. Graf Behr erklärte, daß die Mehrheit der Reichspartei aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Landesanstalten stimmen würde. Die Reichsanstalt wurde denn auch abgelehnt. Den Reichsgedanken vertraten

Mehmal Socialdemokraten und Freisinnige, die Nationalliberalen mit 10 bis 15, die Reichspartei mit 6 bis 8 Ausnahmen. Darauf wurden noch einige auf die Organisation der Landesanstalten bezügliche Bestimmungen erledigt und um 4 1/2 Uhr die Beratung abgebrochen. Heute Abend sollen, dem Wunsche Rickerts entsprechend, Wahlfürsungen erledigt werden.

56. Sitzung vom 9. April. 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Böttcher, v. Malchahn, v. Marschall. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, wird fortgesetzt.

Nach § 30 erfolgt die Alters- und Invaliditätsversicherung durch Versicherungsanstalten, welche nach Bestimmung der Landesregierungen für weitere Communalverbände ihres Gebietes oder für das Gebiet des Bundesstaates errichtet werden. Auch kann für mehrere Bundesstaaten oder Gebietsstellen derselben, sowie für mehrere weitere Communalverbände eines Bundesstaates eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichtet werden.

Die Abgg. Duvigneau, Gehhard und Strudmann beantragen, die Alters- und Invaliditätsversicherung durch eine Reichs-Versicherungsanstalt erfolgen zu lassen.

Abg. Bebel beantragt, für diesen Zweck eine Reichs-Versicherungsanstalt einzuführen, welche Verwaltungsbezirke für weitere Communalverbände errichtet. Der Bundesrath soll die Organisation der Reichsanstalt und ihrer Verwaltungsbezirke durch Ausführungsbestimmungen, welche der Genehmigung des Reichstages bedürfen, feststellen.

Abg. Duvigneau (nl.): Der Antrag, den ich gestellt habe, ist darauf berechnet, die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung dieses Gesetzes entgegenstellen werden, zu beseitigen. Das Reich giebt einen Zuschuß; deshalb muß es auch die Verwaltung haben. Ohne untergeordnete Organe wird das Reich natürlich nicht auskommen; deshalb können wir damit einverstanden sein, daß die Reichsanstalt als ein Verband von mehreren Landesversicherungsanstalten erscheint. Wenn man Landesversicherungsanstalten errichtet, so wird die Entwicklung von selbst dahin drängen, daß eine einheitliche Reichsversicherungsanstalt eingeführt wird, um die unruhigen Arbeiten der Verrechnung der Renten zwischen den verschiedenen Landesversicherungsanstalten zu vermeiden. Bei unserer Freizügigkeit könnte es vorkommen, daß ein Arbeiter von 5 oder 6 Anstalten zusammen seine Rente bezieht. Die zahlreichen Versicherungsanstalten, welche neben einander bestehen, werden auch nicht sehr sparsam arbeiten. Das ist bei den großen Verwaltungskosten, wie sie bis jetzt berechnet sind, nicht ohne Bedeutung. Es ist hier gesagt worden, daß das Publikum sich mit der Vorlage noch nicht genügend beschäftigt hat. Ein Stand hat dies gethan neben den Großindustriellen; der Handelsstand. Die Handelskammern haben dabei in verschiedenen Punkten sehr verschiedene Wünsche geäußert; aber fast alle Handelskammern haben sich für die Reichsanstalt erklärt, weil die Ausführung des Gesetzes sonst allzu große Schwierigkeiten bieten würde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Fröben (deutschf.) beantragt, daß der Antrag überhaupt eingebracht ist. In den Motiven der Vorlage ist zur Genüge darauf hingewiesen, daß die Reichsanstalt nicht zu erreichen ist aus politischen Gründen. Wenn wir sie hier annehmen, ist es möglich, daß das ganze Gesetz diesmal nicht zu Stande kommt, daß wir eine schöne Zeit verlieren und das ganze Gesetz noch einmal beraten müssen. Die Reichsanstalt würde die Ausführung des Gesetzes nur bürokratisch gestalten, während jetzt das Gesetz auf territorialen Genossenschaften beruht. Wie soll eine einheitliche Reichsanstalt alle die verschiedenartigen Verhältnisse der Einzelstaaten und der einzelnen Provinzen der größeren Staaten berücksichtigen? Wenn Sie Alles mitleiden wollen, versuchen Sie es; gelingen wird es Ihnen nicht. (Beifall rechts.) Auch bei einer Reichsanstalt wird man Abtheilungen für die einzelnen Landesheile errichten müssen, es könnte aber zwischen den Versicherern und diesen Abtheilungen kein directer Verkehr stattfinden, wie dies bei den Landesanstalten der Fall sein kann. Daß der Reichszuschuß gewährt wird, ist kein Grund für die Reichsverwaltung; denn auch die Versicherer und die Arbeitgeber zahlen Beiträge. Durch die Wiedereinbringung dieses in der Commission abgelehnten Antrages wird das Einvernehmen zwischen den Parteien in Sachen gestört und der Reichszuschuß nicht gefördert. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Nur Zweckmäßigkeitsgründe haben uns veranlaßt, den Antrag auf Errichtung einer Reichsversicherungsanstalt zu stellen; politische Gründe liegen uns vollständig fern. Wir haben schon 1881 vor dem ersten Unfallversicherungsgesetz uns für eine allgemeine Reichsversicherungsanstalt erklärt und uns gefreut, daß die Regierung mit einem solchen Antrag später kam. Auch jetzt hat die Reichsregierung die Reichsanstalt wohl nur deshalb nicht vorge schlagen, um sich nicht in Widerspruch zu setzen mit den verbündeten Regierungen. Solche nebensächlichen Gründe dürfen bei einem solchen Gesetze nicht maßgebend sein. Die ungeheure Mehrheit der Unternehmer und Arbeiter würde für die Reichsversicherungsanstalt eintreten, wenn man sie befragen würde; denn particularistische Rücksichten bestehen in Deutschland fast gar nicht mehr; namentlich bei dieser Frage würde die Billigkeit einer einheitlichen Organisation ausschlaggebend sein. Das Rechnungsbureau, welches jetzt eingerichtet werden soll, hat gar nichts zu sagen, aber sehr viel zu arbeiten, indem es zwischen den 20 bis 30 Versicherungsanstalten abzurechnen hat. Welche ungeheure Arbeit macht diese Abrechnung! Wenn man eine Prämie auf eine möglichst unwirksame Einrichtung ausgelegt hätte, man hätte kaum eine andere Einrichtung, als die Landesanstalten, erfinden können. Die Anhänger der Landesanstalten glauben, bei dieser Frage die Meinung ihrer Wähler hinter sich zu haben; das bestreite ich ganz entschieden. Die Reichsanstalt wird auch in unteren Bezirken Verwaltungsorgane errichten; sonst würde ja der Centralstelle eine zu große Arbeit zugemutet werden, die sie nicht bewältigen kann. Vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes muß man für eine Reichsanstalt stimmen, und soweit Sie, meine Herren, Anspruch auf gesunden Menschenverstand machen (große Heiterkeit), müssen Sie für unsern Antrag stimmen.

Abg. Schrader: Die gesammte Geschäftswelt und auch der Centralverband deutscher Industrieller hat sich dafür ausgesprochen, daß die Centralisation der Versicherungsanstalten in einer Reichsanstalt zweckmäßig sei. Es ist kein Geheimnis, daß die deutschen Mittelstaaten es gewesen sind, welche als Bedingung ihrer Zustimmung zu diesem Gesetze verlangt haben, daß nicht eine Reichsanstalt geschaffen werde, sondern daß Landesanstalten eingeführt werden. Die preussische Regierung hat nachgegeben, obwohl sie noch heute der Meinung ist, daß die Reichsanstalt am zweckmäßigsten ist. Wenn die Antragsteller selbst die Ueberzeugung gehabt hätten, daß dieser Antrag angenommen werden würde, so hätten sie die Pflicht gehabt, uns nicht bloß eine schöne Idee zu geben, sondern zu sagen, wie diese Idee ausgeführt werden könne. Dann würden wir in der Lage sein, den Einwänden von anderer Seite entgegenzutreten, und Herr von Fröben würde nicht den Eindruck gemacht haben, den er gemacht hat. Ich glaube, daß die verbündeten Regierungen in diesem Falle ebenso nachgeben würden, wie sie es in anderen nicht minder wichtigen Punkten, wie in der Zulassung der Lohnlöhne, gethan haben. Auch wir stehen, ohne viel von unserer Vorliebe für den nationalen Gedanken zu machen, im Princip auf dem Boden der Reichsanstalt. Herr v. Fröben hat die staatliche Organisation und Herr von Böttcher die Selbstverwaltung bei derselben gelobt. Wenn irgend eine Einrichtung bürokratisch ist, so ist es diese. Die Selbstverwaltung ist auf ein sehr kleines Gebiet beschränkt, und nicht die Interessenten wählen den Vorstand, sondern der Communalverband. Außerdem wird ein Theil der Arbeitgeber und der Gemeindebehörden mit einem solchen Maße von Geschäften belastet, daß sie diese Last nicht ertragen können. Wenn man diese Organisation an die Krankenversicherungsverbände angelehnt hätte, so würde man eine bessere Selbstverwaltung schaffen und leistungsfähigere Unterorgane haben. Ich bin also gegen die Commissionsbeschlüsse und für die Idee der Reichsanstalt. Wenn die einzelnen Anstalten nicht leistungsfähig sind, oder wenn dort eine Calamität eintritt, dann werden die communalen Verbände nicht dafür eintreten, sondern man wird sich an die Reichsregierung wenden. Eine Reichsanstalt empfiehlt sich aber schon deshalb, weil die Beiträge in ganz Deutschland nach einer bestimmten Norm festgesetzt werden müssen. Wollen wir es vermeiden, daß ein Arbeiter in einem Theile Deutschlands mehr zu zahlen hat, als in den anderen, und doch keinen Penny Rente mehr bekommt, so müssen wir eine finanzielle Einheit schaffen die Selbstverwaltung in den unteren Instanzen. Heute werden wir allerdings nur einen platonischen Gedanken aussprechen können; denn die Antragsteller haben nicht gezeigt, wie eigentlich die Sache ernstlich durchgeführt werden soll. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Meinen Sie es wirklich ernst, dann stellen Sie den Antrag, daß dieser Antrag an die Commission zurückverwiesen wird; dann wird man dort die nötigen Vorschläge machen können, und Sie werden uns auf Ihrer Seite finden. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Böttcher: Es ist behauptet worden, daß Preußen die Reichsanstalt gewünscht habe und diesen Gedanken preisgegeben habe, um von den verbündeten Regierungen die Zustimmung zu diesem Gesetze zu erlangen. Das ist nicht richtig; Preußen hat niemals für die Reichsanstalt gestimmt, sondern wollte ursprünglich die Berufsgenossenschaften zu Trägern der Versicherung machen. Sie hält das heute auch noch für richtig, hat den Gedanken aber fallen lassen, weil er auf den lebhaftesten Widerspruch stieß. Der Vordränger befragt, daß die Landesanstalt nicht genügend den Stempel der Selbstverwaltung trage. Denkt denn der Vordränger, daß die Reichsanstalt eine größere Selbstverwaltung haben wird, daß die zwölf Millionen Arbeiter und sechs Millionen Arbeitgeber durch Wahlen eine solche Selbstverwaltungsförderung herstellen werden? Die Reichsanstalt wird eine bürokratische Behörde sein. Was wird denn der Vorstand zu thun haben? Die Marken verkaufen, die Gelder anlegen und die erste Entscheidung über Invaliditätsgesuche treffen. Das sind keine Arbeiten für eine Selbstverwaltung; die kommt in den Schiedsgerichten genügend zum Ausdruck. Außerdem werden die Landesanstalten in Preußen an Selbstverwaltungskörper, an die Communalverbände, angelehnt. Die Reichsversicherungsanstalt würde ein ganz colossaler Körper werden, und die Organe dieser Reichsinstanz in den einzelnen Landesheilen würden sehr zahlreich sein. Vom politischen Standpunkt erkenne ich die Zweckmäßigkeit einer Reichsanstalt sehr gern an; ich behauere, daß so wenig Neigung dafür vorhanden ist. Wenn ich aber auf eine so große Aneignung stoße (Burr: Wo?), bei der Bevölkerung (Heiterkeit), soll man da einen Zwang ausüben? Dazu steht mir die Frage der Organisation nicht hoch genug. Höher steht mir die praktische Durchführung des Gesetzes. Dazu ist eine Reichsanstalt nicht erforderlich. Deshalb können wir Ihnen mit gutem Gewissen die Annahme der Vorlage empfehlen.

Abg. Windthorst: Ich bin in der Lage, im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde mit aller Entschiedenheit gegen die Reichsanstalt mich auszusprechen. Für die praktische Ausführung derselben sind gar keine Vorschläge gemacht worden. Die Reichsanstalt würde viel bürokratischer sein, als die hier geplante Organisation. Jede Centralisation führt zu bürokratischen Einrichtungen und tritt der Selbstverwaltung entgegen. Wenn man eine Reichsanstalt beschließt, so ist das Gesetz tot. (Sehr gut! links.) Man beruft sich für die Centralisation auf die Berufsgenossenschaften. Ich bin der Meinung, daß die Unfallversicherung noch größeren Werth hätte, wenn sie nicht so centralisirt worden wäre. (Sehr wahr! im Centrum.) Man sagt, für die vorgeschlagene Organisation seien nur politische Anschauungen maßgebend gewesen; die preussische Regierung habe eine Reichs-Anstalt gewollt, die anderen Regierungen hätten dieselbe verweigert; daher sei diese Form entstanden. Der Staatssecretär hat aber bereits gesagt, daß die preussische Regierung eine Reichsanstalt nicht im Auge gehabt habe; das seien die Berufsgenossenschaften gewesen. Preußen hat sich in Bezug auf die Berufsgenossenschaften gefügt; ich bin überzeugt, daß, wie Preußen, auch andere Staaten sich fügen werden. (Abg. Rickert: Wäre es doch bei der Strafgesetznovelle so!) Eine solche Versicherung kann nur gedehlich wirken, wenn sie möglichst localisirt wird. Ich würde, wenn es nach mir ginge, sogar soweit gegangen sein, einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, in welchem einfach gesagt wäre: In allen deutschen Staaten sind Alters- und Invalidenversicherungen einzurichten; ich würde dazu die wesentlichsten Grundzüge festgelegt und hinzugefügt haben: die Ausführung bleibt der Landesgesetzgebung überlassen. (Heiterkeit. Auf: Das wäre etwas Schönes geworden.) Sie würden dann viele der Schwierigkeiten nicht haben, die Sie jetzt haben. In der Reichsanstalt liegt eine ungeheure Macht. Der Einfluß auf die 12 bis 13 Millionen Pensionäre (Auf: Pensionäre), deren ganzes Denken und Fühlen auf die Reichs-Anstalt gerichtet wäre, wäre ein gewaltiger. Alle, die das Gesetz wollen, sollten gegen die Reichsanstalt sein. Meine sämtlichen Freunde sind in der Beurtheilung dieser Frage vollständig einig, obwohl sie sonst gar kein Bedenken tragen, abweichende Meinungen auch auszusprechen. Mit der Einheit der anderen Parteien ist es übrigens auch nicht besonders bestellt. Man hat sogar namentliche Abstimmungen herbeigeführt, um dieselbe zu documentiren; aber bei dem Reichszuschuß hat sich gezeigt, daß diese Einheit bei den Nationalliberalen nicht besteht, und die Rede des Grafen Mirbach hat gezeigt, daß die Conservativen keineswegs einig sind. Ich möchte doch einmal sehen, ob bei einer namentlichen Abstimmung die Herren aus Baiern, Sachsen und Württemberg gegenüber ihren Landesleuten den Muth finden würden, für die Reichsanstalt zu stimmen. (Hört! hört! links.) In kleineren Bezirken kann die Sache offenbar gründlicher und sorgfältiger gemacht werden. Bei einer Reichsanstalt würde auch das enorme Capital, das angeammelt wird, wiederum in Berlin centralisirt werden; es ist aber gar nicht notwendig, die Capitalkraft Berlins noch zu stärken, die schon mächtiger beinahe als die des Reiches ist. (Heiterkeit.) Ja das klingt curios, aber die Leute an der Börse haben schon jetzt viel mehr zu sagen als wir. (Heiterkeit.) Geld regiert die Welt. In wirtschaftlicher Hinsicht ist also diese Centralisation des Capitals in Berlin gar nicht wünschenswerth, und es ist ein Ueberschuß, daß wir neben Berlin noch ein Frankfurt, ein Leipzig, ein München haben, die mächtig die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen. Wollen Sie irgendwie die Principien des Gesetzes erträglich oder vielmehr erträglicher machen, dann bleiben Sie mit der Centralisation einer Reichsanstalt fort und lassen Sie es bei den territorialen Anstalten. (Beifall im Centrum.)

Badischer Bevollmächtigter v. Marschall: Alle Bedenken gegen die vorgeschlagene Organisation sind gegenstandslos, so lange nicht der Beweis geliefert ist, daß die Reichsanstalt eine zweckmäßigere Organisation ist. Was die Herren vorschlagen, ist ein Princip und keine Organisation. Daß man eine Reichsanstalt schaffen kann, darüber ist an sich keine Frage. Davon aber, wie Sie die Unterlagen einer solchen Anstalt gestalten wollen, hat Herr Duvigneau nichts gesagt. (Abg. Duvigneau: Genau so wie jetzt!) Dann begreife ich die ganze Organisation nicht; das Reich würde dann nur die Kasse zu führen haben; das ist nicht eine Reichsanstalt, wie sie der Würde des Reiches entspricht. Die Regierungen verfolgen bei ihrem Vorschlage keine politische Tendenzen; jede Organisationsfrage ist für sie eine Zweckmäßigkeitsfrage. Der Abg. Schrader nannte die vorgeschlagene Organisation bürokratisch. Das Wort enthält an sich noch keinen Vorwurf; es kommt darauf an, aus der Natur der zu lösenden Aufgabe zu entscheiden, ob das eine oder das andere System richtig ist. Wo sind die Kräfte, welche die Fähigkeit befehen, das im Ehrenamt zu leisten, was hier von dem Gesetz gefordert wird? Man hat auf die Berufsgenossenschaften hingewiesen; aber gerade diejenigen Männer, die mit der größten Opferwilligkeit den Aufgaben der Berufsgenossenschaften sich hingeben, haben jetzt ihre warnende Stimme erhoben, diese Organisation den Berufsgenossenschaften zu übertragen. Es würde das eine Belastung derselben sein, unter der sie jedenfalls sehr erheblich gekümmert werden würden. Wer einen Blick in eine größere Vermögensverwaltung gethan hat, weiß, daß zur Lösung dieser Aufgabe des Gesetzes ein tüchtiges, geschultes Beamtenpersonal absolut erforderlich ist; nur ein solches Personal kann allen Anforderungen in Bezug auf Zuverlässigkeit und Kenntniß entsprechen. Wögen wir diese Organisation an solche an Selbstverwaltungskörper oder nicht, dieses Beamtenpersonal werden wir niemals entbehren können. Daß die Privatbeamten billiger arbeiten, ist mir bis jetzt nicht bekannt. Aus allen diesen Gründen glaube ich, daß die verbündeten Regierungen das Richtige getroffen haben, wenn sie Landesversicherungsanstalten vorgezogen haben. Ich wiederhole, daß politische Gründe bei keiner der verbündeten Regierungen eingewirkt haben, und ich bitte Sie, bei dem Entwurf derselben zu verharren. (Beifall.)

Württembergischer Bevollmächtigter Graf von Zeppelin: Die Vorwürfe gegen die Landesanstalten können aus drei verschiedenen Gruppen heraus. Es sind einmal diejenigen, die sich aus sachlichen Gründen nicht haben überzeugen lassen, daß diese Organisation zweckmäßig ist; dann sind es die Opponenten à tout prix; mit denen ist nicht zu rechten und will ich auch nicht rechten; ich möchte zu denjenigen sprechen, welche annehmen, daß neben den sachlichen politischen Gründen für die Reichsanstalt in die Waagschale gefallen wären. Diese Gründe lassen sich kurz in den Satz zusammenfassen, die Gelegenheit dieses Gesetzes habe benutzt werden sollen, um eine neue Kammer um die deutsche Einheit zu schlagen. Ich glaube, die kleinmüthigen Leute sind aufrichtig zu behauern, die bis heute noch nicht vermocht haben, das Deutsche Reich als ein Fahrzeug anzusehen, fest gefügt, um allen Stürmen zu trotzen, und die es für nöthig halten, dasselbe noch mit neuen weiteren Klammern zu umfassen, selbst auf die Gefahr hin, es plump und schwerfällig zu machen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere die Regierung, die ich vertreten, stehen auf diesem kleinmüthigen Standpunkt nicht, und sie haben deshalb auch keine Veranlassung gehabt, andere Gründe bei der Beurtheilung der Organisationsfrage vorwalten zu lassen, als die einfache Zweckmäßigkeit. Ich möchte Ihnen allen Muth zurufen. Ich glaube, Sie können gewiß der hohen Zuversicht sich hingeben, daß das Deutsche Reich in seinem Zusammenhange weiterer Stützung durch ihre Fürsorge gar nicht mehr bedarf, daß Sie vielmehr am besten für die Wohlfahrt des deutschen Volkes sorgen, wenn Sie ihm solche Einrichtungen geben, die nach Ihrer besten Ueberzeugung ohne alle Nebenrücksichten Ihnen als die sachlich zweckmäßigsten erscheinen. Wenn Sie so

verfahren, so werden Sie dazu kommen müssen, Ihre Stimme dem Vorschlag zu geben, der Ihnen von den verbündeten Regierungen gemacht ist und den Ihre Commission in der Mehrheit angenommen hat. (Beifall.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (Rp.): Manche meiner Freunde sind principieell für die Reichsanstalt. Um diesen Zweck zu erreichen, wäre es nur nöthig gewesen, die Communalverbände zu streichen; wir haben aber von einem solchen Antrage abgesehen, weil er keine Aussicht auf Annahme hat. Die Uebernahme der Versicherung auf die Communalverbände erscheint manchem meiner Freunde bedenklich; wir haben aber Principienfragen hier nicht zu erledigen, nur Zweckmäßigkeitsfragen. Um das Gesetz durchzuführen, ihm wir also am besten, die Commissionsfassung anzunehmen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung sich noch die Frage überlegt, ob wirklich der Anschluß an die communalen Verbände geboten ist, oder ob nicht die Versicherung später von den Einzelregierungen übernommen werden kann. Die Commissionsfassung schließt diese Möglichkeit nicht aus, und wir stimmen aus diesem Grunde dafür. (Beifall rechts.)

Abg. Gehhard (nat.): Wie wir uns die Einrichtung einer Reichsanstalt gedacht haben, geht aus einem in Commissionsbericht mit abgedruckten Antrage hervor. Die Folge der Annahme unseres Antrages würde natürlich die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission sein. Eine Reichsanstalt würde sich wohl vertragen mit einer selbständigen Einrichtung der Verwaltung in den Einzelstaaten. Ein größerer Bureaualismus würde sich auch nicht entwickeln aus der Reichsanstalt, als aus den Landesversicherungs-Anstalten. Ein Uebermaß von Selbstverwaltung ist weder bei den Landesanstalten noch bei der Reichsanstalt zu schaffen; der Natur der Sache nach wird man sich dabei mit dem bescheidensten Maße begnügen müssen. Die Landesanstalten werden aber Schwierigkeiten haben, wenn Sie die Beiträge nach Berufsclassen bemessen wollen, wie es für die Zukunft in Aussicht genommen ist.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Hr.): Die Reichsanstalt ist die Consequenz des Reichszuschusses. Wenn auch politische Beweggründe nicht vorgelegt haben, so ist doch in der Commission seitens der Regierung darauf hingewiesen, daß der Reichszuschuß nicht gefördert würde durch den Zwang, indem man Alles in eine Versicherungsanstalt hineinbringt und daß die anderen Regierungen sich ebenfalls so scharf gegen die Reichsanstalt ausgesprochen hätten, daß durch eine solche Sache unmöglich gemacht würde. Es lag also doch an dem Widerspruch der einzelnen Regierungen. Herr v. Marschall fragt, wo die Kräfte seien, die zur Selbstverwaltung bereit und fähig wären; die Berufsgenossenschaften wollten es nicht übernehmen. Das ist nicht richtig. Die Berufsgenossenschaften haben es nur abgelehnt, weil sie sich die Selbstverwaltung erhalten wollten, die sie durch den Reichszuschuß gefährdet sahen, also nicht aus Furcht vor der Arbeit. Die Personen zur Uebernahme dieser Arbeit würden sich schon finden; namentlich in den Krankenkassen ist man bereit, sich der Arbeit zu unterziehen. Man bestreitet, daß die Mittelstaaten die Urheber dieser Organisation durch Landesanstalten seien; aber bewußt oder unbewußt haben sie doch einen Einfluß darauf ausgeübt. In der Commission wurde einmal sehr scharf gesagt, das sei gar kein deutsches, sondern ein bairisches Gesetz. Bei verschiedenen Landesanstalten wird die Gleichmäßigkeit in der Behandlung zweifelhaft; das Reichsversicherungsamt, in dem man ja in ähnlicher Materie eine Reichsanstalt begründet hat, läßt auch die Aufsicht über die Berufsgenossenschaften. Jedenfalls würde die Reichsanstalt die Sache ebenso gut, wenn nicht besser machen, als die Landesanstalten. Man hält die bürokratische Organisation nicht für ein Unglück. Ja, die Herren geben immer von dem Gedanken aus, daß die Sache so gemacht werden müsse, wie in dem Entwurf vorgezogen ist, und von diesem Standpunkt aus muß es allerdings bürokratisch gemacht werden. Man kann aber eine Organisation finden, die eine bürokratische Verwaltung ausschließt. Der Staatssecretär wartet vor einem Heer von Reichsbeamten; ob man aber die Beamten Reichs- oder Landesbeamte nennt, ist doch gleichgültig. Geschäftliche Beamte sind allerdings im Bureau als Bureauvorsteher und Secretär notwendig; aber für das, worauf es eigentlich ankommt, für die Entscheidung über die Invalidität, braucht man keine bürokratische geschulten Beamten. Der Herr Staatssecretär freute sich ja selbst, daß bei den Berufsgenossenschaften die meisten Arbeiten in ehrenamtlichen Stellungen gemacht würden, und was bei den Berufsgenossenschaften möglich ist, wäre auch hier bei anderer Organisation möglich. Aber alle diese Vorurtheile scheitern daran, weil eine geschlossene Mehrheit die Sache in vier Wochen fertig machen will. Ich habe bereits in der Commission beantragt, die Krankenkassen zu dieser Versicherung heranzuziehen. Der Einwand, daß nicht alle unter dieses Gesetz fallenden Personen in Krankenkassen versichert sind, ließe sich dadurch beseitigen, daß man neben den Krankenkassen für die industriellen Arbeiter die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für die landwirtschaftlichen Arbeiter heranzieht. In erster Linie müssen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in einer Versicherungsanstalt der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften untergebracht werden, und alle übrigen bei der Versicherungsanstalt, welche durch Verbände der Krankenkassen gebildet werden könnte. In der Commission ist auch die Frage ernst erwogen worden, ob man nicht einfacher die ganze Versicherung durch Steuerzuschläge möglich mache, so daß aus der Reichskasse jeder, der Invalide wird, unterstützt werden kann; aber dann müßte man erst den Antrag Bebel wegen der Reichs-Einkommensteuer annehmen. Die Vorstände der Krankenkassen in Rheinland und Westphalen, also einem sehr industriereichen Bezirke, haben sich in einer Versammlung vom 7ten October vorigen Jahres bereit erklärt, die ganze Arbeit zu übernehmen und auch auf den Reichszuschuß vollständig zu verzichten. Die Personen in den Vorständen der Krankenkassen sind in Folge ihrer Sachkenntniß zur Beurtheilung der Lage am besten im Stande, und die Befürchtung, daß die Verbände der kleinen Kassen nicht stark genug und nicht solvent sein, könnte ausgeschlossen werden durch die Rückversicherung der Verbände untereinander, und wenn man will, könnte ja auch das Reich noch Garant sein. Bei einer solchen Organisation würde auch das äckeris bedenkliche Markensystem fortfallen, und schon deswegen allein könnte man auf diesen Gedanken eingehen.

Der Antrag auf Einrichtung einer Reichsversicherungsanstalt wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Socialdemokraten, des großen Theils der Nationalliberalen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt, § 30 unverändert angenommen.

Die §§ 31-35, welche weitere Bestimmungen über die Einrichtungen der Landesanstalten enthalten, werden ohne Debatte genehmigt.

Nach § 36 sollen die Geschäfte des Vorstandes wahrgenommen werden von einem oder mehreren Beamten, welche von der Landesregierung oder von dem Communalverbände ernannt werden sollen. Die Beamten bedürfen, sobald sie nicht von der Landesregierung ernannt sind, der Bestätigung derselben.

Abg. Fröben beantragt, die Bestätigung zu streichen.

Abg. Rickert beantragt, nur den ersten mit dem Vorstiz betrauten Beamten zu ernennen, die übrigen durch den Ausschuß der Landesanstalt wählen zu lassen, für beide Fälle aber die Bestätigung auszuschließen.

Nachdem Abg. Fröben seinen Antrag mit dem Hinweis darauf empfohlen hatte, daß bisher die Communalverbände mit der Auswahl ihrer Beamten so vorichtig gewesen seien, daß es nicht notwendig sei, ihre Wahlen hier einer Bestätigung zu unterwerfen, erklärt sich auch Abg. v. Bennigsen für den Antrag.

Abg. Bebel beantragt, daß den Arbeitern im Vorstände nicht ein obligatorisches Recht auf Vertretung gewährt wird.

Geh. Rath von Böttcher erklärt, daß die Arbeiter durch die Heranziehung zu diesen VorstandsGeschäften ihrer eigentlichen Thätigkeit vielleicht vollständig entzogen werden würden.

Abg. Schmidt-Eberfeld empfiehlt den Antrag Rickert und weist darauf hin, daß die schlechte Vertretung der Arbeiter der Fehler unserer ganzen Socialgesetzgebung sei. Man ziehe die Arbeiter nur in den dringlichsten Nothfällen heran, weil man kein Vertrauen zu den Arbeitern habe.

Staatssecretär von Böttcher lehnt diesen Vorwurf ab; von der Regierung sei der Vorschlag ausgegangen, die Arbeiter zur Krankens- und zur Unfallversicherung heranzuziehen. Es handle sich nur darum, daß nachgewiesen wird, daß die Heranziehung der Arbeiter zur Mitwirkung zweckmäßig und durchführbar ist. Eine eigentliche Arbeitervertretung sei beim Vorstand nicht beabsichtigt gewesen; man habe nur die Heranziehung von Personen, deren Rath man brauche, zulassen wollen.

Abg. Schrader: Nach den Motiven ist eine solche Vertretung doch beabsichtigt gewesen. So ganz unzulässig und unpraktisch wäre die Heranziehung von Arbeitgebern und Arbeitern zu den Arbeiten des Vorstandes auch nicht.

Abg. Singer beantragt, wenn Arbeitgeber in den Vorstand berufen sind, auch Arbeiter in gleicher Zahl zu berufen.

Abg. Grillenberger (Soz.): Das Gesetz ist allerdings schon so veraltet, daß wir es nicht mehr annehmen können; aber wir wollen doch noch liberal, wo es uns angedacht erscheint, Verbesserungen vorschlagen. Das Gesetz ist ein reines Polizeigesetz geworden; die Arbeiter sollen Beiträge zahlen, aber nichts drein zu reden haben. Der Ausschuß soll hier

verfahren, so werden Sie dazu kommen müssen, Ihre Stimme dem Vorschlag zu geben, der Ihnen von den verbündeten Regierungen gemacht ist und den Ihre Commission in der Mehrheit angenommen hat. (Beifall.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (Rp.): Manche meiner Freunde sind principieell für die Reichsanstalt. Um diesen Zweck zu erreichen, wäre es nur nöthig gewesen, die Communalverbände zu streichen; wir haben aber von einem solchen Antrage abgesehen, weil er keine Aussicht auf Annahme hat. Die Uebernahme der Versicherung auf die Communalverbände erscheint manchem meiner Freunde bedenklich; wir haben aber Principienfragen hier nicht zu erledigen, nur Zweckmäßigkeitsfragen. Um das Gesetz durchzuführen, ihm wir also am besten, die Commissionsfassung anzunehmen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung sich noch die Frage überlegt, ob wirklich der Anschluß an die communalen Verbände geboten ist, oder ob nicht die Versicherung später von den Einzelregierungen übernommen werden kann. Die Commissionsfassung schließt diese Möglichkeit nicht aus, und wir stimmen aus diesem Grunde dafür. (Beifall rechts.)

Abg. Gehhard (nat.): Wie wir uns die Einrichtung einer Reichsanstalt gedacht haben, geht aus einem in Commissionsbericht mit abgedruckten Antrage hervor. Die Folge der Annahme unseres Antrages würde natürlich die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission sein. Eine Reichsanstalt würde sich wohl vertragen mit einer selbständigen Einrichtung der Verwaltung in den Einzelstaaten. Ein größerer Bureaualismus würde sich auch nicht entwickeln aus der Reichsanstalt, als aus den Landesversicherungs-Anstalten. Ein Uebermaß von Selbstverwaltung ist weder bei den Landesanstalten noch bei der Reichsanstalt zu schaffen; der Natur der Sache nach wird man sich dabei mit dem bescheidensten Maße begnügen müssen. Die Landesanstalten werden aber Schwierigkeiten haben, wenn Sie die Beiträge nach Berufsclassen bemessen wollen, wie es für die Zukunft in Aussicht genommen ist.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Hr.): Die Reichsanstalt ist die Consequenz des Reichszuschusses. Wenn auch politische Beweggründe nicht vorgelegt haben, so ist doch in der Commission seitens der Regierung darauf hingewiesen, daß der Reichszuschuß nicht gefördert würde durch den Zwang, indem man Alles in eine Versicherungsanstalt hineinbringt und daß die anderen Regierungen sich ebenfalls so scharf gegen die Reichsanstalt ausgesprochen hätten, daß durch eine solche Sache unmöglich gemacht würde. Es lag also doch an dem Widerspruch der einzelnen Regierungen. Herr v. Marschall fragt, wo die Kräfte seien, die zur Selbstverwaltung bereit und fähig wären; die Berufsgenossenschaften wollten es nicht übernehmen. Das ist nicht richtig. Die Berufsgenossenschaften haben es nur abgelehnt, weil sie sich die Selbstverwaltung erhalten wollten, die sie durch den Reichszuschuß gefährdet sahen, also nicht aus Furcht vor der Arbeit. Die Personen zur Uebernahme dieser Arbeit würden sich schon finden; namentlich in den Krankenkassen ist man bereit, sich der Arbeit zu unterziehen. Man bestreitet, daß die Mittelstaaten die Urheber dieser Organisation durch Landesanstalten seien; aber bewußt oder unbewußt haben sie doch einen Einfluß darauf ausgeübt. In der Commission wurde einmal sehr scharf gesagt, das sei gar kein deutsches, sondern ein bairisches Gesetz. Bei verschiedenen Landesanstalten wird die Gleichmäßigkeit in der Behandlung zweifelhaft; das Reichsversicherungsamt, in dem man ja in ähnlicher Materie eine Reichsanstalt begründet hat, läßt auch die Aufsicht über die Berufsgenossenschaften. Jedenfalls würde die Reichsanstalt die Sache ebenso gut, wenn nicht besser machen, als die Landesanstalten. Man hält die bürokratische Organisation nicht für ein Unglück. Ja, die Herren geben immer von dem Gedanken aus, daß die Sache so gemacht werden müsse, wie in dem Entwurf vorgezogen ist, und von diesem Standpunkt aus muß es allerdings bürokratisch gemacht werden. Man kann aber eine Organisation finden, die eine bürokratische Verwaltung ausschließt. Der Staatssecretär wartet vor einem Heer von Reichsbeamten; ob man aber die Beamten Reichs- oder Landesbeamte nennt, ist doch gleichgültig. Geschäftliche Beamte sind allerdings im Bureau als Bureauvorsteher und Secretär notwendig; aber für das, worauf es eigentlich ankommt, für die Entscheidung über die Invalidität, braucht man keine bürokratische geschulten Beamten. Der Herr Staatssecretär freute sich ja selbst, daß bei den Berufsgenossenschaften die meisten Arbeiten in ehrenamtlichen Stellungen gemacht würden, und was bei den Berufsgenossenschaften möglich ist, wäre auch hier bei anderer Organisation möglich. Aber alle diese Vorurtheile scheitern daran, weil eine geschlossene Mehrheit die Sache in vier Wochen fertig machen will. Ich habe bereits in der Commission beantragt, die Krankenkassen zu dieser Versicherung heranzuziehen. Der Einwand, daß nicht alle unter dieses Gesetz fallenden Personen in Krankenkassen versichert sind, ließe sich dadurch beseitigen, daß man neben den Krankenkassen für die industriellen Arbeiter die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für die landwirtschaftlichen Arbeiter heranzieht. In erster Linie müssen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in einer Versicherungsanstalt der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften untergebracht werden, und alle übrigen bei der Versicherungsanstalt, welche durch Verbände der Krankenkassen gebildet werden könnte. In der Commission ist auch die Frage ernst erwogen worden, ob man nicht einfacher die ganze Versicherung durch Steuerzuschläge möglich mache, so daß aus der Reichskasse jeder, der Invalide wird, unterstützt werden kann; aber dann müßte man erst den Antrag Bebel wegen der Reichs-Einkommensteuer annehmen. Die Vorstände der Krankenkassen in Rheinland und Westphalen, also einem sehr industriereichen Bezirke, haben sich in einer Versammlung vom 7ten October vorigen Jahres bereit erklärt, die ganze Arbeit zu übernehmen und auch auf den Reichszuschuß vollständig zu verzichten. Die Personen in den Vorständen der Krankenkassen sind in Folge ihrer Sachkenntniß zur Beurtheilung der Lage am besten im Stande, und die Befürchtung, daß die Verbände der kleinen Kassen nicht stark genug und nicht solvent sein, könnte ausgeschlossen werden durch die Rückversicherung der Verbände untereinander, und wenn man will, könnte ja auch das Reich noch Garant sein. Bei einer solchen Organisation würde auch das äckeris bedenkliche Markensystem fortfallen, und schon deswegen allein könnte man auf diesen Gedanken eingehen.

Der Antrag auf Einrichtung einer Reichsversicherungsanstalt wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Socialdemokraten, des großen Theils der Nationalliberalen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt, § 30 unverändert angenommen.

Die §§ 31-35, welche weitere Bestimmungen über die Einrichtungen der Landesanstalten enthalten, werden ohne Debatte genehmigt.

Nach § 36 sollen die Geschäfte des Vorstandes wahrgenommen werden von einem oder mehreren Beamten, welche von der Landesregierung oder von dem Communalverbände ernannt werden sollen. Die Beamten bedürfen, sobald sie nicht von der Landesregierung ernannt sind, der Bestätigung derselben.

Abg. Fröben beantragt, die Bestätigung zu streichen.

Abg. Rickert beantragt, nur den ersten mit dem Vorstiz betrauten Beamten zu ernennen, die übrigen durch den Ausschuß der Landesanstalt wählen zu lassen, für beide Fälle aber die Bestätigung auszuschließen.

Nachdem Abg. Fröben seinen Antrag mit dem Hinweis darauf empfohlen hatte, daß bisher die Communalverbände mit der Auswahl ihrer Beamten so vorichtig gewesen seien, daß es nicht notwendig sei, ihre Wahlen hier einer Bestätigung zu unterwerfen, erklärt sich auch Abg. v. Bennigsen für den Antrag.

Abg. Bebel beantragt, daß den Arbeitern im Vorstände nicht ein obligatorisches Recht auf Vertretung gewährt wird.

Geh. Rath von Böttcher erklärt, daß die Arbeiter durch die Heranziehung zu diesen VorstandsGeschäften ihrer eigentlichen Thätigkeit vielleicht vollständig entzogen werden würden.

Abg. Schmidt-Eberfeld empfiehlt den Antrag Rickert und weist darauf hin, daß die schlechte Vertretung der Arbeiter der Fehler unserer ganzen Socialgesetzgebung sei. Man ziehe die Arbeiter nur in den dringlichsten Nothfällen heran, weil man kein Vertrauen zu den Arbeitern habe.

Staatssecretär von Böttcher lehnt diesen Vorwurf ab; von der Regierung sei der Vorschlag ausgegangen, die Arbeiter zur Krankens- und zur Unfallversicherung heranzuziehen. Es handle sich nur darum, daß nachgewiesen wird, daß die Heranziehung der Arbeiter zur Mitwirkung zweckmäßig und durchführbar ist. Eine eigentliche Arbeitervertretung sei beim Vorstand nicht beabsichtigt gewesen; man habe nur die Heranziehung von Personen, deren Rath man brauche, zulassen wollen.

Abg. Schrader: Nach den Motiven ist eine solche Vertretung doch beabsichtigt gewesen. So ganz unzulässig und unpraktisch wäre die Heranziehung von Arbeitgebern und Arbeitern zu den Arbeiten des Vorstandes auch nicht.

Abg. Singer beantragt, wenn Arbeitgeber in den Vorstand berufen sind, auch Arbeiter in gleicher Zahl zu berufen.

Abg. Grillenberger (Soz.): Das Gesetz ist allerdings schon so veraltet, daß wir es nicht mehr annehmen können; aber wir wollen doch noch liberal, wo es uns angedacht erscheint, Verbesserungen vorschlagen. Das Gesetz ist ein reines Polizeigesetz geworden; die Arbeiter sollen Beiträge zahlen, aber nichts drein zu reden haben. Der Ausschuß soll hier

verfahren, so werden Sie dazu kommen müssen, Ihre Stimme dem Vorschlag zu geben, der Ihnen von den verbündeten Regierungen gemacht ist und den Ihre Commission in der Mehrheit angenommen hat. (Beifall.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (Rp.): Manche meiner Freunde sind principieell für die Reichsanstalt. Um diesen Zweck zu erreichen, wäre es nur nöthig gewesen, die Communalverbände zu streichen; wir haben aber von einem solchen Antrage abgesehen, weil er keine Aussicht auf Annahme hat. Die Uebernahme der Versicherung auf die Communalverbände erscheint manchem meiner Freunde bedenklich; wir haben aber Principienfragen hier nicht zu erledigen, nur Zweckmäßigkeitsfragen. Um das Gesetz durchzuführen, ihm wir also am besten, die Commissionsfassung anzunehmen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung sich noch die Frage überlegt, ob wirklich der Anschluß an die communalen Verbände geboten ist, oder ob nicht die Versicherung später von den Einzelregierungen übernommen werden kann. Die Commissionsfassung schließt diese Möglichkeit nicht aus, und wir stimmen aus diesem Grunde dafür. (Beifall rechts.)

Abg. Gehhard (nat.): Wie wir uns die Einrichtung einer Reichsanstalt gedacht haben, geht aus einem in Commissionsbericht mit abgedruckten Antrage hervor. Die Folge der Annahme unseres Antrages würde natürlich die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission sein. Eine Reichsanstalt würde sich wohl vertragen mit einer selbständigen Einrichtung der Verwaltung in den Einzelstaaten. Ein größerer Bureaualismus würde sich auch nicht entwickeln aus der Reichsanstalt, als aus den Landesversicherungs-Anstalten. Ein Uebermaß von Selbstverwaltung ist weder bei den Landesanstalten noch bei der Reichsanstalt zu schaffen; der Natur der Sache nach wird man sich dabei mit dem bescheidensten Maße begnügen müssen. Die Landesanstalten werden aber Schwierigkeiten haben, wenn Sie die Beiträge nach Berufsclassen bemessen wollen, wie es für die Zukunft in Aussicht genommen ist.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Hr.): Die Reichsanstalt ist die Consequenz des Reichszuschusses. Wenn auch politische Beweggründe nicht vorgelegt haben, so ist doch in der Commission seitens der Regierung darauf hingewiesen, daß der Reichszuschuß nicht gefördert würde durch den Zwang, indem man Alles in eine Versicherungsanstalt hineinbringt und daß die anderen Regierungen sich ebenfalls so scharf gegen die Reichsanstalt ausgesprochen hätten, daß durch eine solche Sache unmöglich gemacht würde. Es lag also doch an dem Widerspruch der einzelnen Regierungen. Herr v. Marschall fragt, wo die Kräfte seien, die zur Selbstverwaltung bereit und fähig wären; die Berufsgenossenschaften wollten es nicht übernehmen. Das ist nicht richtig. Die Berufsgenossenschaften haben es nur abgelehnt, weil sie sich die Selbstverwaltung erhalten wollten, die sie durch den Reichszuschuß gefährdet sahen, also nicht aus Furcht vor der Arbeit. Die Personen zur Uebernahme dieser Arbeit würden sich schon finden; namentlich in den Krankenkassen ist man bereit, sich der Arbeit zu unterziehen. Man bestreitet, daß die Mittelstaaten die Urheber dieser Organisation durch Landesanstalten seien; aber bewußt oder unbewußt haben sie doch einen Einfluß darauf ausgeübt. In der Commission wurde einmal sehr scharf gesagt, das sei gar kein deutsches, sondern ein bairisches Gesetz. Bei verschiedenen Landesanstalten wird die Gleichmäßigkeit in der Behandlung zweifelhaft; das Reichsversicherungsamt, in dem man ja in ähnlicher Materie eine Reichsanstalt begründet hat, läßt auch die Aufsicht über die Berufsgenossenschaften. Jedenfalls würde die Reichsanstalt die Sache ebenso gut, wenn nicht besser machen, als die Landesanstalten. Man hält die bürokratische Organisation nicht für ein Unglück. Ja, die Herren geben immer von dem Gedanken aus, daß die Sache so gemacht werden müsse, wie in dem Entwurf vorgezogen ist, und von diesem Standpunkt aus muß es allerdings bürokratisch gemacht werden. Man kann aber eine Organisation finden, die eine bürokratische Verwaltung ausschließt. Der Staatssecretär wartet vor einem Heer von Reichsbeamten; ob man aber die Beamten Reichs- oder Landesbeamte nennt, ist doch gleichgültig. Geschäftliche Beamte sind allerdings im Bureau als Bureauvorsteher und Secretär notwendig; aber für das, worauf es eigentlich ankommt, für die Entscheidung über die Invalidität, braucht man keine bürokratische geschulten Beamten. Der Herr Staatssecretär freute sich ja selbst, daß bei den Berufsgenossenschaften die meisten Arbeiten in ehrenamtlichen Stellungen gemacht würden, und was bei den Berufsgenossenschaften möglich ist, wäre auch hier bei anderer Organisation möglich. Aber alle diese Vorurtheile scheitern daran, weil eine geschlossene Mehrheit die Sache in vier Wochen fertig machen will. Ich habe bereits in der Commission beantragt, die Krankenkassen zu dieser Versicherung heranzuziehen. Der Einwand, daß nicht alle unter dieses Gesetz fallenden Personen in Krankenkassen versichert sind, ließe sich dadurch beseitigen, daß man neben den Krankenkassen für die industriellen Arbeiter die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für die landwirtschaftlichen Arbeiter heranzieht. In erster Linie müssen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in einer Versicherungsanstalt der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften untergebracht werden, und alle übrigen bei der Versicherungsanstalt, welche durch Verbände der Krankenkassen gebildet werden könnte. In der Commission ist auch die Frage ernst erwogen worden, ob man nicht einfacher die ganze Versicherung durch Steuerzuschläge möglich mache, so daß aus der Reichskasse jeder, der Invalide wird, unterstützt werden kann; aber dann müßte man erst den Antrag Bebel wegen der Reichs-Einkommensteuer annehmen. Die Vorstände der Krankenkassen in Rheinland und Westphalen, also einem sehr industriereichen Bezirke, haben sich in einer Versammlung vom 7ten October vorigen Jahres bereit erklärt, die ganze Arbeit zu übernehmen und auch auf den Reichszuschuß vollständig zu verzichten. Die Personen in den Vorständen der Krankenkassen sind in Folge ihrer Sachkenntniß zur Beurtheilung der Lage am besten im Stande, und die Befürchtung, daß die Verbände der kleinen Kassen nicht stark genug und nicht solvent sein, könnte ausgeschlossen werden durch die Rückversicherung der Verbände untereinander, und wenn man will, könnte ja auch das Reich noch Garant sein. Bei einer solchen Organisation würde auch das äckeris bedenkliche Markensystem fortfallen, und schon deswegen allein könnte man auf diesen Gedanken eingehen.

durch die Krankenkassenvorstände gewählt werden. Was haben diese mit dem ganzen Gesez zu thun?

Abg. Struckmann hält es für genügend, daß für den Fall, daß Arbeiter nicht dem Vorstand angehören, ein Ausschichtsrath gebildet werden muß, der aus Vertretern und Arbeitgebern in gleicher Zahl besteht.

Der Antrag Frizen wird einstimmig angenommen und mit dieser Aenderung § 36.

Nach § 37 soll bei jeder Landesanstalt ein Ausschichtsrath von mindestens je 5 Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber gebildet werden.

Abg. Bebel beantragt, diese Vertreter nach dem gleichen, geheimen, directen Wahlrecht zu wählen. Wir haben stets eine härtere Vertretung der Arbeiter verlangt; aber man hat unseren Anträgen widersprochen. Gehen Sie sich, die Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter noch weiter fortzusetzen.

Präsident v. Levetzow: Ich halte es für unzulässig, dem Reichstage fortgesetzte Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter vorzuwerfen.

Abg. Grillenberg: Es ist aber so!

Präsident v. Levetzow: Ich muß den Redner zur Ordnung rufen, weil er sich den Anordnungen des Präsidenten widersetzt.

Abg. Schmidt-Eberfeld hält die Besetzung des Ausschichtsraths mit je fünf Vertretern von beiden Seiten für unzureichend; man müsse 15 oder 30 Vertreter von den Arbeitern und den Arbeitgebern wählen lassen; dann würde der Ausschichtsrath etwa eine so starke Versammlung sein, wie die Delegirtenversammlung der Berufsvereinigungen, die bisher gut gearbeitet haben. Gegen die allgemeinen Wahlen für diesen Ausschichtsrath läßt sich kaum etwas einwenden; denn die allgemeine Wahl ist schon eingeführt, z. B. in Frankfurt a. M., und sie hat sich gut bewährt.

§ 37 wird unverändert genehmigt, ebenso ohne Debatte die §§ 38 und 39.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Berathung vertagt.

In einer Abend Sitzung, 8 Uhr, werden die Berichte der Wahlprüfungs-Commission erledigt werden.

Abend Sitzung.

57. Sitzung vom 9. April.

8 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen lediglich Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Dr. Köhli (Greiffenberg-Gamin) wird nach unerheblicher Debatte dem Antrag der Wahlprüfungscommission gemäß für gültig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Websky (Waldburg) war bereits in der Sitzung vom 11. Januar c. verhandelt worden. Die Commission hatte die sämtlichen Protestbehauptungen als unerbefählich für das Wahlergebnis angesehen und beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Nach längerer Debatte wurde diese Wahlprüfung damals auf Antrag der Abgg. von Bennigsen und von Kardorff an die Commission zurückverwiesen.

Kommehr beantragt dieselbe, die Wahl zu beanstanden und entsprechend einem am 11. Januar gleichfalls verhandelten Antrag Hermes eine Reihe von Erhebungen anzustellen, u. A. die amtliche Vernehmung des Kreisinspectors Gregorovius über das von ihm an die Lehrer des Waldburger Kreises erlassene Circular, die amtliche Vernehmung des Bauinspectors Bothe in Waldburg über behauptete amtliche Wahlbeeinflussung, sowie die zugehörige Vernehmung zahlreicher Personen über im Protest unter Beweis gestellte erhebliche Unregelmäßigkeiten und Verstöße.

Abg. v. Heerenmann empfiehlt die Annahme der Commissionsbeschlüsse, während der Abg. Hegel behauptet, daß die Bewahrung der sämtlichen Protestangaben noch keineswegs zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen könne; denn die sämtlichen einzelnen Beschwerdepunkte seien derart, daß sie auf das Endergebnis der Wahl einen Einfluß nicht hätten.

Abg. Ricker: Nach der Anschauung des Vorredners würden wir eine ordnungsmäßige Wahlprüfung gar nicht vornehmen können. Es sind ganz flagrante Verstoßthaten vorgekommen, wie die Verhinderung der geheimen Stimmenabgabe und dergl. mehr. Das schließliche Urtheil über die Gültigkeit oder Nichtigkeit der Wahl muß sich gewiß jedes Mitglied des Hauses vorbehalten, bis uns das Ergebnis der stattgehabten Erhebungen bekannt geworden ist.

(Den Schluß der Abend Sitzung bringen wir nach.)

Landtag.

Berlin, 9. April. Im Abgeordnetenhaus wurden nach einigen Rechnungsvorlagen eine ganze Reihe von unwichtigen Petitionen erledigt. Morgen sollen neben den Anträgen, betreffend den Gebrauch der dänischen Sprache, wiederum Petitionen berathen werden. Dann dürfte das Abgeordnetenhaus seine Pflanzarbeiten beginnen.

Abgeordnetenhause. 53. Sitzung vom 9. April.

12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Scholz und Commissarien. Bezüglich des Berichtes der Rechnungscommission über die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1887/88 wird vorbehaltlich der Prüfung und der Erinnerungen der Oberrechnungskammer Debatte ertheilt.

Bezüglich des Berichtes der Rechnungscommission über die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1885/86, sowie der Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatschazes für das Jahr vom 1. April 1885/86 wird die Entlastung ausgesprochen.

Es folgt die Berathung von Petitionen. Die Petitionen der Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen in Margonin und Rogasen wegen Baues des Dier-Pacife-Canals werden nach Antrag der Budgetcommission der Regierung als Material überwiesen.

Ueber die Petitionen verschiedener Eisenbahnbeamten — Schaffner, Lade-meister, Wagenmeister, Telegraphisten — wegen Erhöhung des Gehalts und Abolitionsgeldzuschusses und Aenderung der Amtsbezeichnung und der Uniform, beantragt die Budgetcommission, im Hinblick auf die von dem zuständigen Minister erklärte Bereitwilligkeit, wirklich berechtigten Beschwerden Abhilfe zu verschaffen, zur Tagesordnung überzugehen.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag der Abgg. Ricker und Brömel, die Petitionen der Lademeister der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, angenommen.

Ebenso werden auf Anträge der Abgg. Seer, Lehmann und Ricker die Petitionen der Eisenbahn-Telegraphisten der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf einen Antrag des Abg. Brömel wird über die übrigen Petitionen im Hinblick auf die vom zuständigen Minister erklärte Bereitwilligkeit, Abhilfe zu schaffen, zur Tagesordnung übergegangen.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge Johannsen und Lassen, v. Liebermann, Lassen; Petitionen

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 9. April. Aus Braunschweig geht der „Post“ eine Nachricht zu, wonach es keinem Zweifel unterliegt, daß der Kaiser in nächster Zeit zum Besuche des Regenten Prinzen Albrecht dort eintreffen wird, nur scheint der Tag der Ankunft noch nicht festzusetzen; doch wird allgemein angenommen, daß der Kaiser nicht zum 8. Mai, als dem Geburtsstage des Regenten, sondern bereits früher, in den ersten Tagen des Monats, nach Braunschweig kommen soll.

Mehrere übertriebene Angaben über die Höhe der der Kaiserin Friedrich zugefallenen Erbschaft der Herzogin v. Galliera kann die „Post“ dahin berichtigen, daß der der Kaiserin Friedrich nunmehr ausgehändigte Antheil der Erbschaft etwas über 5 Mill. Fred. beträgt. Was die hinterlassenen Schmucksachen anbelangt, so bestanden dieselben aus einigen Perlencolliers und besonders schöne Smaragde, im Gesammtwerth von etwa 1 Million. Die Collierischen Schmucksachen wurden der Stadt Genua vermach.

Der „Post“ wird aus Kiel gemeldet, daß zur Taufe des jungen Prinzen auswärtige Fürsten nicht erwartet werden.

Der Zustand der Königin-Mutter von Baiern ist heute höchst besorgnißregend.

Der Besuch des Königs von Italien steht nach der „Post“ in der ersten Hälfte des Mai sicher zu erwarten.

Die Reichscommission als Berufungsfelle in Sachen des Socialistengesetzes beriet heute im Ministerium des Innern

die Berufung der Besitzer der hiesigen „Volkszeitung“ gegen die auf Grund des Socialistengesetzes erfolgte Unterdrückung dieses Blattes. Der Minister des Innern, Herrfurth, führte den Vorsitz, der Oberlandesgerichtspräsident Holleben, der Oberlandesgerichtsenatspräsident Dr. Lehmann (Hamburg), der Senatpräsident des Kammergerichts Delius und der Geheimrath Meinecke nahmen an der Berathung Theil. Die Sitzung dauert fort. Im vorerwähnten Fall der günstigen Entscheidung gedenkt die „Volkszeitung“ heute noch eine Extraausgabe zu veranstalten.

In Sachen der „Volks-Zeitung“ berichtet die „Freis. Ztg.“: Die Reichsbeschwerdecommission hatte von der Ermächtigung des Regulativs keinen Gebrauch gemacht, zu dieser Sitzung Vertreter der „Volks-Zeitung“ vorzuladen. In der That hatte die „Volks-Zeitung“ einen Vertreter abgesandt mit der Bitte an den Minister, ihm die Entscheidung der Commission mitzutheilen. Der Vertreter wurde aber vom Minister gegen 4 Uhr Nachmittags mit der Eröffnung entlassen, daß die Mittheilung über die Entscheidung der Commission am Mittwoch Vormittag schriftlich erfolgen werde. Nach dem Geschäftsregulativ ist die Entscheidung mit Gründen zu versehen und die Ausfertigung derselben der „Volks-Zeitung“ und dem Berliner Polizeipräsidenten durch die Post zuzustellen. Entscheidungen, durch welche eine angefochtene Verfügung aufgehoben wird, sind durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen.

In parlamentarischen und juristischen Kreisen zweifelt Niemand an der Aufhebung des Verbotes. Schon vor einigen Tagen verlautete, daß die beiden ernannten Referenten ihr schriftliches Votum zu Gunsten der Aufhebung des Verbotes abgegeben hätten.

Die Kreuzzeitung will bereits wissen, daß das Verbot der „Volkszeitung“ von der Reichs-Beschwerde-Commission aufgehoben worden sei.

Die Einbringung des neuen Einkommensteuergesetzes steht im Landtage, wie die „Post“ erfährt, ganz sicher bevor; glaubhaft werde versichert, daß die Einkommensteuervorlage sich in den wichtigsten Punkten, insbesondere bezüglich des Veranlagungsverfahrens, auf die Grundlage der Commissionsbeschlüsse von 1884 stellt.

Seitens der Abgeordneten v. Dziembowski, Tiedemann-Bomst und Wefel, auch unterstützt von zahlreichen Mitgliedern anderer Fractionen, ist im Abgeordnetenhaus folgender Antrag, betreffend die Besetzung der durch die Hochwässer im Frühjahr 1889 herbeigeführten Verheerungen, eingebracht worden. Einziger §: Das Gesez vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verheerungen wird auch auf die Beseitigung derjenigen Verheerungen ausgedehnt, welche durch Hochwasser im Frühjahr 1889 herbeigeführt worden sind.

Das Spargelgesetz ist im Cultusministerium ausgearbeitet und unterliegt der Beschlußfassung des Staatsministeriums. Das Gesez wird erst nach der Osterpause im Abgeordnetenhaus eingehen.

Die Altersgesetz-Commission ist nicht auf den Antrag Abelman eingegangen, der für die Altersrente eine Einheitsrente einführen und für alle vier Lohnklassen einen einheitlichen Mindestbetrag der Invalidenrente feststellen wollte; Steigerungen sollten dann nach den Lohnklassen verschieden erfolgen. Die Commission hat nicht für jede Rente einen festen Satz von 60 Mark (neben Reichszuschuß von 50 Mark) für alle Lohnklassen als Anfangsrente festgesetzt, sondern den Minimalbetrag bemessen auf 65 Mark in der ersten, 80 Mark in der zweiten, 115 Mark in der dritten und 150 Mark in der vierten Lohnklasse, so daß die Alters- bezw. anfängliche Invalidenrente sich bis auf die in der ersten Stufe vorgesehene Erhöhung von 98 auf 115 Mark ebenso stellt, wie nach den Commissionsbeschlüssen; dagegen hat man die wöchentliche Steigerung der Renten etwas erhöht in den oberen drei Klassen; nämlich von 5 bezw. 8 und 12 Pfennigen auf 6, 9 und 13 Pfennige. In der höchsten Lohnklasse kommt man nach 50jähriger Beitragszeit auf mehr als 500 Mark Invalidenrente; aber das ist nur Schein; denn man hat als höchste Rente einen Satz von 370 Mark beibehalten, der in der höchsten Lohnklasse schon nach etwa 28 Beitragsjahren erreicht wird. Der Arbeiter dieser Lohnklasse muß immer noch weitere Beiträge zahlen, ohne daß eine Rentenfeigerung eintritt. Die finanzielle Bedeutung hat die Commission dahin beurtheilt, daß sie in der ersten Klasse den Beitrag von 12 auf 14 Pf. erhöht, in der zweiten Klasse auf 20 Pf. belassen, dagegen in den beiden obersten Lohnklassen von 28 bezw. 38 auf 24 und 30 Pf. ermäßigt hat.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Steuerantrags Huene beschloß heute, die Staatsregierung um Verrückung von Material zu ersuchen, aus welchem die Wirkungen der Vorlage auf den Etat der Kreise und Gemeinden sich ersehen ließe. Der Vertreter der Staatsregierung hat die Zusage gegeben, das verlangte Material beizubringen. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich erst Mitte Mai stattfinden, da man bis dahin im Besitz des Materials und auch der Steuerreformvorlage zu sein hofft.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Entwurfs, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien, hat heute ihre Beratungen fortgesetzt. Zum Berichterstatter ist der Abg. v. Kölligen gewählt worden.

Das Memorandum der bairischen Bischöfe, dessen vollständiger Inhalt bisher noch nicht bekannt war, liegt im Wortlaut vor. Nach dem „Berl. Ztbl.“ nimmt das Memorandum im Eingange Bezug auf die Encylica vom 22. Decbr. 1887, auf die dem König Maximilian II. im Jahre 1850 vorgelegte Denkschrift, die zwar vergeblich auf die Beseitigung des Religionsdicts drang, aber doch in gewissem Sinne ein gutes Einvernehmen zwischen Kirche und Krone herstellte, und auf die königliche Abweisung von 1873. Die Bischöfe verlangen: 1) durch Aufhebung des Schuß- und Aufsichtsrechts Befreiung der kirchlichen Gewalten von der weltlichen Macht; 2) Abschaffung des Placetum regium (die tgl. Genehmigung) für die bischöflichen Veröffentlichungen; 3) Beseitigung des Zwangs der allerhöchsten Genehmigung, wenn ein Ausländer predigen will; 4) Abschaffung der Rechte, welche die katholischen als öffentliche Kirchengesellschaft besitzen; 5) folgen die schon mitgetheilten Ansprüche auf Unterricht und Erziehung der Jugend in den Schulen, Universitäten, Seminarien und religiösen Genossenschaften. Simultanschulen sollen als dem Geiße der christlichen Erziehung widersprechend aufhören zu existiren; als 6. Punkt wird die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die katholischen Priester und Ordensleute gefordert, und dies mit dem Priestermangel begründet. Für die Priesteramts-Candidaten wird in so weit eine Ausnahme vom Reichsmilitärgezet gefordert, als derjenige, welcher durch Empfang der höheren Weihen in den geistlichen Stand eingetreten ist, vom Wehrdienst befreit sein soll. Am Schluß heißt es: „Eine also frei gewordene Kirche kann ihre göttliche Mission erfüllen und vornehmlich die große Gefahr der Zukunft, den Anarchismus, abwenden.“ Das an den Prinzregenten gerichtete Schriftstück ist unterschrieben von den Erzbischöfen von Bamberg und München, sowie von den Bischöfen von Eichstätt, Speyer, Würzburg, Regensburg, Augsburg und Passau. Der Prinzregent hat bekanntlich nicht geögert, die Forderungen des Clerus zurückzuweisen. Die Entschiedenheit, mit der dies geschehen sein soll, wird durch den Inhalt des oben mitgetheilten Schriftzettels erklärt. (Näheres über die Antwort des Prinzregenten siehe unter B. T. B.)

Die „Post“ schreibt über die Persönlichkeit des zum Nuntius in München ernannten Monsignore Agliardi: Es ist ein neuer Beweis von der Verpönllichkeit Leo's XIII., daß er einen den deutschen Kircheninteressen so wohlgeneigten Vertreter der Curie, wie den Monsignore Agliardi, auf den so wichtigen Posten in München gebracht hat.

Agliardi hat bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß er nicht zu den Intransigenten des Vatican gehört. Namentlich war er für Herrn v. Schöller bei der Beilegung des Culturkampfes eine thatkräftige Hilfe. So war er auch zu dem Frühstück geladen, an welchem der Kaiser bei seiner Anwesenheit in Rom in der preussischen Gesandtschaft theilnahm, wobei der Monarch dem Monsignore Agliardi den Rothen Adlerorden erster Klasse persönlich überreichte. Man wird es als Beweis von dem Niedergange der französischen Einwirkungen zugänglichen Partei der Intransigenten des Vatican betrachten können, daß auf 2 so wichtigen Flügelstellen, wie München und Wien, 2 diplomatische Vertreter der römischen Curie sich befinden, die in dem Verhältnisse von Kirche und Staat für die moderne Staatsidee Auffassung haben und welche in vorkommenden Fällen die Stelle des Nuntius zu Berlin überflüssig machen würden.

Dem Eintreffen der amerikanischen Vertreter bei der Samoa-Conferenz, die am 13. April in See gehen und über London reisen wollen, wird hier um den 24. oder 25. April entgegenzusehen. Man glaubt jetzt, daß die Conferenz vielleicht bald nach Osnern wird eröffnet werden können.

Nach einer der „Post“ aus Brüssel zugehenden eigenen Drahtmeldung veröffentlicht die „Indépendance Belge“ eine Privatdepesche aus Zanjibar, wonach der Marsch Stanley's und Emin Bey's auf Zanjibar unbegründet wäre. Bis gestern fehlte jede Kunde über Stanley.

Im Geographischen Verein zu London wurde gestern ein weiterer Bericht Stanley's, datirt vom 1. September 1888, verlesen, der nur von wissenschaftlichem Interesse ist.

Der neu ernannte Kammergerichtspräsident, frühere Staatspräsident beim Reichsgericht Drenmann wird am 16. d. M. die Leitung der Präsidialgeschäfte beim Kammergericht übernehmen. Der zum Senatpräsidenten beim Kammergericht beförderte frühere Präsident des Landgerichts zu Prenzlau, Herr Mettkau, wird am Mittwoch an Stelle des verstorbenen Senatpräsidenten Lettgau den Vorsitz des 7. Civilsenats des Kammergerichts antreten.

Der Professor Paul Du Bois-Reymond, der Bruder des Physiologen, Professor der Mathematik an der technischen Hochschule in Charlottenburg, ist am 7. d. M. auf der Reise zu Freiburg i. Br. nach kurzem Krankenlager gestorben.

Professor Schweinfurth ist nach einer dreimonatlichen sehr erfolgreichen Forschungsreise im Innern Südarabiens am 23. März in Aden eingetroffen, von wo er am 1. April die Rückreise nach Europa anzutreten gedachte. In Berlin dürfte er erst im Laufe des Monats Mai eintreffen, da er, um den Klimawechsel zwischen dem heißesten Erdgürtel und unseren rauhen Frühlingslüften nicht zu schroff zu machen, in Egypten einige Zeit verweilen dürfte. Seine lehrreichen Sammlungen sind sehr umfangreich; das Herbarium enthält gegen 600 Arten in 1800 Nummern. Außerdem hat er viele Spirituspräparate und zahlreiche lebende Pflanzen, für den hiesigen botanischen Garten bestimmt, u. s. w. zusammengebracht.

Aus Newyork wird telegraphisch berichtet: Drei Mitglieder des Ausschusses der Vereinigung der Ritter der Arbeit sind unter der Anklage verhaftet worden, das vor 2 Monaten gemeldete Dynamitattentat in Stevenson's Brauerei veranlaßt zu haben. Der Vorfall rief große Aufregung in den Arbeiterkreisen hervor, welche die Anklage für grundlos und für eine gehässige Verfolgung halten.

Der vielgenannte Feldwebel Haut vom 1. Garderegiment zu Fuß, der ehemalige Grenadier der kaiserlichen Prinzen, ist, wie die „Post-Zeitung“ meldet, vom Kriegsgericht zu 1 Jahr 3 Monaten Festung, drei Wochen Haft und Degradation zum Gemeinen verurtheilt worden. Die Haftstrafe ist auf den erlittenen Untersuchungsarrest angerechnet worden. Ueber das Vergehen Haut's, das zu dieser Verurteilung Anlaß gegeben, ließ sich bei der Heillichkeit, mit welcher in militärischen Kreisen dergleichen Angelegenheiten gehandhabt werden, Näheres nicht ermitteln.

Berlin, 9. April. Dem Lehrer Schau in Glas ist der Kronenorden vierter Klasse, dem Hauptlehrer und Cantor Scholz zu Reichenau, Kreis Sagan, der Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens verliehen worden.

Der Geheim Legationsrath Gille ist zum Generalconsul in Konstantinopel ernannt worden.

Frankfurt, 9. April. Die „Freis. Ztg.“ meldet aus London, Marquis von Londonderry, Bisköng von Irland, demissionirt. — Dasselbe Blatt berichtet aus Madrid, der deutsche Volschaster erhielt telegraphisch die Ermächtigung des deutschen Auswärtigen Amtes, die die Aenderung des Spirituszolles betreffenden Bestimmungen im Handelsvertrage mit der spanischen Regierung abzuschließen, im Sinne der früher gemeldeten vorläufigen Vereinbarung. Der Abschluß erfolgt nach Eintreffen der schriftlichen Vollmachten aus Berlin.

!! Wien, 9. April. Der Reichsrathsabgeordnete Eduard Sturm, ein hervorragender Führer der Opposition, Vorstandsmittglied der deutschen Linken, legte aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat nieder. Sturm, der im sechzigsten Lebensjahre steht, ist kochkopfleidend.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 9. April. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die auf Ansuchen erfolgte Entlassung des Staats- und Kriegsministers Bronfart von Schellendorff, sowie die Ernennung des Generals Verdy du Vernois zum Staats- und Kriegsminister.

Kiel, 9. April. Die Taufe des Prinzen findet am 5. Mai statt. Dem Vernehmen nach werden derselben der Kaiser und der Großherzog von Hessen beiwohnen.

Frankfurt, 9. April. Der Herzog von Nassau und der Erbprinz sind mit Gefolge um 2 1/2 Uhr nach Coblenz abgereist.

Coblenz, 9. April. Der Herzog und der Erbprinz von Nassau nebst Gefolge sind heute Nachmittag 5 Uhr hier eingetroffen; die Weiterreise nach Luxemburg erfolgt morgen Vormittag 10 Uhr.

Luxemburg, 9. April. Nach eingegangenen Nachrichten wird der Herzog von Nassau morgen Nachmittag 1 Uhr 30 Min. hier eintreffen und direct ins Palais fahren, woselbst er den Staatsrath und die Regierungsräthe empfängt. Nach der am Donnerstag in der Deputirtenkammer stattfindenden Eidesleistung giebt der Herzog den Deputirten ein Festmahl.

Luxemburg, 9. April. Der Bürgermeister fordert in einem Aufruf die Einwohnerschaft auf, anlässlich der morgenden Ankunft des Herzogs von Nassau die Häuser in den luxemburgischen, oranischen und nassauischen Farben zu beflaggen.

Bonn, 9. April. Auf der Zeche Erin bei Castrop fand eine heftige Explosion statt, wobei 25 Personen verunglückt sind.

München, 9. April. Infolge der Veröffentlichung des Memorandums der bairischen Bischöfe im „Regensb. Morgenbl.“ veröffentlicht der Cultusminister soeben officiell die Antwort des Prinzregenten auf das Memorandum. Dasselbe sichert thunlichste Weiterberücksichtigung der Wünsche der Bischöfe zu betreffs der Leitung der Besetzung der Lehrstellen an den Volksschulen, Gymnasien, Seminarien und Universitäten, sowie der Nichtentzung weltlicher Commissarien zu kaiserlichen und kirchlichen Conferenzen. Die Einführung der täglichen Schulmesse wird abgelehnt. Die Absolutoralprüfung wird für obligatorisch erklärt, die thunlichste Mitwirkung der bairischen Regierung zur Abänderung der Bestimmungen über die Militärpflicht

ber Candidaten der Theologie wird zugesagt, die confessionelle Scheidung der Mittelschulen abgelehnt, die Zulassung der Klosterfrauen an Mädchenschulen genehmigt, das Placetum regium aufrecht erhalten und die Rückberufung der Redemptoristen zur Zeit für unangänglich erklärt.

Rom, 9. April. Die „Agence Stefani“ meldet aus Massauah: Der Regus soll vor seinem Ableben seinen Neffen Mangascha als Nachfolger bezeichnen haben. Es werden Nachrichten aus Schoa via Asfab erwartet.

Paris, 9. April. Kammer. Berathung der Vorlage, betreffend die Regelung des Verfahrens vor dem Senat als Gerichtshof. Delafosse (Rechte) bekämpft die Vorlage, weil der Senat eine politische Versammlung und nicht unparteiisch sei; man solle Bou langer vor ein Geschworenengericht stellen. Der Präsident stellt trotz lebhafter Proteste der Rechten den Schluss der Berathung zur Abstimmung; derselbe wurde mit 253 gegen 242 Stimmen beschlossen. Der Verlauf der Sitzung war stürmisch.

Paris, 9. April. Der Chemiker Chevreul, beinahe 103 Jahre alt, ist heute Nacht gestorben.

Brüssel, 9. April. Wie verlautet, richtete bisher die französische Regierung weder das Verlangen der Ausweisung noch eine Mittheilung irgend welcher Art betreffs Boulangers an die belgische Regierung; letztere habe bezüglich einer eventuellen Ausweisung Boulangers noch keine Entscheidung getroffen, aber Bou langer eröffnen lassen, wenn er auf die Sympathie rechne, welche Belgien stets politischen Flüchtlingen gewährte, so müsse er diese Sympathien dadurch ermöglichen, daß er sich aller Handlungen enthalte, welche das belgische Cabinet unvermeidlich dazu bringen würden, aus freien Stücken Ausweisungsmaßregeln zu ergreifen, ohne eine Mittheilung der französischen Regierung abzuwarten.

London, 9. April. Die Demission des Vizekönigs von Irland (siehe unter den Orig.-Telegr.) findet wahrscheinlich im Herbst oder nach Ablauf der dreijährigen Amtsdauer statt. Der „Globe“ schreibt, der Demission liegen keinerlei politische Motive zu Grunde, da der Vizekönig immer in vollkommenem Einverständnis mit dem Ministerium gewesen sei.

London, 9. April. In Rischfeld fand gestern eine ernsthafte militärische Meuterei und zwischen mehreren Betrunknen eine blutige Schlägerei statt. Obwohl die Militärwache die Kämpfenden mit aufgekantem Bayonett zerstreute, begannen sie den Kampf wieder. 20 Mann wurden schwer verwundet. Soldaten durchzogen lärmend die Straßen und zertrümmerten gegen 200 Fenstercheiben.

Bukarest, 9. April. Dem Vernehmen nach lehnte Catargi die Cabinebildung infolge von Divergenzen mit dem König wegen Personalfragen bei der Besetzung der Portefeuilles ab. Der König habe nun General Floresco zur Bildung eines Cabinets berufen.

Belgrad, 9. April. Der Finanzminister beschloß, zur Verminderung der schwebenden Schuld und zwar zur Ablosung der bei dem Eisenbahnbau gemachten Expropriationsschuld von 1 200 000 Francs für diesen Schuldbetrag 49 900 Stück unverkaufter serbischer Loose zu faum der Hälfte des Nominalbetrages bei der Nationalbank zu lombardiren. Hier von reservirt der Finanzminister 22 000 Stück für die Auszahlung von Kriegsrequisitionen, welche laut Gesetz zu 1/2 in Staatsobligationen, zu 1/4 in Baar auszuzahlen sind. Da nun mehr als die Hälfte der Bankschuld durch diese 22 000 Stück garantiert erscheint, ist die Auszahlung sowohl des restlichen Bantbetrages als auch der erwähnten Expropriationsschuld bei dem Umstände, daß die serbischen Loose in Wien mit 37 Gulden notirt werden, bereits heute vollkommen gesichert. Der Finanzminister Buic hat das Uebereinkommen mit der Bank bereits getroffen und es wurde dieser Vorschlag durch den gestrigen Ministerath zum Beschlusse erhoben. Die Verzinsung der betreffenden Staatsobligationen wird der Minister durch die Vermittlung einer Bankfirma besorgen.

Belgrad, 9. April. Bei dem Grenzvorstoß Brujica schossen vor einigen Tagen österreichische Grenzwächter auf eine Donaubarge, in welcher sich 15 serbische Unterthanen befanden; es wurde Niemand verletzt. Die serbische Regierung ersuchte die österreichische Regierung, Maßregeln zur Verhinderung ähnlicher unliebsamer Zwischenfälle zu ergreifen.

Locale Nachrichten.

Breslau, 9. April.

—d. Bezirks-Verein der Nicolai-Vorstadt. In der am 8. d. M. unter dem Vorsitz des Stadtvorordneten Bogt abgehaltenen Versammlung hielt Dr. phil. Schiewel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Gewinnung und Bestandtheile des Salzes; letztere wies er in einer Reihe von Experimenten nach. Hierauf berichtete Maurermeister und Stadtvorordener Simon über die neueren wichtigeren Vorgänge auf communalen Gebiet. Nach seinen Ausführungen sei der Werth der Grundstücke vor den anderen Thoren in den letzten Jahren gewachsen, während die Nicolai-Vorstadt zurückgeblieben sei. Es sei zu hoffen, daß nunmehr auch hier eine regere Entwicklung eintreten werde, nachdem die Schlachthofffrage entschieden ist. Eine weitere Folge hiervon werde die Verlegung des Neckehauses am Stregauer Platz und die Regulirung des letzteren sein. Bei Besprechung des Platzes für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal gab Redner der Befürchtung Ausdruck, daß die Große Großenstraße durch den „Stiehlschiff“ über die Promenade und den Stadigraben fortgeführt werden könnte. Dadurch aber würde, ohne daß ein zwingender Grund vorläge, in einem kurzen Abstande von der Schneidnißstraße die Promenade abermals durch eine Fahrstraße unterbrochen. Viel wichtiger wäre und zwar im Interesse einer besseren Verbindung der inneren Stadt mit der Nicolai-Vorstadt eine Ueberbrückung des Stadigrabens in der Verlängerung der Antonienstraße. Das Stück Stadigraben von dieser Ueberbrückung bis zum Königsplatz würde am besten zuzuschütten sein. Was den Wiederaufbau des abgebrannten Magdalenenburses anlangt, so habe die Maria-Magdalenen-Gemeinde ein Recht, den Aufbau des Thurmes in der bisherigen Form, die allen Breslawern lieb und werth geworden sei, zu verlangen. Und dieses Gefühl der Pietät sei doch auch zu berücksichtigen. Wenn dem Thurme eine gothische Spitze aufgesetzt würde, so hieße dies die Erinnerung an den Brandschaden verneinen. Ein sprechendes Beispiel hierfür biete die Michaelskirche. Jedem, der sich über den unangenehmsten nördlichen Thurm wundere, werde die Katastrophe desselben erzählt. Anders lägen die Verhältnisse, wenn es sich darum handelte, beide Thürme neu herzustellen. Der Bau-Ausschuß habe sich für den Wiederaufbau in der bisherigen Form erklärt, und es sei zu hoffen, daß auch die Stadtvorordneten-Versammlung sich in demselben Sinne entscheiden werde. Sodann kam Redner auf die finanzielle Lage der Stadt zu sprechen und war der Meinung, daß eine Erhöhung der Steuer für die Zukunft nicht zu umgehen sein werde. Wenn man übrigens aus dem Umfange, daß wir nur 100 pCt. der Staatssteuer als Communalsteuer zahlen, den Schluß ziehen wollte, daß wir günstiger gestellt seien, als viele andere Communen, welche einen höheren Prozentsatz an Communalsteuer zahlen müßten, so würde dieser Schluß nicht gerechtfertigt sein. Es sei nämlich zu beachten, daß in Breslau weit scharfer zur Staatssteuer eingeschätzt werde, als in kleineren Städten und namentlich auf dem Lande. Man könne also hier mit einem geringeren Zuschlage auskommen, als anderwärts, wo die Staatssteuer eine niedrigere sei. Nachdem hierauf die Veranstaltung eines Sommerergänzungsbeschlusses beschlossen worden, berichtete Stadt-D. Becker über die Thätigkeit der vom Verein vor 10 Jahren begründeten Suppenanstalt im letzten Winterhalbjahr. Derselbe ist vom 12. Decbr. bis 31. März geöffnet gewesen. Schon nach 8 Tagen nach der Eröffnung ist die volle Zahl der Marken von 400 zur Ausgabe gelangt. Außerdem wurden dem Wächterinnen-Verein 465 und der Kleinfürder-Bewahranstalt vor dem Nicolai-Thor circa 500 Portionen Essen geliefert. In den 111 Tagen der Thätigkeit der Anstalt sind im Ganzen 45500 Portionen Essen vertheilt

worden. Außer den Geschenken an verschiedenen Naturalien (Mehl, Erbsen, Bohnen etc.) wurden für die Bereitung der Speisen 2483 Mark 22 Pf. aufgewendet. Zu diesen Kosten haben namentlich die größeren industriellen Etablissements vor dem Nicolai-Thor beigetragen. Der Magistrat hatte eine Beihilfe von 900 Mark gewährt. Der Berichtsführer dankte allen Gebern, sowie auch insbesondere den Damen, welche sich der Vertheilung der Speisen unterzogen. Von anderer Seite wurde noch hervorgehoben, daß die Beiträge für die Suppenanstalt in den letzten Jahren recht erheblich zurückgegangen seien. Es sei dringend zu wünschen, daß alle wohlhabenderen Bürger der Nicolai-Vorstadt diese Anstalt unterstützen, denn nur dann könne sie ihre segensvolle Wirksamkeit in ihrem bisherigem Umfange fortsetzen.

B. Humboldtverein für Volkshildung. Am vergangenen Sonntage wurden die Vortrags-Unterhaltungsabende des Vereins durch eine größere Unterhaltung im Pilsch (Enderwitz) sehen Saale, Gartenstraße, für diesen Winter geschlossen. Zu diesem Abende, der zugleich eine Feier des zehnjährigen Bestehens der Sonntags-Abend-Unterhaltungen für Handwerkslehrlinge bildete, waren an die Meister und Eltern der Lehrlinge Einladungen ergangen, ferner an die Vorsitzende des hiesigen Handwerker- und Gewerbevereins, sowie an die Obermeister berichtigten Zünfte, deren Lehrlinge besonders zahlreich die Abende besucht hatten. Der Saal war völlig gefüllt, als um 7 1/2 Uhr die Feier mit dem Gesange des Liedes: „Und hörst Du das mächtige Klingeln“ durch die Lehrlinge eröffnet wurde. Hierauf begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Oberlehrer Dr. Gärtnner, die Erschienenen, gab eine kurze historische Uebersicht über den durchaus günstigen Verlauf des Unternehmens in seinem ersten Decennium und theilte mit, daß außer den Vorträgen, welche die Lehrlinge an den Abenden selbst empfangen, denselben auch noch die Benützung einer umfangreichen Bibliothek freistehet, daß denselben fast alljährlich der Besuch eines Museums — besonders des der schlesischen Alterthümer — ermöglicht und alljährlich auch mit ihnen ein Ausflug gemacht werde. Diese letzteren hatten bisher als Ziel den Zobten- und Krummsberg, Trebnitz, das Schloß Friedberg bei Ragnitz, sodann Malitz und Lebus. Besonderen Dank sprach Redner dem bisherigen Leiter des Unternehmens, Vorsitzenden R. Böer (Elisabeth-Gymnasium) aus, sowie allen den Freunden der Lehrlinge, welche durch Vorträge u. s. w. die Unterhaltungs-Abende belebten. Hierauf hielt Gymnasiallehrer Dr. Schiff einen Vortrag über „Das Eisen“, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Nach dem Gesange des Liedes: „Durch Feld und Buchenallen“ begannen die zum Theil humoristischen Vorträge einiger Lehrlinge. Den Schluss bildeten die Darstellung der von Herrn Ludwig Sittensfeld verfaßten humoristischen Scene: „Wer hat Recht?“ und der Schwan, „August als Gelehrter“, in denen die Wichtigkeit des Handwerks unter den Berufsgruppen betont wird.

Alter Breslauer Turn-Verein. Sonnabend, 13. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Köstler'schen Etablissements (Friedrich-Wilhelmstraße) ein Commers sämtlicher Abtheilungen des Alten Breslauer Turn-Vereins statt. Die 4. „Männer-“ und die 2. „Alte Herren“-Abtheilungen, welche diesen Commers veranstalten, wollen ihren Züngeleuten dadurch Gelegenheit geben, miteinander bekannt zu werden. Eine Reihe verschiedener Vorführungen ist bereits in Vorbereitung. Auch Gäste ist die Theilnahme an dem Commers gestattet.

Der deutsche Privatbeamten-Verein Zweig-Verein I Breslau hält Mittwoch, den 10. April, in Verbindung mit der Monats-Versammlung eine außerordentliche General-Versammlung ab.

z. Beseitigung eines Verkehrshindernisses. Gegenwärtig ist man mit dem Abbruch des an der Ecke der Mehlgasse und Volkstheaterstraße gelegenen Hauses beschäftigt, durch welchen ein lang empfundener Uebelstand beseitigt wird. Das Haus ragt nämlich so weit in die Volkstheaterstraße heraus, daß der Bürgersteig dadurch äußerst beengt ist. Durch den Abbruch dieses Gebäudes wird die Volkstheaterstraße in ihrer ganzen Länge eine gleiche Breite erfahren. Ein ähnliches Verkehrshindernis ist in der Rosenstraße am Ausgange nach der Matthisstraße. Hier ist das in der Rosenstraße herausragende Haus bereits abgebrochen, bis auf die Grundmauern, die auch in nächster Zeit fallen und dadurch eine Verbreiterung der genannten Straße gestatten werden.

+ Verurtheilte Selbstmord. — Todesfall. Am 8. April cr. verfuhrte der seit längerer Zeit an Schmerzensleidende Barbiergehilfe Ernst S. (Altbücherstraße) seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Durch hinzutretende Hausbewohner wurde er losgeschnitten, einige Stunden später jedoch verstorben S. an den Folgen eines Gehirnschlagles. — In einem Gasthause auf der Schwanenstraße kehrte gestern Abend eine unbekannte circa 28 bis 30 Jahre alte Frauensperson ein, welche mit der Rechte-Ober-Unter-Eisenbahn auf dem Nieder-schlesisch-Märkischen Bahnhofe hier angelangt war. Die Frau wollte am anderen Morgen mit dem Frühzuge nach Sachsen weiter fahren, um sich dort als Arbeiterin beim Zuckerrüben-Anbau zu vermiehen. Kurz vor der Abfahrt wurde sie unwohl und nach wenigen Minuten gab sie ihren Geist auf. Ein herbeigerufener Arzt constatirte Herzschlag. Aus den hinterlassenen Papieren ging hervor, daß die Verstorbene die Schuhmacherin Marie Jaros aus Reichthal bei Ranslau ist. Der Leichnam wurde nach dem königlichen Anatomiegebäude gebracht.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: aus der Wohnung eines Baumeisters in der Heiligegeiststraße ein rothbraunes und Sammet garnirtes Frauenkleid und ein dunkles Jaquet, eine leere Bier-tonne; einem Töplergefelde von der Paradiesstraße eine silberne Cylinderuhr. — Gefunden wurden: eine braune Pferdebedeckung, ein silbernes Armband, ein Münzenarmband, ein Openglas und ein schwarzgezierter Regenschirm. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

Aus Wissenschaft, Kunst und Leben.

Wie die „R. Pr. Z.“ mittheilt, ist im Pfarrhause in Neustadt bei Koburg die in conservativen Kreisen geschätzte Schriftstellerin Ludovica Hefetel, die Gattin des Pastors Johansen, am 6. d. M. nach kurzer Krankheit gestorben. Sie war die älteste Tochter des verstorbenen Schriftstellers Dr. Georg Hefetel.

Für die Verhandlungen des vom 15.—18. April zu Wiesbaden tagenden VIII. Congresses für innere Medicin sind außer den schon länger vorbereiteten Verhandlungsgegenständen, für welche Autoritäten ersten Ranges die Referate übernommen haben (Der Jenu und seine Behandlung; Curischmann, Leichtenstern); Die Natur und Behandlung der Gicht; Erbstein, Emil Pfeiffer) noch viele Vorträge angekündigt, welche alle Gebiete der inneren Medicin umfassen. Die bereits angekündigten Vorträge sind: Herr Zimmermann (Basel): Ueber die Functionen des Magens bei Phthisis tuberculosa. Herr Petersen (Kopenhagen): Ueber die hippokratische Heilmethode. Herr Fürbringer (Berlin): Ueber Impotentia virilis. Herr Lewin (Berlin): Ueber Arzneibereitung und Arzneiwirkung. Herr Nordborst (Wiesbaden): Ueber elektrische Massage. Herr v. Baisch (Wien-Marienbad): Ueber cardiale Dyspnoe. Herr Klemperer (Berlin): Bemerkungen über die Magenvergrößerung und deren Behandlung. Herr Hanau (Zürich): Demonstration von durch Ueberimpfung künstlich erzeugten Carcinomen. Herr Quinke (Kiel): Ueber Luftschlucken. Herr Detweiler (Faltenstein): Demonstration eines Tagchenfläschchens für Hustende. Herr S. Krause (Berlin): Ueber die Erfolge der neuesten Behandlungsmethoden der Keblstückerulose. Herr Friedr. Müller (Berlin): Stoffwechseluntersuchungen bei Carcinomtrinken. Herr M. Friedländer (Leipzig): Rheumatismus und Gelenkschmerz. Herr Krehl (Leipzig): Untersuchungen über den Druckabfall in den Herzhöhlen und den Arterien. Herr Adamkiewicz (Krakau): Ueber Pachymeningitis hypertrophica des Rückenmarkes. Herr Heinr. Rehn (Frankfurt a. M.): Eine neue Form von hämorrhagischer Diathese im ersten Kindesalter mit vorwiegend subperiostealen Blutergüssen: die irrig sogenannte acute Nephritis. Herr S. Leo (Berlin): Zur Pathologie des Diabetes mellitus. Herr Dehio (Dorpat): Experimente über die Entstehung des vesiculären Athnungs-Geräusches mit Demonstrationen. Herr Vitten (Berlin): Ueber Erkrankung des Plexus brachialis in Folge von CO-Vergiftung. Derselbe: Beiträge zur Pathologie der Nervenarterien. Herr Finkelnauer (Worm): Ueber baderfähige Verdrüsenungsverhältnisse der Tuberkulose in Deutschland, mit Demonstrationen. Herr Schaaf (Eltville): Ueber den Niedriger Sprudel. Herr Landau (Berlin): Ueber Nephrorrhaphie.

Genauere Nachbildungen der Glasfenster im Chor des Domes zu Erfurt sind durch ein Legat des im vorigen Jahre in Breslau vertretener Ges. Regierungsraths Drechs jetzt in der Besitz des Architekturvvereins übergegangen. Dieselben umfassen rund 300 Blatt großer, etwa einen Meter hoher Zeichnungen in Feder- und Tuschenmanier, wobei alle

Farben treu nach den Originalen eingetragen sind. Die alten Fenster des Chores, wovon sich sehr schöne Theile erhalten hatten, entstammten nach den Untersuchungen von Loy der Mitte des 14. Jahrhunderts. Vor etwa hundert Jahren wurden dieselben theilweise durch weiße GlASFenster ersetzt, während ein anderer Theil der Zerstörung anheimfallen mußte. Unter Drechs's Fürsorge, welchem nächst Solter ein großes Verdienst an der Wiederherstellung des Domes zugeschrieben werden muß, wurde der Chor u. a. auch wieder mit Glasmalereien ausgeschmückt. Die zahlreichen sorgfältigen Nachbildungen, die großentheils nach der Vollendung des Ausbaues entstanden sind, befinden sich in drei großen flachen Kästen, die das Studium der Einzelheiten erleichtern. Sie umfassen im Ganzen sieben Fenster, die mit figürlichen und ornamentalen Darstellungen bedeckt sind.

Handels-Zeitung.

z. Oder-Hafenverkehr. Der Hafenverkehr an den Wasser-Umschlagstellen bei Pöpelwitz und am Oderthor-Bahnhof ist gegenwärtig ein ungemein starker. Es gelangen jetzt durchschnittlich täglich an allen drei Hafen-Anlagen zusammen über 200 Wagen zur Verladung, von denen der weitaus grösste Theil auf Kohle entfällt. Demnächst kommen Getreide, Zucker, Erze, Steine, Holz u. s. w. in geringeren Quantitäten zur Verladung. In Folge des starken Kipperverkehrs hat sich in den letzten Tagen auch der Bedarf an Kohlenwagen ganz wesentlich gesteigert.

• Comptoir d'Escompto. Die „Revue Economique“ berichtet, das Comptoir hatte nicht nur den europäischen Kupferminen Contracte garantirt, sondern auch 18 aussereuropäischen, auf zusammen 470 000 Tonnen zu 70 Pfd. Sterl., wovon 300 000 Tonnen noch zu übernehmen sind. Es handelt sich also um einen Werth von 21 Millionen Pfund Sterling oder 525 Millionen Francs.

• Preussische Centralbodenredit-Actien-Ges., Berlin. Von den 5proc. und 4 1/2proc. mit 110 pCt. rückzahlbaren Obligationen wurden, dem Bericht pro 1888 zufolge, im Juni 4 1/2 Mill. M. und im December weitere 7 Mill. M. in 3 1/2proc. convertirt. Die Verwaltung hofft, in nicht ferner Zeit die Beseitigung des letzten Restes dieser Obligationen, welche einer überwundenen Wirthschaftsperiode angehören, durchführen zu können. Eine Kündigung 4proc. Obligationen über die planmäßige Amortisation hinaus habe die Direction nur insoweit eintreten lassen, als die seitens der betr. Hypothekenschuldner beantragte Herabsetzung der Hypothekenzinsen dazu nöthige, die 4proc. Obligationen durch 3 1/2proc. zu ersetzen. Entgegen einem auftretenden Gerücht erklärt die Direction, dass sie nicht beabsichtige, aus lediglich finanziellen Gründen, die 4proc. Obligationen durch 3 1/2proc. zu ersetzen. Indess erscheine Angesichts der fortgesetzt beantragten Herabsetzung der Zinsen höher verzinslicher Amortisations-Capitalien auf 3 1/2 pCt. als eine geschäftliche Nothwendigkeit, zu gelegener Zeit einen entsprechenden Umtausch 4proc. Obligationen in 3 1/2proc. vorzunehmen. Für denselben sollen aber vorerst nur ältere Emissionen der 4proc. Anleihe in Betracht kommen. In 1888 hat sich die Summe der ausstehenden Hypotheken-Darlehen von 215,67 Mill. M. auf 234,34 Mill. M., also um 18,66 Mill. M. (1887 5,76 Mill. M.) erhöht. Gleichzeitig ist der Betrag der Communal-Darlehen von 8,14 Mill. M. auf 12,30 Mill. M. gestiegen. Von den Ende 1888 nach Abzug der Zinsrückstände verbleibenden 233,43 Mill. M. Hypotheken im ursprünglichen Nominalbetrag von 236,45 Mill. M. entfallen 109,69 Mill. M. (1887 109,88 Mill. M.) auf die Beleihung von Liegenschaften und 126,76 Mill. M. (1887 107,82 Mill. M.) auf Beleihung von Gebäuden. Das Verhältniss der kündbaren zu den unkündbaren Darlehen, welches sich Ende 1887 wie 1 zu 7 1/2, bedürftig hatte, stellt sich jetzt ungefähr wie 1 zu 6 1/2, da die kündbaren Darlehen, welche in der Regel auf 15 Jahre fest gegeben sind, von 25,49 Mill. M. sich auf 32,87 Mill. M. erhöht haben. An Substantionen war die Bank in 40 Fällen (1887 36) und an Zwangsverwaltungen in 67 Fällen (1887 84) beteiligt. An 4proc. Obligationen sind in 1888 1,70 Mill. M. und an 3 1/2proc. 19,34 Mill. M. ausgegeben. Von letzteren sind jetzt 74,25 Mill. M. in Umlauf, von 4proc. Obligationen 137,42 Mill. M., von 4 1/2proc. 9,49 Mill. M. und von 5proc. 3,21 Mill. M. Die Ausgabe für Obligationen-Zinsen hat sich von 8 214 138 M. auf 8 447 857 M. erhöht. Aus dem Gewinn für 1888 wird der gesetzliche Reservofonds durch Zuweisung von 75 789 M. auf 208 421 M. erhöht, der statutarische Reservofonds bleibt mit 1 059 298 M. unverändert. Die Actionäre erhalten, wie bereits mitgetheilt, 9 1/2 pCt. (1887 8 1/2 pCt.) Dividende, wonach sich der als Dividenden-Reserve dienende Vortrag auf neue Rechnung von 600 261 M. auf 701 379 M. erhöht. Die Erhöhung dieses Fonds beantragt die Verwaltung unter Hinweis auf die nothwendig werdende Verstärkung des eingezahlten Grundcapitals.

• Die Raab-Grazer Loose in Oesterreich verboten. Durch das neue österreichische Loosgesetz wird, nach dem „B. T.“, auch ein Loos von dem Verkehre in Oesterreich ausgeschlossen, welches auf österreichische Währung lautet und dem eine österreichisch-ungarische Eisenbahn als Pfand dient. Es sind dies die 4 1/2 Loose der Raab-Grazer Eisenbahn (ungar. Westbahn). Diese Loose wurden im Jahre 1871 von Administrations-Comptoir für europäische Eisenbahnertheile in Amsterdam emittirt und werden deshalb in Oesterreich als ausländisches Privatloos behandelt. Das Amsterdamer Comptoir übernahm damals 90 000 Stück Prioritäts-Obligationen I. Emission der ungarischen Westbahn im Nominalbetrag von 18 Millionen Gulden und emittirte auf Grund dieser Titres 120 000 vierprocentige Loose, lautend auf einen Nominalbetrag von 100 Thalern gleich 150 Fl. ö. W. gleich 175 holländischen Gulden und süddeutscher Währung. Die Annuitäten, welche auf die deponirten 180 000 000 Fl. in Prioritäts-Obligationen entfallen, sind ausschliesslich zur 4procentigen Verzinsung der Prämien-Antheilsscheine und zur Rückzahlung des Capitals nebst Prämien im Wege der Verloosung bestimmt. Die Anzahlung der Zinsen und der Treffer erfolgt in Silber österreichischer Währung. Der Verkehr in diesen Loosen, welche in Amsterdam emittirt sind, war in Oesterreich auch bisher nicht gestattet. Indess bestand in Wien seit jeher eine officiële Zahlstelle für die Coupons und Treffer, offenbar mit Rücksicht auf den Zusammenhang der Loose mit einer österreichisch-ungarischen Eisenbahn-Gesellschaft. Diese Zahlstelle war ursprünglich die Franco-österreichische Bank und später die Creditanstalt. Gegenwärtig ist sogar die Oesterreichische Creditanstalt überhaupt die einzige Zahlstelle für diese Loose, da sämtliche ausländische Zahlstellen allmählig aufgehoben wurden. Das Administrationscontoir für europäische Eisenbahnertheile in Amsterdam wurde seiner Zeit von den Firmen Lippmann, Rosenthal u. Co., Wertheim u. Gomperts, S. Raphael u. Co. und Anderen gebildet.

• Zur Insolvenz van der Taelen in Antwerpen wird der „V. Z.“ geschrieben: Die Gläubiger setzten einen Ausschuss zur Regulirung der Masse ein. Wenn es auch noch in keiner Weise abzuschätzen ist, welches Ergebnis die Liquidation ergeben wird, so herrscht doch Einmüthigkeit darüber, dass alle Forderungen auf gutlichem Wege regulirt werden sollen, also eine Fallitklärung nicht erfolgt. Man erwartet, dass die ausländischen Gläubiger diesem Beschlusse beitreten werden. Aus dem Berichte des Ausschusses geht hervor, dass Ferdinand van der Taelen seit September v. J. an Differenzen in Newyork 1 1/2 Millionen Francs gezahlt hat. Die Hauptgläubiger sind Nicolopulo mit 1 600 000 Francs, Constant Janssens mit 767 000 Francs, Bank De Wolf mit 434 000 Francs, Banque Centrale 306 000 Francs, Antwerpener Bank mit 204 000 Francs, Bank Eyron d u. Co. mit 140 000 Francs und Best mit 180 000 Francs.

• Stonerfreie 4 1/2proc. ungarische Staats-Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1889. Auf Grund des Gesetz-Artikels XXXII vom Jahre 1888 erfolgt die Emission dieser Anleihe im Gesamtbetrage von 182 Mill. Gulden österr. Währ. in Gold. Die erste Emission im Januar d. J. belief sich auf 130 Millionen und die zweite Emission beträgt 52 Millionen Gulden; von letzterer gelangen jetzt 30 Millionen Gulden = 60 750 000 Mark = 75 Millionen Francs zur Subscription. Hinsichtlich der Steuerfreiheit, der Verzinsung und der Tilgung der Schuldverschreibungen für die I. Emission, dem im Inseratentheil befindlichen Prospecte zufolge, dieselben Bestimmungen, wie sie zur Zeit für die I. Emission gelten haben. Die Subscription auf den vorgenannten Theilbetrag findet vom Tage der Veröffentlichung des Prospects bis einschliesslich den 15. April d. J. bei den daselbst genannten Stellen statt. Die Zeichnungen zum Umtausch der gleichfalls im Prospect bezeichneten Anleihen werden unbedingt berücksichtigt. Für die Zeichnungen gegen baar ist der Subscriptionspreis auf 98 1/4 pCt. zuzüglich Stückzinsen vom 1. Februar d. J. bis zum Tage der Abnahme festgesetzt worden. In Bezug auf die näheren Details verweisen wir wiederholt auf den im Inseratentheil befindlichen Prospect.

Statt jeder besonderen Meldung.
Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an [5778]
Hermann Karger und Frau
Lina, geb. Schönwald.
Breslau, 9. April 1889.

Die glücklich erfolgte Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen ergebenst an [2112]
J. Knoche und Frau.

Am 7. d. Mts. verschied nach langen, schweren, in Geduld ertragenen Leiden unsere liebe Freundin, die Frau des Herrn Präsidenten des Post-Vereins zur Erholung,
Frau Auguste Schulz.
Ihr freundlich liebevoller Charakter sichert ihr ein bleibendes Andenken. [5749]
Die Frauen der Mitglieder des Post-Vereins zur Erholung.

Heut Mittag verschied nach langen schweren Leiden unser heissgeliebter Gatte, Vater, Grossvater, Bruder und Onkel, der Particulier [5747]

Elkan Marcus.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme an
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Waldenburg, Breslau, Dresden, Berlin,
8. April 1889.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 3 Uhr.

Heute starb nach kurzem Leiden unser guter Vater, Grossvater und Schwiegervater, der Kaufmann [4405]

Pinkus Pinkus

in Gleiwitz, was Freunden und Bekannten hierdurch mittheilen
Die trauernden Hinterbliebenen.

Gleiwitz, Kattowitz, Berlin und Langendorf OS.,
den 6. April 1889.

Gestern Abend 8 Uhr verschied nach langem, unsäglichem, mit seltenem Muth und Gottergebenheit ertragenem Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere gute Schwester

Pauline Müller, geb. Schwarz,

im 52. Lebensjahre.

Berlin, den 8. April 1889. [1551]

Im Namen der Hinterbliebenen
Carl Müller,
Versicherungsbeamter.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, dass heute Abend unser innigst geliebter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel,

Herr Leopold Apfel,

nach kurzem Leiden im 71. Lebensjahre sanft verschieden ist.
Mannheim, Frankfurt a. M., Leipzig, London, 7. April 1889.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielfachen Beweise wohlwollender Gesinnung, Liebe und Freundschaft, für die kostbaren Angebinde und Blumen-spenden, welche mir anlässlich meines am 3. dieses stattgefundenen **50 jährigen Geschäftsjubiläums** von Nah und Fern, von meinen Mitarbeitern, Verwandten, Geschäfts- und persönlichen Freunden zu Theil geworden sind, fühle ich mich verpflichtet, hierdurch Allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen. [5730]

Marie Jungmann,
in Firma **W. Jungmann.**

JOHANN HOFF'S Malz-Kräuter-Seife zur Verschönerung des Teints und Stärkung der Muskeln.

Anerkannt wirksamstes Präparat zur Stärkung der Muskeln und Conservirung der Haut.

Ich habe die Johann Hoff'sche Malzkräuter-Toilettenseife angewendet und stets sehr gute Erfolge erzielt. Dieselbe hat in ausgezeichneter Weise die Fehler der Haut (Milchesser) corrigirt und einen feinen Teint erzeugt.
Dr. Weinzierl,
Königlicher Oberarzt des Invalidenhauses in Stolp i. Pr.

Die Johann Hoff'sche Malzkräuter-Toilettenseife ist eines der besten Fabrikate der Neuzeit; sie wirkt auf schwache Muskeln ungemein kräftig ein. Längere Zeit angewandt entfernt dieselbe Flechten, Sommerprossen, Hautpickeln und macht spröde Haut wieder glatt.
Dr. Siatz, Königlicher Stabsarzt in Posen i. Schl.

Seine Königliche Hoheit der Landgraf Alexis von Hessen-Philippsthal bei Ertheilung des Hoflieferantenwappens: „In Ansehung des Beifalls, den Ihre Malzpräparate gefunden...“
An Herrn **Johann Hoff,** Hoflieferant der meisten Fürsten Europas, in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Preise ab Berlin: 1 Stück Malz-Kräuter-Seife à 50 Pf., à 75 Pf., à 1 Mk., bei Entnahme von 6 Stück Rabatt. — Malz-Pomade à 1 1/2 und à 1 Mk. Unter 3 Mk. keine Versendung.

Verkaufsstellen in Breslau: **Erich & Carl Schneider,** Schweidnitzerstr. 13/15, **S. G. Schwartz,** Ohlauerstr. 4, **Ed. Gross,** Neumarkt 42, **Traugott Geppert,** Kaiser Wilhelmstr. 13, **Carl Sowa,** Neue Schweidnitzerstr. 5, **Schindler & Gude,** Schweidnitzerstr. 9, **Erber & Kalinke,** Ohlauerstr. 34. [4408]

JOHANN HOFF'S Malz-Pomade befördert den Haarwuchs und reinigt die Kopfhaut.

Anerkennung. Breslau: **Ihr Motten-Lineol** hat d. groß. Vorz., daß es nicht so unangenehm riecht u. sich wirkt. Fr. Commerz.-R. Ph. Nur acht bei **E. Stoerner Nachf. F. Hoffschildt,** Ohlauerstr. 24/25.

Schulbücher,
in dauerhaften, wohlfeilen Einbänden.
H. Scholtz,
Buchhandlung
in
Breslau, Stadttheater.

Schulbücher
in dauerhaften, wohlfeilen Einbänden für alle hiesigen **Lehranstalten** in der Buchhandlung
P. Schweitzer
Neue Schweidnitzerstr. 3
Kronen-Apotheke.

Schulbücher.
Alle in den hiesigen Lehranstalten eingeführt und empfohlenen **Schul- u. Wörterbücher, Atlanten etc.** halten wir in schönen und dauerhaften Einbänden in grosser Anzahl vorrätig. [4333]

Schletter'sche Buchhandlung
(Franck u. Weigert),
Schweidnitzerstr. 16/18.

Schulbücher
dauerhaft gebunden, vorrätig bei
Max Nessel,
Neue Schweidnitzerstr. 1,
Eingang Schweidn. Stadtgraben,
neben Gebrüder Bauer.



Modell-Hüte. Eleg. garnirte Damen- und Mädchen-Stroh- und Spitzen-Hüte, sowie ungarisirte Strohhüte jeden Genres in größt. Auswahl zu anerkannt billigsten Preisen. Strohhüte werden modernisirt und für 50 Pf. garnirt.
Band, Spitzen, Blumen und Federn zu Spottpreisen. [4056]

M. Liebrecht,
nur Ohlauerstr. 40, nach d. Taschenstr.
Strohhut-Fabrik,
größtes Special-Verlagsgeschäft.

Sehr günstige Gelegenheit!
Zurückgesetzte Teppiche
in allen Genres, abgepasst und in Rollen, neueste Farbenstellungen,
Läuferstoffe per Meter von 40 Pf. an,
Tischdecken,
Wachstuchläufer, Reise- und Pferddecken etc. in reichhaltigster Auswahl zu enorm billigen Preisen.

Korte & Co.,
Teppichfabrik-Lager,
Breslau, Ring 45, 1. Et.

Damenpug-Anfertigung.
Nach den neuesten Modellen, die zur Ansicht bereit stehen, fertige ich **Damenhüte geschmackvoll** an und bitte um geehrte Aufträge. [5743]
Julie Bermann,
Möbilst., Neuschest. 50, II. Et.

F. Welzel,
Nr. 42, Ring Nr. 42,
Ede Schmiedebrücke, 1. Et., empfiehlt sein reichhaltiges Lager nach neuesten Systemen gebauter **Pianos u. Flügel** in anerkannt vorzüglicher Güte zu billigsten Fabrikpreisen. Gute gebrauchte Instrumente sind stets vorrätig. Ratenzahlungen angenommen.

Neue aparte Façons
in [4426]
Regenmänteln, Jaquetts, Visites, Promenads
empfiehlt in großartiger Auswahl zu billigen — aber festen Preisen
Herrmann May,
Schweidnitzerstr. 3 u. 4 (Ede Junfernstr.), 1. Stg.

!!!! Spottbillig!!!!
!! Damenschneiderei !!
Schweissblätter, Paar 18, 20, 25 Pf.,
Tailenstäbe, Duzend 13 Pf.,
Gürtband, Meter 3, 5, 8, 10 Pf.,
Futtergaze, Meter 25, 30 Pf.,
Stosskante, Meter 50, 60, 70, 80 Pf.,
Tailenkörper, Meter 45, 50, 60 Pf.,
Knöpfe, Duzend 10, 15, 20, 25 Pf.,
Soutache, 50 Meter 75 Pf.,
Präsidentenlitze, 25 Meter 1 Mk.,
Goldensätze, 80 Pf., 1,00, 1,50 Mk.,
Kleiderbesätze, 30, 40, 50, 80 Pf.
!! Spottbillig!! Spottbillig!!
Albert Fuchs,
Hofl., [4375]
49 Schweidnitzerstr. 49.

Möbelstoffe, Gardinen, Möbel-Plüsch, Portièren, von 4,75 Mk. an,
Teppiche

in echt Tournay, echt Brüssel und Tapestry, abgepaßt und in Rollen zum Belegen ganzer Zimmer.

Rixdorfer Linoleum, bestes Fabrikat. [5346]
Läuferstoffe etc., infolge geringer Spesen **sehr billig.**
Muster nach auswärts versende franco.

Julius Aber,
Ring 51, 1. Etage.

Reelle unverfälschte Bettfedern.

(Garantirt neu, ohne Zusatz von Schwerspath etc.)
Preise für das Zoll-pfund.
Domestiken-Schleiss-Federn 1,50 u. 2 Mk
Mittel-Schleiss, weich 2,50 u. 3 „
Prima-Schleiss, sehr daunenreich 4 u. 5 „
Luxus-Schwanen-Schleiss . 6 „
Halbweisse Daunen, sehr weich 5,50 „
Grossflocken-Daunen, leicht und ausgiebig . 6 u. 7,50 „
Allerfeinste Schwanen-daunen 8-10 „
Isländische Eider-daunen 25 u. 33,50 „
Grönländische Eider-daunen 36,00 „

Unsere Federn werden in eigens dazu construirten Behältern, deren Bodenaus Drahtgeflecht besteht, aufbewahrt, so dass selbst der geringste Staub aus denselben herausfallen muss und nur die reine reelle Feder zum Verkauf kommt. [4410]

Fertige Betten, Matratzen, Keilkissen in nur reeller Waare in grösster Auswahl.
Abtheilung f. Bettwaaren
Julius Henel
vorm. C. Fuchs,
k. k. u. k. Hoflieferant,
Breslau, am Rathhause 26.

Gelegenheitsdichter
empf. sich u. erb. Off. sub Z. 201 Bresl. B.

Von
Paris
zurückgekehrt, empfehlen unsere
„großartigen Neuheiten“
in [4430]
Woll-
und
Seiden-Stoffen.

Limousine,
reine Wolle,
doppelt breit, Mk. 1 3/4 per Meter.

Sittner & Lichtheim,

Hoflieferanten,

Schweidnitzerstr. 7/8.

„Pilsner Bier“
aus der

Ersten Pilsner Actienbierbrauerei
eingeführt in Schlesien im October 1873,
empfohlen durch [1881]

die meisten Badeärzte in Carlsbad, Franzensbad, Meran etc., zu beziehen in Fässern und Flaschen durch das ausschliesslich autorisirte Haupt-Depôt für die Provinz Schlesien

M. Karfunkelstein & Co.

Hoflieferanten,

Breslau, Schmiedebrücke 50.
Stadt-Fernsprechstelle Nr. 87.

Müller & Baron,
Ohlauerstr. 8, 1. Etage.

!! Teppiche !! !! Teppiche !!
Sämmtliche Neuheiten sind in größter Auswahl eingetroffen und empfehlen wir außerdem [3865]

Gardinen und Uebergardinen in den neuesten Erscheinungen zu billigsten, aber streng festen Preisen.
Möbelpflüsch
werden wegen Aufgabe dieses Artikels zu ganz überraschend billigen Preisen anverkauft.

Müller & Baron,
Ohlauerstr. 8, 1. Etage,
en gros Teppich-Fabrik-Lager en detail.

PROSPECTUS.

Königreich Ungarn.

Steuerfreie 4 1/2 % Staats-Eisenbahn-Anleihe

vom Jahre 1889

Zinsen und Capital zahlbar in Gold

behufs

Convertirung der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten 5 % in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen.

II. Emission Nom. 52 000 000 Gulden ö. W. Gold

= 105 300 000 Mark deutscher Reichswährung = 130 000 000 Francs,

WOVON Nom. 30 000 000 Gulden ö. W. Gold

= 60 750 000 Mark deutscher Reichswährung = 75 000 000 Francs

zur Subscription gelangen

Auf Grund des Gesetz-Artikels XXXII vom Jahre 1888 erfolgt die Emission dieser 4 1/2 % Staats-Eisenbahn-Anleihe im Gesamtbetrage von 182 000 000 Gulden österr. Währung in Gold.

Die Anleihe ist ausschliesslich zur Einlösung der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten, in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen und, soweit die Emission einen Ueberschuss ergibt, zur Tilgung von Schuldverschreibungen anderer Anleihen, für welche der Staat verpflichtet ist, zu verwenden.

Zur Sicherstellung dieser Anleihe dienen die Staats- und verstaatlichten Eisenbahnen in dem durch vorerwähnten Gesetz-Artikel bestimmten, im Prospect der I. Emission näher dargestellten Umfange.

Die II. Emission der Anleihe ist in 10 400 Serien (Nr. 26 001—36 400) von je fünfzig Schuldverschreibungen auf den Inhaber, jede zu 100 Gulden Gold = 202,50 Mark = 250 Francs, eingetheilt und wird in Abschnitten von 1, 5, 10 und 50 Schuldverschreibungen angefertigt.

Hinsichtlich der Steuerfreiheit, der Verzinsung und der Tilgung der Schuldverschreibungen gelten für die II. Emission dieselben Bestimmungen, wie für die I. Emission.

Eine verstärkte Verlosung oder Kündigung der Anleihe ist bis zum 1. Januar 1899 ausgeschlossen.

Die Zins-Coupons und verlostten Schuldverschreibungen der Anleihe sind in halbjährlichen Terminen am 1. August und 1. Februar

in Budapest bei der Königl. Ungarischen Staats-Central-Cassa,

in Wien bei der K. k. priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,

in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,

in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne,

in Paris bei dem Bankhause de Rothschild Frères,

in Brüssel bei der K. k. priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,

in Amsterdam bei A. Gansl

in Budapest bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank,

in Wien bei der K. k. priv. Oesterr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,

in Brunn, Lemberg, Prag, Triest und Troppau bei den Filialen der k. k. priv. Oesterr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,

in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,

in Frankfurt a. M. bei M. A. von Rothschild & Söhne,

in Köln bei Sal. Oppenheim jun. & Co.

unter nächstehenden Bedingungen statt.

Die Subscription erfolgt während der üblichen Geschäftsstunden

vom Tage der Veröffentlichung dieses Prospects

bis zum Montag, den 15. April d. J. einschliesslich

auf 4 1/2 % Schuldverschreibungen, für welche Obligationen der gekündigten Anleihen, nämlich der 5 % Sterling-Anleihe von

Berlin und Frankfurt a. M., im April 1889.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Bank für Handel und Industrie.

M. A. von Rothschild & Söhne.

S. Bleichröder.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

am Montag, den 15. April d. J.

1873 und der (Pfandbrief-) Anleihe für die Königlich Ungarische Gömörer Eisenbahn von 1871 in Umtausch gegeben werden, und

am Montag, den 15. April d. J.

auf 4 1/2 % Schuldverschreibungen gegen baare Zahlung.

I. Die Zeichnungen zum Umtausch werden unbedingt berücksichtigt. Mit der Zeichnung oder innerhalb 21 Tagen nach der Zeichnung, soweit eine genügende von der Umtauschstelle zu bestimmende Caution bestellt wird, müssen die umzutauschenden 5 % Obligationen mit Coupons über die laufenden Zinsen eingeliefert werden, wogegen die 4 1/2 % Schuldverschreibungen mit Coupons über die vom 1. Februar 1889 ab laufenden Zinsen ausgehändigt werden.

Bei diesem Umtausche werden die 4 1/2 % Schuldverschreibungen nach dem Nominal-Capitale von Gulden Gold in Mark deutscher Reichswährung in dem an den deutschen Börsen üblichen Verhältniss von 1 Gulden Gold = 2 Mark zum Kurse von 98 1/4 %

zusätzlich mit Mark 196,50 für je 100 Gulden Nominal-Capital

zusätzlich mit Mark 1,50 für 4 1/2 % Stückzinsen vom 1. Februar bis 31. März 1889 einschliesslich,

zusammen mit Mark 198,—

berechnet und dagegen die der Convertirung unterliegenden Obligationen

der 5 % Sterling-Anleihe vom Jahre 1873

nach dem Nominal-Capital von Sterling, 1 £ = 20 Mark gerechnet, zum Kurse von 102,30 %

zusätzlich mit Mark 204,60 für je 10 £ oder 100 Gulden Nominal-Capital

zusätzlich mit Mark 2,50 für 5 % Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. März 1889 einschliesslich,

zusammen mit Mark 207,10

der 5 % (Pfandbrief-) Anleihe für die Königlich Ungarische Gömörer Eisenbahn vom Jahre 1871

nach dem Nominal-Capital von Gulden Silber, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, zum Kurse von 100,30 %

zusätzlich mit Mark 200,60 für je 100 Gulden Nominal-Capital

zusätzlich mit Mark 1,67 für 5 % Stückzinsen vom 1. Februar bis 31. März 1889 einschliesslich,

zusammen mit Mark 202,27

angenommen.

Nach dieser Berechnung erhält der Zeichner den durch 100 Gulden theilbaren Nominalbetrag von 4 1/2 % Schuldverschreibungen, soweit derselbe durch den Anrechnungswert der eingelieferten 5 % Obligationen Deckung findet, während der überschüssende Betrag der letzteren von den Subscriptions- und Umtauschstellen baar beglichen wird.

In Budapest, Wien und an den übrigen Umtauschstellen der österreichisch-ungarischen Monarchie kann diese baare Begleichung auf Verlangen des Zeichners statt in Mark auch in österreichischer Währung zum jeweilig von den Umtauschstellen bekannt zu gebenden Kurse geschehen.

II. Für die Zeichnungen gegen Baar ist der Subscriptionspreis auf 98 1/4 % zuzüglich der Stückzinsen vom 1. Februar d. J. bis zum Tage der Abnahme, zahlbar in deutscher Reichswährung, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, festgesetzt.

In Budapest, Wien und an den übrigen Umtauschstellen der österreichisch-ungarischen Monarchie kann diese Zahlung statt in Mark auch in österreichischer Währung zum jeweilig von den Stellen bekannt zu gebenden Kurse geschehen.

Bei der Zeichnung muss eine Caution von 5 Procent des Nominalbetrages hinterlegt werden. Dieselbe ist entweder in Baar oder in solchen nach dem Tageskurse zu veranschlagenden Effecten zu hinterlegen, welche die betreffende Anlagestelle als zulässig erachtet wird.

Einer jeden Anmeldestelle ist die Befugniss vorbehalten bei der Subscription gegen Baar nach ihrem Ermessen die Höhe des Betrages jeder einzelnen Zuteilung zu bestimmen.

Die Zuteilung wird so bald wie möglich nach Schluss der Subscription unter Benachrichtigung an jeden Zeichner erfolgen. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird die überschüssende Caution unverzüglich zurückgegeben.

Der Zeichner hat die zugetheilten Schuldverschreibungen mit Coupons über die Zinsen vom 1. Februar 1889 vom 25. April d. J. ab, spätestens am 25. Juni d. J., abzunehmen. Nach vollständiger Abnahme wird die auf den zugetheilten Betrag hinterlegte Caution verrechnet bzw. zurückgegeben.

Anmeldungen auf bestimmte Abschnitte der 4 1/2 % Staats-Eisenbahn-Anleihe können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies nach Ermessen der Zeichnungsstelle mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich ist.

Bis zur Fertigstellung der definitiven Stücke werden von dem Königlich ungarischen Finanzministerium einheitlich ausgestellte Interimsscheine ausgegeben, gegen deren Einlieferung in Gemässheit näherer Bekanntmachung die definitiven Stücke ausgehändigt werden.

Die von den österreichisch-ungarischen und deutschen Anlagestellen auszugebenden Interimsscheine und definitiven Stücke der 4 1/2 % Schuldverschreibungen sind mit dem deutschen Reichsstempel versehen. Bei den deutschen Stellen können nur 5 % Obligationen eingeliefert werden, welche den deutschen Stempel tragen.

Anmeldungsformulare zur Zeichnung gegen baare Zahlung wie zum Umtausch von 5 % Obligationen können von allen vorgenannten Subscriptionsstellen kostenfrei bezogen werden.

Bekanntmachung. In der Tlechner'schen Zwangsversteigerung von Grundbuch Nr. 7 Freiburg werden, nachdem der Antrag zurückgenommen, die Termine am 15. und 16. April 1889 aufgehoben. [4415] Freiburg i. Schl., den 6. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht.

Concursverfahren. In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Scheer zu Oppeln, alleinigen Inhabers der Firma Sowa & Scheer, ist in Folge eines von dem Gemein-schuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf den 7. Mai 1889, Vormittags 9 Uhr, vor dem Königlichlichen Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 12 des neuen Justizgebäudes, anberaumt. Oppeln, den 5. April 1889. gez. Burghardt, Gerichtsschreiber des Königlichlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung. In unser Firmenregister ist heute bei Nr. 1 das Erlöschen der Firma Julius Goldstein zu Ramslau (Inhaber Kaufmann Julius Goldstein) und bei Nr. 113 das Erlöschen der Firma Theodor Ernst zu Ramslau (Inhaber Kaufmann Theodor Ernst) auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. März 1888 von Amtswegen eingetragen worden. Ramslau, den 6. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht IV.

Bekanntmachung. In unserm Firmenregister ist heute der Uebergang der unter Nr. 207 eingetragenen Firma

O. Lonsky in Frankenstein an den Kaufmann Ludwig Seibt vermerkt, die Firma unter Nr. 207 gelöscht und unter Nr. 314 die Firma Ludwig Seibt

vormalis O. Lonsky, als Ort der Niederlassung Frankenstein und als Inhaber der Kaufmann Ludwig Seibt in Frankenstein eingetragen worden. Frankenstein, den 6. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung. In unser Procurenregister ist unter Nr. 19 die von der Brüdergemeinde zu Gnadenfeld als Inhaberin der Firma

Gnadenfelder Maschinenfabrik und Eisengesserei

zu Gnadenfeld, Nr. 81 des Firmenregisters, dem Buchhalter Moritz Masten zu Gnadenfeld erteilte Procura zufolge Verfügung vom 29. März 1889 am 30. März 1889 eingetragen worden.

Göfel, den 30. März 1889. Königlichliches Amts-Gericht. Abtheilung V.

Bekanntmachung. In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 183 die Firma Rud. Rütgers Chemische Fabrik für Theer-producte

zu Ober-Heubitz und als deren Inhaber der Ingenieur Rudolf Rütgers zu Berlin am 5. April 1889 eingetragen worden. [4418] Königshütte, den 5. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung. Die in unserm Firmen-Register unter Nr. 110 eingetragene Firma Carl Riesenfeld

ist gelöscht. [4419] Königshütte, den 1. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht.

Concursverfahren. Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Leon Antaszek

in Weichen, jetzt in Gnesen, wird nach erfolgter Abhaltung des Schluss-termins hierdurch aufgehoben. Weichen, den 5. April 1889. Königlichliches Amts-Gericht.

Die Töpferarbeiten für den Rathhausneubau sind zu vergeben. Offerten sind bis zum 17. April c früh 11 Uhr,

einzureichen. Bedingungen liegen im Bureau aus und werden event. gegen Ein-sendung von 1 Mark abgegeben. Glab, den 5. April 1889. Der Magistrat.

Ich bin befreit von den lästigen Sommersprossen durch den täglichen Gebrauch von Bergmann's Lillienmilch-Seife.

Vorrätig: Stück 50 Pf. bei S. G. Schwartz, Ohlauerstr., und Wllh. Ermler, Schweidnitzerstrasse. [0331]

Verlangen Sie ausdrücklich:
Savon de la jeunesse (Seife) und Tinctur gegen unreine gelbe Haut, Sommerprossen, rote Flecken. (Zur Verschönerung der Hautfarbe längst bewährt.) [0232]
Alabaster-Crème u. Weiße der Haut. Damen, welche sich dieses ausgezeichneten Mittels bedienen, werden dadurch den Glanz der Schönheit und die Frische der Jugend für alle Zeit bewahren.
F. Kuhn, Parf., Nürnberg. Hier nur allein bei **E. Gross, Neumarkt 42.**

Reellen Hausbesitzern
 bietet sich Gelegenheit, für 1. pupill. Hypotheken auf beliebig lange Jahre den Zinsfuß von 4 resp. 3 1/2 pCt. sich zu sichern. Näheres bei [5543]
S. Tropolowitz, Feldstraße 6. (1-4.)

Bekanntmachung.
 Das der **Stadtgemeinde Strehlen** in Schlessien gehörige **Rittergut Mückendorf** nebst Brennerei mit einem Flächeninhalt von 308 ha 93 ar, worunter sich befinden 257 ha 17 ar 20 qm Acker und 32 ha 55 ar 60 qm Wiese und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 7762,59 M. soll auf einen Zeitraum von 18 Jahren, d. h. vom 1. Juli 1890 bis 30. Juni 1908 bestbietend verpachtet werden.
 Zu diesem Zwecke ist Termin auf
den 30. April 1889, Vormittags 10 Uhr,
 in dem rathhäuslichen Sitzungszimmer hier selbst angesetzt.
 Schriftliche Angebote werden vorher angenommen, in diesem Termin geöffnet und die öffentliche Licitation vorgenommen. Das Mindestgebot ist auf 17 000 Mark Jahrespacht festgesetzt. Der Zuschlag unter den Bietern bleibt vorbehalten. Die Pachtbedingungen sind in unserem Bureau, Zimmer Nr. 3, einzusehen, können auch auf Wunsch abschriftlich gegen Erstattung der Schreibgebühren mitgeteilt werden.
 Die Besichtigung des zu verpachtenden Gutes ist gestattet und zwar nach vorheriger Anzeige bei uns, bezw. dem gegenwärtigen Pächter Herrn **Bohrisch.**
 Bemerkt wird, daß das Rittergut Mückendorf etwa 6 Kilometer von Strehlen entfernt an der Strehlen-Grottauer Chaussee liegt und daß an demselben die Strehlen-Grottauer Eisenbahn vorüberfährt wird.
Strehlen, den 26. Februar 1889. [1427]

Magistrat.
Socius
 Zur Vergrößerung eines nachweislich lucrativen, seit mehreren Jahren bestehenden Fabrikations-Geschäftes engros wird ein thätiger Socius mit 30 000 M. Capital gesucht. — Branchenkenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung. Off. sub C. Z. 75 an die Exped. der Bresl. Stg. [5760]

Ein fein gebildetes Fräulein, nicht zu jung, das in Sprachen besonders tüchtig ist, zu 4 Mädchen von 12 bis 18 Jahren als Lehrerin und Gesellschafterin für die Nachmittagstunden. Damen, die im Auslande waren, werden bevorzugt. Adressen erbeten J. B. 95 Briefl. der Bresl. Stg. [5740]

Matjes-Heringe, neue reife wohlschmeckende **Malta-Kartoffeln** empfiehlt [4431] von neuen Sendungen billigst
Carl Joseph Bourgarde, Schuhbrücke Nr. 8.

Grosse fetzte zarte Matjes-Heringe, Malta-Kartoffeln, bei 5 Pfd. à 18 Pf. [5775]
Carl Sowa, Neue Schweidnitzerstr. 5.

Ein fein Grundstück mit Garten, Schweidnitzerthor, mit einer Hypothek à 4 1/2 pCt. u. 3000 M. Ueberbisch zu verk. Selbstresl. Näb. Briefl. der Bresl. Stg. unter F. G. 71.

Ein größerer Provinzialstadt Schlesiens ist das beste, renommierteste **Wäsche-Geschäft** mit Grundstück unter guten Bedingungen auf bald oder später zu verkaufen. Franco-Offerten unter G. 92 an die Exped. der Bresl. Stg. [5760]

Ein sehr altes Speccereiwaaren-Geschäft in Breslau, verbunden mit vollem Ausschank, in vorzügl. Lage, sehr geeignet f. Destillateure, mit alter, fester Kundschaft, darunter viel v. Lande, ist Familienverhältnis halber sofort bei bill. Miethse verkäuflich, und werden Off. unter P. 430 durch die Annoncen-Exp. von **Rudolf Woffe, Breslau,** erbeten.

F. Kaufleute u. Destillateure
 Ein sehr altes Speccereiwaaren-Geschäft in Breslau, verbunden mit vollem Ausschank, in vorzügl. Lage, sehr geeignet f. Destillateure, mit alter, fester Kundschaft, darunter viel v. Lande, ist Familienverhältnis halber sofort bei bill. Miethse verkäuflich, und werden Off. unter P. 430 durch die Annoncen-Exp. von **Rudolf Woffe, Breslau,** erbeten.

Fette Puten, fette Gänse, Enten, Kapannen, bekannt gutes Gänsefett, Mäzses, Vork, div. Compost off. billigt
Kretschmer, Carlspas 1. Wohnung Antonienstraße 33.

Blutapfelsinen, das Duzend v. 40 Pf. an, empfiehlt
Jacob Sperber.

Wiener Wazzes aus Kaiser-Auszugsmehl, auch gewöhnliche Wazzes, Packete à 5 und 10 Pf., verkauft und versendet
Salomon Markiewicz, 2 Antonienstraße 2.

Große Posten Strümpfe billig zu verkaufen. Off. unt. P. 8. 1 Exped. der Bresl. Stg. [5764]

Mehrere Orbst Prima-Kirschsaft hat abzugeben
Berthold Graetz, Destillateur, Böwen i. Schlessien.

Butter! Butter! Die Dampfmoleserei Laichingen (Schwäb. Alb) liefert hochf. Süßrahm-Tafelbutter, nur eigenes Erzeugniß, in Postfässchen von 8 Pfund Inhalt, gefalzen oder ungesalzen, für M. 9,60 gegen Einzahlung oder Nachnahme. [0219]
 Bei größeren Bezügen entsprechende Ermäßigungen.

Kappler Bündlinge empfiehlt in täglich frisch geräucherter Waare zum billigsten Tagespreise
J. H. Siemsen, [1737] Kappeln a. Schlei.

Eine Partie gebrauchtes eisernes Gartenmobilair wird zu kaufen gesucht. Off. sub M. G. 99 Briefl. der Bresl. Stg. [5758]

Zuckerrübensamen in allen zuckerreichsten Sorten, Güte und erster Nachbau, sowie Zuckerrübensamen unter Garantie der Keimfähigkeit offerirt billigst
Louis Starke, Junkernstr. 11.

Dr. Spranger'sche Magen-tropfen helfen sofort Magenkrampf, Aufgetriebensein, Verschleimung, Magen säure, sowie überhaupt bei allerlei Magenbeschwerden und Verdauungsstörung. Machen viel Appetit. Gegen **Sarveidigkeit u. Samorhoidaliden** vortrefflich. Bewirken schnell und schmerzlos offenen Leib. Zu haben i. d. Apotheken à Fl. 60 Pf.

Eine tüchtige Verkäuferin kann sich bei hohem Salair zum sofortigen Antritt melden.
Hugo Glücksmann, Schweidnitzerstr. 36, 1. Etage.

Matjes-Heringe, hochfein conservirt, à Stück 15 Pf., **Ural-Caviar,** à Pfd. 4 Mark, [5646] größte Auswahl von geräuch. u. marinierten Fischwaaren und Conserven.
C. Boguslawski, Gartenstr. 19 (Kiebitsch-Stubliff.).

Regulatoruhren, Schlagw., bill. z. verk. Weidenstr. 19, 1 Tr. Vogel.

Stellen-Anerbieten und Gesuche. Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine gepr. kath. Lehrerin, muß f. l. f. für 2 Kinder von 7 und 9 Jahren zum 1. Mai gesucht. Zeugnißabschr., Gehaltsanpr., sowie Photographie erbittet [4406]
Paul Sobtzieck, Dom. Brzezie b. Ratibor.

Gesucht ein fein gebildetes Fräulein, nicht zu jung, das in Sprachen besonders tüchtig ist, zu 4 Mädchen von 12 bis 18 Jahren als Lehrerin und Gesellschafterin für die Nachmittagstunden. Damen, die im Auslande waren, werden bevorzugt. Adressen erbeten J. B. 95 Briefl. der Bresl. Stg. [5740]

Ein Kinderg., mus., mit vorzügl. Zeugnissen f. Nachmittagsstell. Off. unt. M. P. 97 Briefl. d. Bresl. Stg.

Eine anständige Frau, welche die Glanzplätterei gut versteht, wird als Wirthin bei einem einzelnen Herrn gesucht. [5777]
 Persönl. Meldungen Nachm. 2 bis 3 Uhr Gartenstr. 15a, part.

Ein geb. j. Mädchen wünscht Stelle als Stütze der Hausfrau anzunehmen, woselbst es sich in der feinen Küche ausbilden kann. Offerten erb. M. G. Brigg, Langestraße 12. [5765]

Eine tücht., saubere Wirthschaftsmannsch., in den 20er Jahren, die Küche und Wäsche gründlich versteht, sowie ein ebensolches Stubenmädchen werden zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen nebst Zeugnissen an die Herrschaft **Thamm** bei **Buchwald, Kreis Glogau.**

Ein junge, hübsche Landamme zu vermieten Käsel-Dhle 17, Seifengehäft. [5771]

Tücht. Köchin, Stubenmäd., Kinderfrauen, Kinderfleh u. Mädch. f. M. m. g. Attest emp. Fr. Brier, Ring 2.

Einige von mir in den Handelswissenschaften ausgebildete Comptoiristen suchen Stellung per sofort oder später und bin ich zu näherer Auskunft gern bereit.
Heinrich Barber, gerichtlich vereideter Bücher-Revisor und Handelslehrer. Carlstraße 36.

1 Stadtreisender, der die Posamentier- und Weißwaarenkundschaft schon besucht hat, melde sich **briefflich.** [5762]
Cohn & Schreuer.

Reisender. Ein tüchtiger Reisender wird von einem alt eingeführten Nähmaschinen-Geschäft gegen Salair u. hohe Provision gesucht. [5649]
 Bemerkter, die in einem solchen oder ähnlichem Geschäft mit Erfolg gereist haben, wollen Bewerbungen unter Beifügung ihrer Zeugnisse an die Exped. der Bresl. Stg. unter N 78 einbringen.

Ein Destillations-Reisender, welcher der deutschen und polnischen Sprache mächtig ist, wird per 1. Mai er. für die Provinz gesucht. Nur durchaus tüchtige Bewerber wollen ihre Meldungen mit Zeugnißabschriften und Angabe ihrer bisherigen Gehaltsbezüge sub A. 120 in der Expedition d. Bresl. Stg. niederlegen. [4355]

Eine größere Blechwaarenfabrik sucht einen mit Branche und Kundschaft im In- u. Auslande vertrauten, tüchtigen [1919]
Reisenden. Offerten mit Photographie und genauer Angabe der seitberigen Thätigkeit erbeten sub E. 3898 durch **Rudolf Woffe, Leipzig.**

Ein jüngerer Commis (Spec.), der auch polnisch spricht, sucht, gestützt auf gute Referenzen, per 1. Juni er. anderw. Engagement. M. M. 102 postlagernd Oppeln.

Eine größere Leipziger Corsetten-Fabrik sucht einen tüchtigen Reisenden zum baldigen Antritt. Nur bestqualifizierte Bewerber, mit der Branche und Kundschaft vertraut, wollen ihre Offerte nebst Angabe ihrer bisherigen Tour an **Rudolf Woffe, Leipzig,** unter D. 3897 gelangen lassen. [1920]

Für unser Herren- u. Anaben-Garderoben-Geschäft nebst Tuch-Ausschnitt suchen wir einen äußerst tüchtigen **Verkäufer** bei hohem Salair. [4395]
Riesefeld & Comp., Gleiwitz.

Ein Speccrist, 21 Jahr alt, kath., gegenw. noch in Stellung, wels. gute Zeugn. besitzt, sucht per 1. Mai Engagement. Gest. Off. werden erwünscht unt. A. Z. 99 postlag. Deuthen OS.

Für mein Destillations-Geschäft suche ich per sofort event. per ersten Mai einen tüchtigen [4316]
Destillateur, selbständigen Arbeiter, welcher auch flotter Detailverkäufer und der poln. Sprache mächtig sein muß.
Julius Kochmann, Zabrze OS.

Für mein Bürstenmacher-Artikel- u. Rohproducten-Geschäft suche zum baldmöglichsten Antritt einen tüchtigen jungen Mann für Comptoir und Reise. Offerten mit Gehaltsansprüchen schriftlich erbeten.
Herrmann Rosenthal, Breslau. [5741]

Für mein Posam.- und Weißwaaren-Geschäft suche per sofort einen christlichen **jungen Mann,** polnisch sprechend. Zeugniß und Photographie erbeten. [3839]
Wilh. Kambach, Gleiwitz.

Bolontär. Ein junger Mann, bereits 1 1/2 Jahr in einem Comptoir beschäftigt, der dopp. Buchführung mächtig, sucht per sofort ev. 1. Mai zur weiteren Ausbildung Engagement. [5766]
 Offerten unter A. B. 111 postlagernd **Friedland OS.**

Für meine Kunsthandlung suche ich einen **Lehrling** mit guter Schulbildung und schöner Handschrift.
Bruno Richter.

Einen Lehrling mit guter Schulbildung suchen gegen Vergütung [5742]
Freund & Krebs, Strohhutfabrik, Alte Talschstraße 3, 1.

Für mein Wäsche-Ausstatter-Geschäft suche ich unter günstigen Bedingungen einen **Lehrling** mit Gymnasial-Schulkenntnissen.
J. Danziger, Leipzig.

Für ein Engros- und Detail-Geschäft wird ein junger Mann mit guten Schulkenntnissen als **Lehrling** gesucht. Offerten unter E. H. an die Expedition des Niederösterreichischen Couriers in **Bunzlau.**

Ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen kann sich zum sofortigen Antritt melden bei [4357]
Max Guttmann, Knopf-, Vorden- und Futterstoff-Geschäft, Junkernstraße 34.

Vermiethungen und Miethgesuche. Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Hochlegante herrschaftl. Wohnung, 8 Zimmer, 2 Entrees, Badecab., Speisekammer, Küche, Mädchenstube, Erker etc., umgesselt, billig zu verm. vom 1. Juli ev. 1. Oct. c. ab. Näb. bei Herrn **C. Chastak, Ring 12.**

Büttnerstraße 24 III. Et., 1. Juli, 480 M.

Dhlauerstraße Nr. 64 Geschäftslocal, 1. Etage. Näheres bei **Krotoschiner, II. Et.**

Zanengienstraße 10 ist eine elegante Parterre-Wohnung — 5 Zimmer nebst Zubehör — zu vermieten. Näheres beim Wirth.

Telegraphische Witterungsberichte vom 9. April. Von der deutschen Seewarte zu Hamburg. Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. u. d. Meeresspiegel in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghnmore.	747	4 0 6		Regen.	
Aberdeen.	753	4 0 4		wolkig.	
Christiansund.	755	3 OSO 3		wolklos.	
Kopenhagen.	753	1 ONO 5		wolkig.	
Stockholm.	756	2 0 4		bedeckt.	
Haparanda.	760	1 N 2		bedeckt.	
Petersburg.	754	2 S 1		Nebel.	
Moskau.	761	1 SSO 1		Nebel.	
Cork, Queenst.	747	6 NNW 2		heiter.	
Cherbourg.	744	6 NW 2		bedeckt.	
Helder.	748	4 0 2		wolkig.	
Sylt.	750	2 OSO 4		bedeckt.	
Hamburg.	750	3 0 1		bedeckt.	
Swinemünde.	751	2 ONO 5		bedeckt.	
Neufahrwasser.	751	2 NO 3		bedeckt.	
Memel.	754	0 ONO 5		bedeckt.	
Paris.	746	6 0 4		bedeckt.	
Münster.	744	6 NO 3		bedeckt.	
Karlsruhe.	745	8 NO 2		bedeckt.	
Wiesbaden.	743	2 0 4		Nebel.	
München.	747	4 0 2		bedeckt.	
Chemnitz.	749	5 NO 4		bedeckt.	
Berlin.	746	7 SO 1		bedeckt.	
Wien.	748	6 still		bedeckt.	
Breslau.	748	6 still		bedeckt.	
Isle d'Aix.	—	—	—	—	—
Nizza.	745	10 ONO 1		bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung. Im Norden Europas ist der Luftdruck wenig verändert, dagegen ist über Mittel- und Süd-Europa das Barometer allenthalben gefallen. Eine tiefe, umfangreiche Depression, unter 745 mm, liegt über Südwest-Europa. Bei mässiger östlicher Luftströmung und ohne erhebliche Niederschläge ist das Wetter über Central-Europa vorwiegend trübe und, ausser im Süden, wo normale Wärmeverhältnisse herrschen, kühl. Ueber den britischen Inseln haben ausgedehnte Regenfälle stattgefunden. Holyhead meldet 27 mm Regen.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inserattheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau. Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.